

SPD-STADTVERBAND LEIPZIG
Außerordentlicher Stadtparteitag
8. Oktober 2022

ANTRAGSBUCH

I. Leitantrag und Kommunalthemen (30 Minuten)			
Antragsnummer	Titel	Einreicher*in	Inhaltliche Empfehlung der Antragskommission
L 1	Leitantrag	SV Leipzig	Debatte
II. Stadtentwicklung (15 Minuten)			
Antragsnummer	Titel	Einreicher*in	Inhaltliche Empfehlung der Antragskommission
S 1	Barrierefreie Badegewässer	OV Leipzig-Mitte	Zustimmung/ Konsensliste
S 2	Barrierefreie Obdachlosenunterkünfte	OV Leipzig-Mitte	Zustimmung/ Konsensliste
S 3	Grüne Höfe für Leipzig	AK Klima & Umwelt, OV Ost/NO	Zustimmung/ Konsensliste
S 4	Stadtplatzprogramm	OV Leipzig-Süd	Debatte
S 5	Hermann-Liebmann-Schule	OV Leipzig-Ost/NO	kein Konsens
III. Arbeit, Soziales, Gesundheit und Bildung (30 Minuten)			
Antragsnummer	Titel	Einreicher*in	Inhaltliche Empfehlung der Antragskommission
ASGB 1	Mindesturlaub	OV Leipzig-Mitte, AfA Leipzig	Zustimmung/ Konsensliste
ASGB 2	Bessere Vergütung in der Physiotherapie	AfA Leipzig	Zustimmung/ Konsensliste
ASGB 3	Pflanzliche Ersatzprodukte fair besteuern	OV Leipzig-Mitte	Zustimmung/ Konsensliste
ASGB 4	Längeres gemeinsames Lernen	OV Leipzig-Süd	Zustimmung/ Konsensliste
ASGB 5	Grunderbe jetzt!	Jusos Leipzig	Debatte
ASGB 6	Elternzeit für alle	Jusos Leipzig	kein Konsens
ASGB 7	Ende der Privatisierung im Gesundheitswesen	AfA Leipzig	kein Konsens
ASGB 8	Impfpflicht	Jusos Leipzig	kein Konsens

IV. Klima, Verkehr und Energie (30 Minuten)			
Antragsnummer	Titel	Einreicher*in	Inhaltliche Empfehlung der Antragskommission
KVE 1	Ladeinfrastruktur für private E-Pkw	OV Leipzig-West	Zustimmung/ Konsensliste
KVE 2	Bewusstseinsbildung in Zeiten der Klimakrise	AK Klima & Umwelt	Zustimmung/ Konsensliste
KVE 3	Reparaturbonus	OV Leipzig-Mitte	Zustimmung/ Konsensliste
KVE 4	Leipziger Modellkreuzung	AK Mobilität	kein Konsens
KVE 5	Autofreier Sonntag	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens
KVE 6	Energiesektor in Gemeinwirtschaft	Jusos Leipzig/ OV Ost/NO	kein Konsens
KVE 7	Platz schaffen	Jusos Leipzig	kein Konsens
KVE 8	Kommunaler Bürger:innen Windpark	AK Klima & Umwelt, OV Ost/NO	kein Konsens
KVE 9	9-Euro-Ticket	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens
KVE 10	9-Euro-Ticket	OV Leipzig-West	kein Konsens
KVE 11	Bußgeldfrust Adé	Jusos Leipzig	kein Konsens
KVE 12	Verkehrsreduktion durch quartiersnahe Kitas	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens
V. Recht, Sicherheit und Organisation (30 Minuten)			
Antragsnummer	Titel	Einreicher*in	Inhaltliche Empfehlung der Antragskommission
RSO 1	Verbraucher:innenrechte Paketzustellung	AsJ Leipzig/Nordwestsachsen	Zustimmung/ Konsensliste
RSO 2	BodyCams bei der Polizei	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens
RSO 3	Filmen von Polizeieinsätzen	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens
RSO 4	Abschaffung der §§ 129, 129a und 129b StGB	Jusos Leipzig	kein Konsens
RSO 5	Rechtsweg gegen Fake News	AsJ Leipzig/Nordwestsachsen	kein Konsens
RSO 6	Ostpolitik aufarbeiten	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens
RSO 7	Neues SPD-Grundsatzprogramm	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens
RSO 8	Open Data	OV Leipzig-Mitte	kein Konsens

1 **Antrag L**

2
3 EinreicherIn: Stadtvorstand SPD Leipzig
4
5

6 **Titel: Die Stadt in guten Händen**
7
8

9 Der Parteitag möge beschließen:
10

11 In der Bäckerei ist das Brot teurer geworden und im Supermarkt merken wir, dass das
12 Budget für den Einkauf zu knapp bemessen ist. Im Briefkasten wartet bereits die letzte
13 Nebenkostenabrechnung, der neue Abschlag für Heizung und Warmwasser oder die
14 Erhöhung des Tarifs unseres Stromanbieters - Jede*r von uns steht vor finanziellen
15 Herausforderungen. Das ist die aktuelle Realität. Sie betrifft uns alle. Die ganze Stadt.
16

17 Leipzig, die Stadt, für die wir Politik machen. Die Stadt, die wir beständig weiter
18 voranbringen wollen und die nicht ohne Grund eine der lebenswertesten Städte
19 Deutschlands ist. Und die Stadt, die wir - das haben die letzten Monate und Jahre gezeigt
20 - mit Kompetenz auch sicher durch Krisen bringen können. Seien es die grauen 90er-
21 Jahre, das enorme Bevölkerungswachstum der Stadt ab Ende der 2000er oder die
22 Bekämpfung der Corona-Pandemie. Dafür braucht Leipzig die Sozialdemokratie, welche
23 Lösungen mit Blick auf die ganze Stadt entwickelt.
24
25

26 **Die ganze Stadt im Blick - Für wen machen wir Politik?**
27

28 Die SPD Leipzig macht eine Politik, die mitten im Leben steht. Wir machen Politik für die
29 ganze Stadt. Wir machen Politik für über 620.000 Leipziger*innen, die in einer der
30 lebenswertesten Städte Deutschlands zu Hause sind. Für die Postbotin und den
31 Busfahrer. Für den alleinerziehenden Vater und die pflegende Tochter. Für den
32 Hausmeister und die Sachbearbeiterin in der Verwaltung. Für die Krankenschwester und
33 den Lehrer. Für den Blumenhändler im Kiez und für die Pickerin im Logistikcenter. Für
34 den Arbeitssuchenden und die Auszubildende.

35 Für alle, die Überstunden machen, und für alle, die sich in ihrer Freizeit im Ehrenamt oder
36 im Verein um die Ecke engagieren. Für alle, die zu Hause in der Familie Care-Arbeit
37 leisten. Für alle, die ein Miteinander leben. Für alle, die ihren Alltag meistern.
38

39 Politik für die ganze Stadt heißt für uns, alle Perspektiven und Lebenslagen auf
40 Augenhöhe zu begegnen und mitzudenken. Politik für alle heißt für uns, aktuelle und
41 kommende Entwicklungen auf dem Schirm zu haben und den sozialen Lebensstatus zu
42 sichern. Politik für alle heißt für uns, die ganze Stadt mitzunehmen. Politik für alle heißt,
43 Verantwortung für alle Leipziger*innen zu übernehmen - denn gesellschaftlicher
44 Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind gerade in bewegten Zeiten für
45 uns die Basis für ein starkes Leipzig. Jetzt. Und in Zukunft.
46
47
48

49 **Die Erfolgsgeschichte - Wo kommen wir her?**

50

51 Pulsierend, lebenswert und nachhaltig wachsend – das ist Leipzig. In drei Jahrzehnten
52 von einer grauen maroden Großstadt zur Metropole in Mitteldeutschland, die Menschen
53 aus aller Welt anzieht. Die Stadt Leipzig wächst. In den letzten 15 Jahren ist die
54 Bevölkerung um mehr als 100.000 Menschen gestiegen. Die einst schrumpfende Stadt
55 ist nun Wachstumsmeister in der Bundesrepublik. Und auch die Geburtenrate in Leipzig
56 ist im bundesweiten Vergleich hoch.

57

58 Leipzigs Wirtschaft wächst. Die Zunahme von sozialversicherungspflichtigen
59 Beschäftigungsverhältnissen hält nicht nur mit dem Bevölkerungswachstum mit,
60 sondern übertrifft es sogar. Die Branchen Automobilbau, Logistik, Medizin und
61 Biotechnologie sowie digitale Dienstleistungen wachsen kontinuierlich. Auch Tourismus
62 und Bildung entwickeln sich trotz Pandemie positiv. Leipzigs Wirtschaft steht heute auf
63 deutlich mehr Säulen als Dienstleistungen, Bau und öffentliche Versorgung. Es ist über
64 die Jahre gelungen, ein multiples Wachstum mit zahlreichen Kernen zu entwickeln.

65

66 Mit dieser positiven wirtschaftlichen Entwicklung hat sich auch die Einnahmesituation
67 der Stadt Leipzig merklich verbessert, sodass mehr Mittel für Investitionen in die Zukunft
68 und freiwillige Aufgaben verfügbar sind. Dies ist der Grundstein, um die Stadt noch
69 lebenswerter zu gestalten. Wir haben zügig in die Sozial-, Bildungs- und
70 Versorgungsinfrastruktur investiert, diese saniert und in vielen Teilen ausgebaut. Allein
71 in den letzten 10 Jahren wurden 22 Schulen und 71 Kitas neu errichtet und saniert.

72

73 In den vergangenen 32 Jahren konnten wir viele Weichen in der Kommunalpolitik richtig
74 stellen. Die sozialdemokratische Handschrift ist unverkennbar, denn nicht zuletzt waren
75 und sind es Sozialdemokraten, die seit der Friedlichen Revolution im Amt des
76 Oberbürgermeisters Verantwortung übernommen haben.

77

78 Doch was Leipzig zu dieser unverwechselbaren Stadt macht, sind natürlich die
79 Leipziger*innen. Dies zeigt sich unter anderem in ihrer enormen Hilfsbereitschaft, die
80 gerade in diesen Zeiten ganz besonders wertvoll ist. Mehr als 10.000 Menschen aus der
81 Ukraine, die durch den grauenhaften Angriffskrieg Russlands vertrieben worden sind,
82 haben in Leipzig Zuflucht gefunden. Der größte Teil von ihnen ist privat untergebracht.
83 Diese Hilfsbereitschaft hat der Stadt Zeit verschafft, UnterbringungsKapazitäten
84 aufzubauen. Jetzt gilt es, die Ankommenden schnell zu integrieren, durch Arbeit, durch
85 Kita- und Schulplätze, durch offene Arme, mit denen wir sie und alle anderen, die vor
86 Krieg, Hunger und Unterdrückung fliehen, empfangen.

87

88

89 **Neue Herausforderungen - Wir leben in Zeiten der Krise**

90

91 All die positiven Entwicklungen Leipzigs kommen uns nun auch zugute. Denn seit Beginn
92 der 2020er stehen wir immer wieder vor neuen – zum Teil nicht vorhersehbaren –
93 Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Anders als die internationalen Finanz- und
94 die europäischen Schuldenkrisen der vergangenen Jahre, finden aktuelle Krisen nicht nur
95 in der Zeitung und in den Chefetagen statt. Sie sind für uns alle spürbar und real: im
96 Supermarkt an der Kasse, in der Straßenbahn mit Maske, zu Hause wahlweise mit Pulli

97 oder Heizung an. In den letzten Jahren ist die Krise das scheinbar neue Normal
98 geworden.

99
100 Neben der Klimakrise als dauerhafte Krise hat uns die letzten zwei Jahre die Corona-
101 Pandemie gezeigt, wie fragil unser gesellschaftliches Leben sowie unsere gute
102 wirtschaftliche Entwicklung sein können. Mit dem Angriffskrieg Russlands stehen wir
103 nun noch einmal vor neuen Herausforderungen – allen voran im Sozialbereich. Die
104 Energie- und Preiskrise belasten große Teile der Gesellschaft. Gerade jene, die auf Gas
105 angewiesen sind und die nicht schnell umsteigen können, trifft es besonders hart. Und
106 das sind nicht nur Unternehmen, sondern auch 60 Prozent der Leipziger*innen, deren
107 Wohnungen mit Gas beheizt werden.

108
109 Die Sozialdemokratie in Leipzig hat bewiesen, dass sie die Stadt durch die vergangenen
110 Krisen führen und Chancen für die Zukunft gestalten kann. Dabei hat uns immer
111 geholfen, dass wir keine konservative Partei sind. Wir versprechen eben nicht, dass alles
112 so bleibt wie es ist und sich für niemanden etwas ändert, denn genau das wäre falsch.
113 Vielmehr gestalten wir die Zukunft. Auch heute sehen wir klar, dass sich vieles um uns
114 herum ändert und sich auch in Leipzig dadurch einiges ändern wird. Unser Auftrag ist es,
115 daraus eine zukunftsgerichtete, progressive Politik abzuleiten, die die Zukunft gestaltet,
116 statt sich gegen sie zu wehren. Uns hat immer geholfen, dass wir anpacken und
117 Probleme an der Wurzel lösen wollen. Das Ergebnis zählt für uns mehr, als die
118 Berichterstattung auf dem Weg dorthin. So waren es Sozialdemokrat*innen, die den Bau
119 von unzähligen Schulen und Kitas in den letzten Jahren umgesetzt haben. Und es war
120 die SPD, die mit ihrer Initiative für ein Sofortprogramm Rad den jahrelangen Stillstand
121 bei der Radverkehrsförderung aufgebrochen hat. An dieser Art Politik zu machen,
122 werden wir auch in Zukunft festhalten.

123

124

125 **Corona-Krise**

126

127 In der Pandemie steht die Gesundheit an höchster Stelle. Unnötige Risiken galt und gilt
128 es zu vermeiden, gerade für Risikogruppen. Dass gerade die Menschen, die in
129 systemrelevanten Berufen tätig sind – und dort meist ein erhöhtes Risiko tragen und
130 auch oft schlecht bezahlt werden, das Land am Laufen halten, ist ein Zustand, der für
131 uns nicht tragbar ist. Viele hatten und haben Angst vor einer Infektion und einem
132 schweren Verlauf. Die Folge, der Rückzug ins Private, hält zum Teil bis heute an. Die
133 eigenen vier Wände und das direkte Umfeld haben massiv an Bedeutung gewonnen. Die
134 Folgen, die die Fokussierung auf das Private auch mit sich brachten, kennen wir: Gerade
135 Familien kamen schnell an ihr Limit - Kinderbetreuung und Job zu vereinbaren brachten
136 viele Eltern an die Grenze des Leistbaren. Kinder und Jugendliche litten unter dem
137 Mangel an Austauschmöglichkeiten mit Gleichaltrigen, den eingeschränkten
138 Möglichkeiten, eigene Erfahrungen zu sammeln. Aber auch ältere Menschen waren in
139 einem besonderen Maß, beispielsweise durch Vereinsamung oder die Überforderung,
140 den Alltag ohne Hilfe bewältigen zu müssen, überfordert. Viele Leipziger*innen waren
141 solidarisch und halfen anderen. Auch die Stadt reagierte schnell, indem zügig in
142 Kooperation mit dem kommunalen Eigenbetrieb Engelsdorf und dem Leipziger
143 Gesundheitsamt ein Impfangebot geschaffen worden ist, das auch mit mobilen Teams

144 im gesamten Stadtgebiet unterwegs war, um niedrigschwellige, wohnortnahe
145 Angebote für alle Leipziger*innen schaffen.

146

147 Dazu kamen die wirtschaftlichen Folgen. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung, welcher
148 in dieser Form in vielen Industrienationen seit Ende des Zweiten Weltkrieges so nicht
149 aufgetreten war. Mit Blick auf Leipzig, das durch zahlreiche kleine und mittelständische
150 Unternehmen sowie Solo-Selbständige geprägt ist, waren die Einschränkungen und die
151 hohe Unsicherheit ebenfalls verheerend. Dank einer beherzten sozialdemokratischen
152 Arbeitsmarktpolitik, namentlich vorangetrieben durch den zuständigen Minister
153 Hubertus Heil, ist es gelungen, insbesondere durch die Ausweitung der Kurzarbeit einen
154 dauerhaften Schaden zu verhindern. Die Hilfspakete des Bundes sowie die KfW-Kredite
155 halfen ebenfalls die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Auch vor Ort
156 trugen wir unseren Beitrag zur Krisenbewältigung bei: Als Bund und Land die Solo-
157 Selbständigen noch nicht im Blick hatten, erkannten wir diese Lücke und legten ein
158 eigenes Hilfsprogramm der Stadt für Solo-Selbständige auf. Leipzig ist bisher gut durch
159 die Pandemie gekommen. In der Verwaltung wurden zügig Prozesse umgestellt und die
160 Digitalisierung weiter vorangetrieben. Die Wirtschaft ist wieder angesprungen und das
161 Gewerbesteueraufkommen hat schnell wieder Vor-Corona-Niveau erreicht. Eine Long-
162 Covid-Situation, wie von vielen befürchtet, konnte für die Leipziger Wirtschaft
163 verhindert werden. Für den schon vor der Pandemie unter Druck geratene lokale
164 Einzelhandel wurde eine Online-Handelsplattform geschaffen. De Rahmenbedingungen
165 wurden unter anderem durch die Umsetzung der von der SPD-Fraktion initiierten
166 Konzeption für Innenstadt, Magistralen und Ortsteilzentren verbessert. Andere
167 Langzeitfolgen, wie die bis heute gestörten globalen Lieferketten, bestehen dennoch
168 weiterhin und belasten auch uns in Leipzig.

169

170 Gesellschaftlich und politisch war klar, dass einige Kräfte versuchen würden, diese
171 Krisensituation schamlos für ihre Ziele auszunutzen. In Leipzig ist es uns gelungen,
172 diesen Kräften entschieden entgegenzutreten. Leipzigs demokratische Struktur ist bis
173 weit in alle Teile der städtischen Gesellschaft aktiv. Unser Beitrag als SPD Leipzig besteht
174 darin, allen Formen der Corona-Krise so zu begegnen, dass wir den Menschen in Leipzig
175 helfen, diese Formen der Krise zu meistern.

176

177

178 **Energie- und Preiskrise**

179

180 Im Angriffskrieg gegen die Ukraine nutzt Russland seine Energielieferungen als
181 wirtschaftliche Waffe. Uns in Leipzig geht dieser Krieg in der Ukraine besonders nahe.
182 Denn seit vielen Jahrzehnten verbindet uns eine enge Städtepartnerschaft mit Kiew. An
183 der Seite der angegriffenen Ukraine zu stehen, ist der einzig richtige Platz für uns – auch
184 wenn wir dadurch stärker ins Visier von Putins Krieg geraten. Dies spüren wir alle nicht
185 zuletzt durch die drastischen Energiepreissprünge – insbesondere für das kurzfristig nur
186 schwer substituierbare Gas. Ursächlich für dieses Dilemma ist die eigene
187 Energieabhängigkeit. Deutschland und auch wir in Leipzig haben zu lange daran
188 festgehalten, Russland als sicheren Lieferanten anzusehen. Die Idee, Gas als
189 Brückentechnologie zu nutzen, um Atomkraft und Kohle kurzfristig zu verdrängen, ist
190 derzeit gescheitert.

191

192 Die Folgen steigender Energiepreise übersetzen sich in nahezu alle anderen Preise, ob
193 beispielsweise für Lebensmittel, Urlaub oder Wohnen. Fast alles wird teurer. Zugleich
194 hält die Entwicklung der Einkommen nicht mit, sodass wir einen Kaufkraftverlust
195 erleben, der für hohe Einkommen zu einem Wohlstandsverlust führt, aber für kleine und
196 mittlere Einkommen an den bisherigen Lebensstandard oder gar die Existenz geht. Viele
197 Leipziger*innen stehen nicht vor der Frage, ob sie sich am Wochenende noch Brötchen
198 vom Bäcker leisten können oder einmal im Monat ins Kino gehen, sondern ob im Winter
199 die Heizung ausbleibt oder man in der Kaufhalle den Einkaufswagen noch füllen kann.
200 Die absehbaren Preissteigerungen werden uns bis Mitte der 2020er beschäftigen,
201 unabhängig davon, ob der Krieg gegen die Ukraine oder die Lieferung von Energie aus
202 Russland auch künftig als Waffe verwendet wird, da die Energieversorger die bereits
203 aufgelaufen Mehrkosten auf Grund von festen Lieferverträgen mit den Endkund*innen
204 noch nicht vollumfänglich weitergeben konnten. Für diesen Winter ist bereits absehbar,
205 dass die Leipziger*innen bei den Nebenkosten für die Wohnung mit einer
206 Preissteigerung von mindestens zwei Euro pro Quadratmeter rechnen müssen. Schnelle
207 und unbürokratische Hilfe braucht es, die sich mit den Entlastungspaketen der
208 Bundesregierung auch auf den Weg nach Leipzig gemacht hat. Gleichzeitig müssen wir
209 direkt in Leipzig Lösungen finden und Energiesparpotentiale heben. Mit Blick auf das
210 eigene Handeln der Stadt ist es das erklärte Ziel, möglichst viele Belastungen
211 auszugleichen, jedoch wird es nicht möglich sein, alle sozialen Härten angemessen zu
212 adressieren. Denn die Energiepreiskrise geht auch nicht spurlos an den öffentlichen
213 Finanzen der Stadt vorbei. Der Spielraum engt sich krisenbedingt ein, sodass die hohen
214 Erwartungshaltungen, die an die Politik bestehen, nicht vollständig erfüllt werden
215 können. Ziel ist es daher, die Kräfte auf wesentliche Punkte zu lenken.

216
217 Dazu gehört aus unserer Sicht die Erhaltung möglichst aller breitenwirksamen Angebote
218 der Stadt. Insbesondere die zahlreichen städtischen Angebote in den Bereichen
219 Gesundheit, Soziales, Kultur und Bildung sind hier zu nennen. Um dies trotz
220 Energieeinsparung realisieren zu können, wollen wir die Angebote in den Blick nehmen
221 und erhalten, die möglichst viele Einwohner*innen erreichen, wie den Breitensport, die
222 Quartiers- und Sozialarbeit, die städtischen Bibliotheken sowie den Nahverkehr in seiner
223 derzeitigen Menge der Leistungserbringung.

224
225 Und ja, wir müssen auch sparen. Um den Energieverbrauch im Allgemeinen und den
226 Gasverbrauch im Speziellen zu reduzieren, ist es sinnvoll, energieintensive Angebote wie
227 die städtischen Saunen für den kommenden Winter 22/23 zu schließen und die
228 Wassertemperatur der öffentlichen Bäder zu senken. Außenbeleuchtungen,
229 Heiztemperaturen in Verwaltungsgebäuden und geschlossene Türen im Einzelhandel
230 bieten weitere Einsparpotentiale, die aktuell angemessen sind.

231
232 Klimaschutz und das Beenden der Abhängigkeit von russischem Gas stehen in einer
233 direkten Verbindung. Mittelfristig wollen wir mit den Leipziger Stadtwerken nicht nur
234 den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausbauen, sondern auch das
235 bestehende Fernwärmenetz erweitern. Ziel ist es den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß zu
236 reduzieren und die eigene Energiesicherheit zu steigern. Auf dem Weg dahin wollen wir
237 die lokale Wasserstoffherzeugung für das Wärmekraftwerk Süd forcieren. Dafür braucht
238 es den Ausbau von Photovoltaikflächen an Fernstraßen und Bahntrassen sowie die
239 energetische Nutzung von Wasserflächen der Leipziger Seen. Zuletzt wollen wir im

240 Rahmen der Wirtschaftsförderung die Transformation zu einer Wirtschaft mit grüner
241 Energie weiter voranbringen.

242

243

244 **Klimakrise**

245

246 Der Klimawandel kommt nach Leipzig, wir alle können dies direkt vor der Haustür
247 beobachten: Die Leipziger Parks sind braun statt grün, die Grundwasserstände sinken,
248 Vogelgezwitzcher wird weniger, Bäume haben Trockenschäden und im Garten blüht es
249 nicht mehr so wie früher. Die Trockenheit, die anhaltende Dürre und die Hitze in der
250 Stadt gefährden die gesunden Wohn- und Arbeitsbedingungen in Leipzig. Gerade ältere
251 Leipziger*innen und Menschen mit Vorerkrankungen leiden noch stärker unter Hitze
252 und Dürre. Wer bspw. im Leipziger Osten mit seinen wenigen Grünflächen wohnt, hat
253 kaum Möglichkeiten einen kühlen Ort aufzusuchen. Eine zukunftsfeste
254 Wasserversorgung und ein ausreichendes Wasserdargebot für die vielen Straßen- und
255 Parkbäume sowie den Auwald sind ebenfalls unter diesen Umständen problematisch zu
256 gewährleisten.

257

258 Der Klimawandel ist bereits weit fortgeschritten. Wir werden alles tun, um ihn zu
259 bremsen und auf 1,5 Grad zu begrenzen. Mit unseren kommunalen
260 Handlungsmöglichkeiten können wir vor allem die lokale Verkehrs- und Wärmewende
261 voranbringen und den Umstieg auf erneuerbare Energien angehen - dazu sind wir fest
262 entschlossen. Uns ist klar: Wir können den Klimawandel nicht vollständig aufhalten,
263 aber begrenzen – an seine Folgen müssen wir unsere Stadt jetzt anpassen. Diese Form
264 des Stadtumbaus ist ein langfristiger Prozess, der uns die nächsten Jahrzehnte
265 beschäftigen wird und dem wir uns mit ganzer Kraft widmen werden, um die Klimakrise
266 in Leipzig auszubremsen. Wenn wir in Leipzig zukünftig im Schatten kühler Bäume
267 sitzen wollen, müssen wir sie jetzt und nicht morgen pflanzen.

268

269 Unser Ziel ist es, dass alle Leipziger*innen auch in Zeiten der Klimakrise ein gesundes
270 Leben in unserer Stadt führen können. Eine Wohnung, die im Sommer kühl bleibt und
271 der Zugang zu einem nahegelegenen Park darf kein Luxus werden. Für uns ist es eine
272 Selbstverständlichkeit, dass wir in allen Wohnlagen dieser Stadt einen wohnortnahen
273 Zugang zu Grünflächen sicherstellen. Dem Klimawandel begegnen wir, indem wir eine
274 flächendeckende grüne Infrastruktur aus Bäumen und Grünflächen aufbauen: Wir
275 brauchen überall in der Stadt Bäume, vor den Häusern als Straßenbäume und hinter den
276 Häusern als grüne Innenhöfe. Damit diese Bäume ausreichend Wasser vorfinden,
277 müssen wir den kostbaren Regen künftig vermehrt in das Grundwasser versickern oder
278 zum Gießen speichern, statt weitere Flächen zu versiegeln. Dafür wird nicht weniger nötig
279 sein, als der große zweite Umbau Leipzigs nach der Wiedervereinigung - ein
280 gemeinsamer Kraftakt aller Leipziger*innen. Kurzfristige Maßnahmen sind hier eine
281 Priorisierung des Straßenbaumprogramms, die Schaffung von Klima-Oasen sowie ein
282 Schattenprogramm für innenstädtische Quartiere.

283

284

285

286 **Wo geht´s hin? - Ziele künftiger sozialdemokratischer Politik in Leipzig**

287

288 Grundvoraussetzung für die kommenden Aufgaben ist sowohl unser gemeinsames
289 Wertefundament und Leipzig als Ort der Demokratie, der für gesellschaftliche Freiheit
290 und Zusammenhalt steht. Unser politisches Angebot an die Leipziger*innen ist eine
291 verlässliche, in die Zukunft gewandte sozialdemokratische Politik für diese Stadt. Eine
292 Politik, die Lösungen demokratisch und auf Augenhöhe entwickelt, diese immer wieder
293 transparent erklärt und sich auch korrigiert, wenn sie Fehler macht. Eine Politik, die allen
294 gegenüber offen ist und sie berücksichtigt – vom urbanen Kern bis an den Stadtrand,
295 von den Neugeborenen bis zu den Ältesten. Allen Menschen in Leipzig soll eine sichere
296 Umgebung geboten werden, damit sie sich frei entwickeln können. Gerade jetzt sehen
297 wir, wie Menschen mit dem Rücken zur Wand stehen: Für viele reicht das Einkommen
298 nicht mehr, um die bisherigen Ausgaben zu decken. Bei anderen schmilzt das über Jahre
299 angesparte Vermögen dahin. Insbesondere auf den daraus resultierenden
300 Kaufkraftverlust werden wir – mit den uns vor Ort gegebenen Möglichkeiten –
301 reagieren. Wir werden gemeinsam durch diese Krise gehen.

302

303 Unsere Politik für Leipzig in Zeiten der Krise hat drei Ziele. Erstens, wir wollen zur **sozialen**
304 **Sicherheit** in unserer Stadt beitragen. Niemand, der in Leipzig Not leidet, soll allein
305 gelassen werden. Jede*r, die bzw. der Hilfe benötigt, soll von einem sicheren sozialen
306 Netz aufgefangen werden und Unterstützung dabei bekommen, wieder auf eigenen
307 Beinen stehen zu können. Dieses Versprechen können wir in der Kommunalpolitik nicht
308 allein einlösen, denn viele Fragen der Sozialpolitik sind Gegenstand der Bundespolitik.
309 Wir haben mit Olaf Scholz einen Sozialdemokraten als demokratisch gewählten
310 Bundeskanzler, der die Nöte der kleineren und mittleren Einkommen in den Blick nimmt.
311 Unsere Bundestagsabgeordneten Nadja Sthamer und Holger Mann vertreten für uns
312 unsere spezifischen ostdeutschen und Leipziger Bedürfnisse im Bundestag. Wir vor Ort
313 sorgen für eine reibungslose Umsetzung und passen die Sozialpolitik der Stadt den
314 aktuellen Realitäten an.

315

316 Unser zweites Ziel ist es, die Stadt **widerstandsfähig gegenüber zukünftigen Krisen** zu
317 machen. Dazu gehört die Klimakrise und ihre bereits ausgeführten Folgen für die Stadt.
318 Natur, Mensch und Wirtschaft sind davon betroffen. Unsere Politik wird anpacken und
319 Leipzig fit für den Klimawandel machen. Damit die Kommune handlungsfähig bleibt,
320 wollen wir absichern, dass die Verwaltung mit den Möglichkeiten, die aus der
321 technischen Entwicklung erwachsen, Schritt hält.

322

323 Unser drittes Ziel ist es, Leipzig zur **lebenswertesten Stadt Deutschlands** zu machen.
324 Kommunalpolitik lebt davon, unmittelbar vor Ort zu wirken. Wir werden auch in Zukunft
325 die Spielräume nutzen, um das Leben in Leipzig noch besser zu gestalten – wir setzen
326 auf Kultur und Sport, Freiräume und Begegnung an öffentlichen Plätzen, auf lokale
327 Demokratie, gute Arbeit sowie ein bezahlbares Leben in einer erholsamen Stadt. Um
328 dem selbstgesteckten Ziel näher zu kommen, müssen wir auch die in der Stadt
329 existierenden Probleme in den Bereichen Verkehr und Wohnen, Kriminalität und
330 Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung und auch Armut und Einkommen angehen. Und dies
331 mit Kraft und Kompetenz.

332

333 Dazu kommen die aktuellen Herausforderungen, die das Wachsen Leipzigs mit sich
334 bringt: Bevölkerungswachstum braucht Platz und bezahlbare Mieten, eine angepasste
335 Infrastruktur und nachhaltige Konzepte. Mit Blick auf die beschriebenen Zustände und
336 den daraus resultierenden Handlungsbedarf setzen wir für die kommenden Jahre unsere
337 drei Themenschwerpunkte für Leipzig: Wohnen, Mobilität und Sicherheit.

338

339

340 **Wohnen – Ein sicheres Zuhause in Zeiten steigender Kosten**

341

342 Bereits seit Jahren ist es eine zentrale Herausforderung, in Leipzig bezahlbaren
343 Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen. Bisher stand dabei
344 im Fokus, die steigenden Kaltmieten zu begrenzen. Das wird auch weiterhin eine
345 zentrale Herausforderung bleiben. Unsere Stadt hat in den letzten Jahren etwa 100.000
346 Menschen hinzugewonnen und davon begeistern können, hier zu leben. Die Stadt ist
347 voller geworden und erstmals seit vielen Jahren überstieg die Nachfrage nach
348 Wohnungen in vielen Stadt- und Ortsteilen Leipzigs das lokale Angebot. Die steigenden
349 Mieten haben nicht alle Leipziger*innen gleichermaßen gespürt. Wer noch einen alten
350 Mietvertrag hat, kann in Leipzig auch in tollen Lagen noch günstig zur Miete leben. Wer
351 von den steigenden Einkommen der letzten Jahre besonders profitiert hat, kann
352 ebenfalls mit der Mietentwicklung Schritt halten. Wer aber wenig verdient oder
353 umziehen muss, weil die bisherige Wohnung zu klein oder zu groß geworden ist, kann
354 vor erheblichen Problemen stehen, eine bezahlbare Wohnung im vertrauten Stadtteil zu
355 finden. Um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum für alle zu ermöglichen, werden wir in
356 den nächsten Jahren auf folgende drei Schwerpunkte setzen.

357

358 Neubau verstetigen

359 Wir haben dieser Entwicklung auf allen Ebenen entgegengewirkt: im Bund mit
360 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau, im Land mit der Einführung der
361 Mietpreisbremse und in Leipzig mit sozialen Erhaltungssatzungen, Konzeptvergaben,
362 großen Neubaugebieten und einer Neubau-Offensive der LWB. Leipzigs Bevölkerung
363 wächst noch immer, nur gibt es immer weniger Wohnungen, die diesem Wachstum ein
364 Zuhause bieten können. Wir werden uns deshalb in den nächsten Jahren besonders der
365 Realisierung der großen Neubauvorhaben am Bayrischen Bahnhof, dem Eutritzscher
366 Freiladebahnhof und der Kiebitzmark in Paunsdorf widmen, um dort tausende neue
367 Wohnungen zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir stärker den Blick auf Leipzigs Umland
368 richten, den dort teilweise leerstehenden Wohnraum aktivieren sowie die
369 Verkehrsverbindungen ins Umland ausbauen. Vom Wachstum der Stadt soll die
370 gesamte Region künftig stärker profitieren.

371

372 Heizkosten stabilisieren

373 Die aktuelle Energiepreiskrise überlagert derzeit die Entwicklung bei den Kaltmieten. Die
374 massiven Steigerungen der Heizkosten werden zu einem enormen Sprung der
375 Nebenkosten führen. Diese Entwicklung trifft fast alle Haushalte in Leipzig, und sie wird
376 die Steigerungen bei den Kaltmieten in den nächsten Jahren in den Schatten stellen. Zu
377 einer verlässlichen sozialdemokratischen Politik gehört Ehrlichkeit. Und ehrlicher Weise
378 müssen wir sagen: Den steigenden Heizkosten können wir vor Ort kurzfristig leider
379 nichts entgegensetzen. Die Sozialdemokratie handelt im Bund, um die schlimmsten
380 Folgen abzufangen. Vor allem die Reform des Wohngeldes wird vielen Leipziger

381 Haushalten aktuell und auch zukünftig in dieser Situation helfen. Vor Ort können wir
382 mittel- und langfristig alles tun, um uns von den Preisen auf dem internationalen
383 Gasmarkt und den steigenden Preisen für fossile Energieträger unabhängig zu machen.
384 Wir setzen uns deshalb für eine kommunale Wärmeplanung für Leipzig ein, die schnell
385 Planungssicherheit gibt. Wir wollen die Fernwärmenetze weiter ausdehnen. Bei der
386 Erzeugung der Fernwärme müssen wir uns schnellstmöglich unabhängig vom Gas
387 machen. Wir wollen deshalb, dass das neue Heizkraftwerk Süd in einem bundesweiten
388 Pilotprojekt auf die Wärmeerzeugung mit grünem Wasserstoff umgestellt wird.
389 Gleichzeitig sorgen die hohen Energiekosten dafür, dass das Bauen noch teurer wird, als
390 es in den letzten Jahren schon war. Für etliche Neubau-Projekte steht damit die
391 Wirtschaftlichkeit auf der Kippe. Mit einer Ausweitung kommunaler Vorkaufsrechte für
392 eine strategische Liegenschaftspolitik, und dem Aufzeigen von Möglichkeiten, ohne neu
393 zu bauen mehr Wohnraum zu schaffen – beispielsweise durch Aufstocken oder Anbauen
394 – werden wir dem Bedarf begegnen

395 396 Investitionen in den Bestand

397 Auch ohne die Energiekrise sind erhebliche Investitionen in den Gebäudebestand nötig.
398 Auf Leipzig kommt eine zweite Sanierungswelle zu, bei der Wohnungen, die zuletzt in
399 den 90ern saniert wurden, erneut instandgesetzt werden müssen. Gleichzeitig erfordert
400 der Klimawandel umfassende Investitionen für die Klimaneutralität des
401 Gebäudebestandes und für die Anpassung an Hitze, Dürre und Starkregen. Wir wollen
402 diese Entwicklung koordinieren und gemeinsam mit den Leipziger*innen und den
403 Grundstückseigentümer*innen Viertel für Viertel umfassend nachhaltig sanieren. Dabei
404 gilt: Die zweite Sanierungswelle darf keine Welle der Luxussanierungen werden.
405 Vielmehr muss sie sich in eine Strategie zur Bewältigung des Klimawandels einfügen.

406 407 408 **Mobilität – bezahlbar, nachhaltig und sicher**

409
410 Sich zu bewegen und zu begegnen gehört zu den Grundbedürfnissen eines jeden
411 Menschen. Mobilität beschäftigt uns täglich: auf dem Weg zur Arbeit oder zum Sport,
412 beim Besuch von Freunden und Familie, bei wichtigen Besorgungen oder beim
413 Spaziergehen im Park. Mobil kommen wir als Stadtgesellschaft zusammen. Damit das
414 auch in Zukunft sicher und zuverlässig für alle Leipziger*innen gut funktioniert, setzen
415 wir auf die folgenden drei Themenfelder: bezahlbarer ÖPNV, Verkehrswende vor Ort und
416 Sicherheit im Verkehr.

417 418 Bezahlbarer ÖPNV für alle

419 Ein bezahlbarer Nahverkehr ist für uns das Rückgrat der Mobilität in Leipzig. Schon 2019
420 haben wir für Leipzig das 365-Euro-Ticket gefordert. Die heutigen Diskussionen um
421 bezahlbaren und attraktiven ÖPNV zeigen deutlich, dass dieses Thema nicht an
422 Aktualität verloren hat. Das 9-Euro-Ticket war nicht nur wegen des günstigen Preises so
423 beliebt, sondern auch wegen seiner unkomplizierten Handhabung. Wir sind weiterhin
424 überzeugt, dass 365 Euro ein guter Jahreswert für bezahlbaren ÖPNV in Leipzig ist. Unser
425 Ziel ist es daher, dieses Ticket weiteren Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen.
426 Gleichzeitig muss das Angebot von Bus und Bahn attraktiver werden. Dazu gehört eine
427 dichtere Taktung und mehr Verbindungen in alle Ortsteile der Stadt Leipzig – besonders
428 in die Randlagen. Um das Angebot qualitativ zu verbessern wollen wir mehr Platz für

429 Kinderwagen, Rollstuhl und Rollator schaffen, damit der ÖPNV für alle Menschen
430 leichter nutzbar und zugänglich wird.

431

432 Verkehrswende vor Ort umsetzen

433 Die Verkehrswende ist in aller Munde, aber sie muss auch durch konkrete Maßnahmen
434 vor Ort in der Praxis umgesetzt werden. Um eine leistungsfähige, nachhaltige und
435 bezahlbare Mobilität für alle zu schaffen, sind große Veränderungen notwendig. Wir
436 setzen uns dafür ein, dass das gemeinschaftliche Teilen von Autos und Fahrrädern (Car
437 & Bike Sharing) weiter ausgebaut wird. Ein Auto nutzen zu können, wenn man es
438 braucht, ohne es besitzen und finanzieren zu müssen, ist auch ein sozialer Aspekt der
439 Verkehrswende. Um Pendler*innen und Bürger*innen in Stadtrandlagen besser an
440 das Leipziger Verkehrsnetz anzuschließen, braucht es mehr ÖPNV-Verbindungen und
441 attraktive Park & Ride- sowie Bike & Ride-Angebote in den Außenbezirken. Besonders
442 dem leichten Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsarten kommt dabei eine
443 wichtige Bedeutung zu, denn häufig werden Fuß-, Rad-, Auto- sowie Bus- & Bahnverkehr
444 vielfältig miteinander kombiniert um ans Ziel zu kommen. Zur Verkehrswende gehört
445 auch eine Antriebswende: Wir müssen Leipzig jetzt flächendeckend auf den
446 steigenden Anteil der E-Mobilität vorbereiten und die dafür nötige Infrastruktur
447 bereitstellen, um für eine umweltfreundliche, nachhaltige Zukunft gerüstet zu sein.

448

449 Sicherheit im Verkehr ausbauen

450 Jede*r Verkehrstote ist eine*r zu viel – das ist die einfache und oft zitierte Wahrheit. Und
451 doch nehmen wir es hin, dass jedes Jahr in Deutschland über 2.500 Menschen im Verkehr
452 sterben. So haben wir auch in Leipzig jährlich mehr als 1.500 Unfälle mit
453 Personenschaden und über 10 Todesfälle zu beklagen. Wir setzen uns dafür ein, dass
454 „Vision Zero“, also das Ziel von null Verkehrstoten, in Leipzig konsequent verfolgt und
455 umgesetzt wird. Eine bessere Infrastruktur für Fuß- und Radverkehr, Abbiegeassistenten
456 für LKW und mehr Kontrollen im Straßenverkehr sind dabei nur einige Maßnahmen, die
457 uns auf diesem Weg helfen werden. Auch in Bus und Bahn darf es keine Abstriche bei
458 der Sicherheit geben. Menschen in Leipzig sollen zu jeder Tages- und Nachtzeit ein
459 sicheres Gefühl im ÖPNV haben. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen,
460 dass jegliche Art von Übergriffen in Bussen und Straßenbahnen gar nicht erst auftreten
461 können.

462

463

464 **Sicherheit – drei Ziele in unsicheren Zeiten**

465

466 Sicherheit im Alltag, ob zu Hause, auf der Straße, im Büro, in der Schule oder auf dem
467 Spielplatz, ist ein Grundbedürfnis für jede*n von uns. Eine sichere Umgebung gibt
468 Geborgenheit sowie Sicherheit und soll vor allem dabei nicht andere einschränken,
469 sondern Möglichkeiten der freien Entfaltung garantieren und dabei helfen, Neues zu
470 schaffen.

471

472 Abseits der Kriminalstatistiken ist uns das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen wichtig,
473 denn dieses entscheidet, ob die eigene Umgebung als lebenswert angenommen wird.
474 Deshalb wird sich unser Handeln an diesem Maß ausrichten. Schließlich haben wir alle
475 das Bedürfnis und auch den Anspruch, in einer sicheren Stadt zu leben. In einer Stadt zu

476 leben, in der niemand ausgeschlossen wird, ganz egal, woher man kommt und
477 unabhängig von der eigenen sozialen Herkunft und finanziellen Lebenssituation.

478

479 Damit für alle Leipziger*innen dies möglich ist, werden wir folgende drei Themen mit
480 Tatkraft angehen:

481

482 In Leipzig sollen sich alle sicher fühlen

483

484 Die Sicherheitsbedürfnisse der Leipziger*innen sind so unterschiedlich wie die
485 Menschen, die in unserer Stadt leben. Die Menschen in unserer Stadt wissen, wo und
486 unter welchen Umständen sie sich sicher fühlen können, weil sie die Situationen vor Ort
487 kennen. Dieses Wissen gilt es vermehrt zu nutzen, um gezielte Maßnahmen
488 umzusetzen. Die kommunale Bürgerumfrage werden wir daher verstärkt dafür nutzen,
489 um die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen – sowohl Stadt- als auch Ortsteil bezogen
490 – besser zu integrieren. Gleichzeitig werden wir uns dafür stark machen, dass bei
491 ordnungspolitischen Maßnahmen die Bürger*innen in den Orts- und Stadtteilen
492 frühzeitig eingebunden werden.

493

494 Der Kommunale Präventionsrat soll ausgebaut werden. Er muss stärker in die Stadt- und
495 Ortsteile wirken und sich wichtigen Themen in Schwerpunktgebieten annehmen. Dazu
496 gehört eine bessere Vernetzung vor Ort sowie eine stärkere Einbindung der spezifischen
497 Stadtteilakteure.

498

499 Mehr Sicherheitsgefühl heißt nicht nur mehr Polizei

500 Für viele Bürger*innen steigt das Sicherheitsempfinden, wenn die Polizei häufiger im
501 öffentlichen Raum sichtbar ist. Um regelmäßige Streifengänge durch die Quartiere
502 möglich zu machen, müssen die Polizeireviere personell verstärkt werden. Darum haben
503 wir in der Landesregierung dafür gesorgt, dass 1.000 neue Stellen bei der sächsischen
504 Polizei entstehen und werden uns weiterhin dafür einsetzen, den Aufgaben
505 entsprechend ausreichendes polizeiliches Personal einzustellen. Aber auch vor Ort, in
506 unserer Stadt, wollen wir die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt erhöhen. Deshalb
507 setzen wir uns für eine gute Aus- und Fortbildung sowie angemessene
508 Arbeitsbedingungen für diese kommunalen Bediensteten ein. Das umfasst alle Bereiche,
509 wie den Streifendienst, die Verkehrsüberwachung oder die Versammlungsbehörde.
510 Polizei und Ordnungsamt sollen mit Fahrradstaffeln vermehrt in den Parks der Stadt
511 unterwegs sein, dort Präsenz zeigen und für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar
512 sein.

513

514 Zudem wollen wir das Vertrauen in die Polizei stärken, was bisher nicht von allen Teilen
515 der Bevölkerung besteht. So setzen wir uns schon lange für eine unabhängige
516 Beschwerdestelle bei der sächsischen Polizei ein. Gleiches gilt auch für das
517 Ordnungsamt; auch dort werden wir uns für eine unabhängige Beschwerdestelle
518 einsetzen.

519

520 Sicherheit ist mehr als die Präsenz von Ordnungshüter*innen. Wir wollen die
521 Sicherheitsbedürfnisse der Leipziger*innen genauer verstehen und mit einfachen
522 Mitteln Abhilfe schaffen. Häufig genügt eine bessere Beleuchtung, eine veränderte
523 Gestaltung der Grünflächen und Parks oder schlicht die Reparatur defekter Bänke. Das

524 persönliche Sicherheitsempfinden steigt vielerorts auch, wenn die Sauberkeit zunimmt.
525 Illegale Müllentsorgung und Verunreinigungen des öffentlichen Raums werden wir
526 durch eine Stärkung der Stadtreinigung sowie des Ordnungsamtes begegnen. Durch
527 Stadtteilarbeit kann auch hier ein wichtiger Beitrag zur Identifikation mit dem Viertel
528 geschaffen werden, z.B. durch gemeinschaftliche Aktionstage und Sensibilisierung der
529 Gewerbetreibenden zur Müllvermeidung.

530

531 Das Sicherheitsgefühl der Leipziger*innen soll auch Eingang in weitere Politikfelder
532 finden, etwa bei der Gestaltung von Straßen und der Stadtentwicklung. Wir wissen, dass
533 die Kommunalpolitik in diesem Bereich besonders viel leisten kann. Das gilt auch für das
534 Leipziger Nachtleben. Wir wollen Nachtschlichter*innen etablieren, die mit einem
535 niedrigschwelligen Angebot unmittelbar vor Ort erreichbar und ansprechbar sind. Erste
536 Schritte in diese Richtung sind wir bereits mit der geschaffenen Stelle der
537 Nachtbürgermeister*in gegangen.

538

539 Prävention und Schutzangebote für alle ausbauen

540 Wir wissen, dass mehr Polizist*innen auf der Straße kein Allheilmittel sind, denn es sind
541 gerade präventive Angebote, die Konflikte vermeiden können, bevor sie entstehen.

542

543 Präventionsarbeit ist daher eine Investition in mehr Sicherheit, für die Allgemeinheit,
544 aber auch für die konkret betroffene Person. Sichere Stadtviertel leben von einer
545 lebendigen Quartierskultur mit zahlreichen lokalen Netzwerken. Leipzigs Vielfalt ist ein
546 wichtiges soziales und kulturelles Pfund. Wo aber viele Menschen zusammenleben,
547 kommt es auch zu Konflikten und manchmal braucht es bei deren Lösung externe Hilfe.
548 Gleichzeitig fangen intakte Nachbarschaften und Quartiere Menschen auf, die sonst
549 abrutschen. Die Wirksamkeit vieler Maßnahmen ist nicht sofort sichtbar. Sie brauchen
550 Zeit, um diese zu entfalten.

551

552 Neben Zeit braucht es hier natürlich auch finanzielle Mittel. Diese zahlen sich auch in
553 Zeiten angespannter Haushalte am Ende aus, denn die Kosten ohne präventive Ansätze
554 sind im Nachhinein deutlich höher.

555

556 In der Jugend- und Suchtarbeit wollen wir die Kooperation zwischen Polizei, Jugendhilfe,
557 Sozialarbeit und Schulen künftig weiter ausbauen und mehr Angebote zur Hilfe und
558 Unterstützung direkt vor Ort schaffen, insbesondere dort, wo die sozialen Konfliktlagen
559 sich zuspitzen.

560

561 Weiterhin ist es uns ein Anliegen, dass die heute betriebenen Frauen*häuser sowie
562 Schutzhäuser für Frauen* und Kinder weder in ihrer Kapazität verringert oder sogar
563 geschlossen werden. Der Bedarf ist da und in der Pandemie dazu noch gestiegen.
564 Darüber wollen wir das Angebot für Jugendliche und wohnungslose Männer* ausbauen.
565 Insbesondere für junge Erwachsene aus Wohngruppen sowie betreutem Wohnen muss
566 sichergestellt werden, dass diese nicht mit Volljährigkeit auf die Straße gesetzt werden.
567 Hier sind Übergänge in der Jugendhilfe zu schaffen. Niemand soll in Leipzig schutzlos
568 sein, auf der Straße schlafen oder in gewaltvolle Räume zurückkehren müssen.

569

570

571

572 Begründung:

573

574 Erfolgt mündlich.

575

576

577 **Votum:**

578

579

1 **Antrag S 1**

2

3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte

4

5

6 **Barrierefreie Obdachlosen-Unterkünfte**

7

8

9 Der Parteitag möge beschließen:

10

11 Die Übernachtungshäuser für Obdachlose Menschen müssen barrierefrei umgebaut
12 werden. Ebenso die Wasch- und Duscmöglichkeiten, die sie tagsüber nutzen können.

13

14

15 Begründung:

16

17 Erfolgt mündlich

18

19

20

21 **Votum:**

22

23

24

1 **Antrag S 2**

2

3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte

4

5

6 **Barrierefreie Badegewässer**

7

8 Der Parteitag möge beschließen:

9

10

11 Die Stadt Leipzig soll an Badegewässern barrierefreie Badestege bauen lassen.

12 Unter Einbeziehung des Behindertenbeirates als Berater.

13

14 Begründung:

15

16 Erfolgt mündlich

17

18

19 **Votum:**

20

21

22

1 **Antrag S 3**

2
3 EinreicherIn: AK Klima & Umwelt, OV Leipzig-Ost/ Nordost

4
5
6 **Grüne, lebendige Höfe für Leipzig - Schaffung eine Förderrichtlinie für**
7 **Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen**

8
9
10 Der Stadtparteitag möge beschließen:

11
12
13 In ihrem aktuellen Entwurf des Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 bekennt
14 sich die Stadt Leipzig dazu ihre Grünräume und Gewässer auszuweiten und hierfür
15 Flächen entsiegeln zu wollen (siehe S. 17, ESKP 2030). Ein richtiges und wichtiges
16 Vorhaben, um sich auf kommende Hitzeperioden, Dürrezeiten und
17 Starkregenereignisse anzupassen. Denn Entsiegelungsmaßnahmen mit anschließender
18 Begrünung dienen sowohl dem Vorhaben, mehr Niederschlagswasser in der Fläche zu
19 halten als auch das städtische Klima zu verbessern und die Biodiversität zu erhöhen.
20 Leider lassen die städtischen Konzepte und konkreten Maßnahmenpläne vermissen
21 wie, wo und durch wen aktiv entsiegelt werden soll.

22
23 Die Schaffung einer “Förderrichtlinie grüne-lebendige Höfe” kann somit ein Baustein
24 dafür sein die angestrebten Klimaschutzziele zu erreichen. Gefördert werden sollen
25 dabei MieterInnen und Mietergemeinschaften bei ihren Maßnahmen zur ökologischen
26 Aufwertung von Innen- und Hinterhöfen, Vorgärten, Fassaden und Brandwänden auf
27 privaten Grundstücken. Dies kann bspw. durch Entsiegelung von Beton- und
28 Asphaltflächen und die Anlage von Gehölzflächen, Blumen- und Staudenbeeten,
29 Wiesen, Wand und Dachbegrünungen geschehen. Verankert werden soll das
30 Programm beim Amt für Stadtgrün und Gewässer. Mit einer Maximalförderhöhe von
31 1.500 € versehen, soll das Förderprogramm Anreize schaffen das eigene Wohnumfeld
32 grüner, biodiverser und lebenswerter zu gestalten. Durch die geplante Förderung
33 privater Initiativen, Planungen und Umsetzungen wirkt die Förderrichtlinie finanziell
34 entlastend auf den kommunalen Haushalt, da die Stadt Leipzig und deren ausführende
35 Organe aktiv durch die Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden.

36
37
38 Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an die entsprechenden
39 Gliederungen weiterleiten:

- 40
41 1) Die SPD Leipzig fordert die Schaffung eines städtischen Programms zur
42 Förderung von Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung von (Innen-)Höfen
43 und Vorgärten.
44
45 2) Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich dafür ein, das in der Leipzig geeignete
46 Maßnahmen zur Realisierung des Programms erfolgen, insbesondere durch
47 die Aufnahme des Programms in den Maßnahmenkatalog des ESKP 2030

48 sowie die Platzierung des Programms im Haushaltsausschuss mittels eines
49 entsprechenden Antrags.

50

51

52 **Begründung:**

53

54 Die Selbstverpflichtung der Stadt Leipzig zur Einhaltung der Klimaschutzziele sowie die
55 gesetzliche Verpflichtung kommunalen Handelns im Sinne des Klimaschutzes. (BVerfG,
56 Beschluss vom 24.03.2021, Az. 1 BvR 2656/18)

57

58

59

60 **Votum:**

61

62

1 **Antrag S 4**

2
3 Einreicher:in: SPD-Ortsverein Leipzig-Süd
4
5

6 **Stadtplatzprogramm endlich vorlegen und umsetzen**

7
8 Der Parteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Leipziger
9 Stadtrat weiterleiten:

10
11 Leipzig lebt von seinen dezentralen Zentren. Eine hohe Bedeutung haben dabei die
12 Plätze im Stadtbezirk. Die SPD Leipzig begrüßt daher die Erarbeitung eines
13 Stadtplatzprogramms. Ziel muss dabei sein, die Entwicklung der Stadtplätze zu
14 beliebten Treffpunkten im Viertel zu befördern, das Wohn- und Arbeitsumfeld
15 aufzuwerten sowie klimatische und ökologische Bedingungen im Sinne der Umwelt
16 positiv zu beeinflussen. Zudem kann der öffentliche Raum mit entsprechenden Kultur-,
17 Sport- und Freiraumangeboten aufgewertet werden.
18 Stadtplätze benötigen eine Verkehrsberuhigung, Grünflächen und Bäume, Schatten-
19 und Wasserelemente, Bänke zum Verweilen, eine öffentliche Toilette sowie
20 barrierefreie Zugänge.

21
22 Wir fordern:

- 23
24 1. Das Stadtplatzprogramm in 2022 vorzulegen und im Doppelhaushalt 2023/2024
25 entsprechende finanzielle Vorsorge zur Umsetzung entsprechender
26 Maßnahmen zu treffen.
27 2. Gemeinsam mit den Bürger:innen (Bottom-up-Prozess) und unter Beteiligung
28 der Stadtbezirksbeiräte/ Ortschaftsräte die Weiterentwicklung der Stadtplätze
29 anzugehen.
30 3. Den Südplatz als einen der ersten Plätze umzugestalten und aufzuwerten.
31 Entsprechende Vorschläge vom Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V. sollten
32 dabei Berücksichtigung finden.
33

34
35 Begründung:

36
37 Erfolgt mündlich.
38
39

40 **Votum:**
41

1 **Antrag S 5**

2
3 EinreicherIn: OV Leipzig-Ost/Nordost

4
5
6 **Hermann-Liebmann-Schule**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion der SPD Leipzig
9 weiterleiten:

10
11 Die Fertigstellung und somit die Eröffnung des CAMPUS Ihmelsstraße rückt in
12 unmittelbarer Nähe. Die Schule steht eines Tages vor der wichtigen Entscheidung zum
13 Thema Namensgebung.

14
15 Wir fordern, dass die Schule keinen neuen, sondern den alten Namen der Schule
16 „Hermann Liebmann“ wieder bekommt.

17
18
19 Begründung:

20
21 Diese Entscheidung würde der SPD geführten Stadt Leipzig, gut zu Gesicht stehen.
22 Die Grabstelle von Hermann Liebmann befindet sich auf dem Friedhof Sellerhausen.

23
24
25
26 **Votum:**

1 **Antrag ASGB 1**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte, AfA Leipzig
4
5

6 **Mindesturlaubszeit auf 30 Werktage anpassen**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und weiterleiten an den Landesparteitag der SPD
9 Sachsen sowie an den Bundesparteitag der SPD:
10

11 Der im Bundesurlaubsgesetz festgeschriebene Mindesturlaub soll wie folgt angepasst
12 werden: Beschäftigte mit einer Fünftageweche haben einen Mindestanspruch auf 30
13 Werktage Urlaub im Kalenderjahr. Beschäftigte mit einer Sechstageweche haben einen
14 Mindestanspruch auf 36 Werktage Erholungsurlaub im Kalenderjahr.
15
16

17 Begründung:

18
19 Das Gesetz zum Mindesturlaubsanspruch in Deutschland stammt aus dem Jahr 1963
20 und wurde seitdem nicht mehr wesentlich verändert. Es sieht bis heute einen
21 Mindesturlaubsanspruch von 20 Werktagen für Personen, die eine Fünftageweche
22 haben, vor. Bei sechs Arbeitstagen erhöht sich der Mindestanspruch auf 24 Werktage.
23 Das ist in der heutigen Zeit, in der Beruf und Familie besser vereint werden sollen, nicht
24 mehr zeitgemäß. Der Öffentliche Dienst sowie auch tarifgebundene Unternehmen
25 gestehen ihren Mitarbeiter:innen einen höheren Mindesturlaub von 30 Werktagen und
26 teilweise sogar 31 Werktagen zu. Sie setzen somit auf in der Regel besser ausgeruhte
27 und zufriedener Mitarbeiter:innen.
28

29 Eine Anpassung der gesetzlichen Mindestnorm an den höheren Urlaubsanspruch
30 würde auch die Ungleichverteilung der Urlaubstage in Deutschland reduzieren. Eine
31 Studie der Vergütungsberatung Compensation Partner, die anhand von 220.489
32 Datensätzen die Anzahl der Urlaubstage in Deutschland untersucht hat, hat
33 festgestellt, dass die Urlaubstage, welche die Arbeitnehmer:innen in Deutschland im
34 Schnitt erhalten, ungleich verteilt sind.
35

36 Gerade für sächsische Arbeitnehmer:innen würde diese Veränderung eine
37 Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen, da Sachsen im Ranking der
38 Studie den letzten Platz belegt. Zum Vergleich, in Sachsen wurden im Schnitt 27,4
39 Werktage Urlaub vertraglich vereinbart, wohingegen in Baden-Württemberg die
40 durchschnittlich vertraglich vereinbarten Urlaubstage bei 28,8 Werktagen liegen.
41
42

43 **Votum:**
44
45

1 **Antrag ASGB 2**

2
3 EinreicherIn: AfA Leipzig
4
5

6 **Für eine bessere Vergütung in der Physiotherapie**

7
8 Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und weiterleiten an den
9 Bundesparteitag der SPD und die SPD-Bundestagsfraktion:
10

11 Die in der "Vergütungsvereinbarung zum Vertrag nach §125 Absatz 1 SGB V über die
12 Versorgung mit Leistungen der Physiotherapie und deren Vergütung" festgelegten
13 Bruttobeträge je Behandlung, welche durch die gesetzlichen Krankenkassen getragen
14 werden, sollen um 25% angehoben werden. Dies würde im praktischen Beispiel
15 bedeuten, dass der Preis für eine Behandlung Klassische Massagetherapie (KMT) von
16 aktuell 17,57 Euro Bruttopreis pro Einheit um ca. 4,39 Euro auf 21,96 Euro steigen würde.
17 Bei einem Rezept für 6 Behandlungen läge der Bruttobetrag dann bei 131,76 Euro
18 anstelle des aktuellen Betrags von 105,42 Euro. Die Erhöhung würden zu klaren
19 Mehreinnahmen für Betreiber von Physiotherapiepraxen und anderen Einrichtungen in
20 denen physiotherapeutische Behandlungen angeboten werden führen und sich in
21 letzter Instanz auch beim Einkommen der Beschäftigten Physiotherapeutinnen und
22 Physiotherapeuten bemerkbar machen und deren finanzielle Situation spürbar
23 verbessern.
24

25 Begründung:

26
27 Die vergangenen zwei Jahre unter Pandemiebedingungen haben deutlich aufgezeigt,
28 welche Bedeutung eine gute, verlässliche und stets verfügbare Gesundheitsversorgung
29 für unser gesellschaftliches Zusammenleben hat und welche Risiken entstehen, wenn
30 diese nicht gegeben ist. Dabei stand besonders die Pflege im Fokus. Eine Berufsgruppe,
31 die in der Diskussion um die Arbeitssituation im Gesundheitswesen meist völlig
32 ausgelassen wird, sind die Heilmittelerbringer*innen und somit auch die
33 Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten. Aus der geringen Wahrnehmung folgt
34 letztlich auch eine durchschnittlich schwache finanzielle Situation für Personen,
35 welche diesen Beruf praktizieren. Das durchschnittliche Jahresgehalt eines oder einer
36 praktizierenden Physiotherapeut*in, beträgt im Jahr 2022 bundesweit ca. 30.000 Euro,
37 in Sachsen ca. 21.019 Euro. Diese zu geringe Vergütung wird dem Anspruch, den dieser
38 Beruf mit sich bringt, nicht gerecht und steht in keinem Verhältnis zur Belastung,
39 Komplexität und der Verpflichtung zur regelmäßigen Weiterbildung, welche in den
40 meisten Fällen durch den oder die Therapeut*in selbst finanziert werden muss und oft
41 in der Freizeit, also beispielsweise über längere Zeiträume an Wochenenden, absolviert
42 werden muss. Um diesen berufsbedingten Herausforderungen gerecht zu werden und
43 den Beruf wieder attraktiver zu machen, sowie dem derzeit bestehenden
44 Fachkräftemangel entgegenzuwirken, bedarf es einer angemessenen Vergütung und
45 diese kann am unkompliziertesten durch eine starke prozentuale Anhebung der
46 Bruttobeträge, welche durch die gesetzlichen Krankenkassen getragen werden,
47 erreicht werden.
48

49 Quellen:

50 https://www.gkv-heilmittel.de/fuer_heilmittelerbringer/heilmittelpreise/

51 [heilmittelpreise.jsp](https://www.gkv-heilmittel.de/fuer_heilmittelerbringer/heilmittelpreise/)

52 <https://www.praktischerarzt.de/medizinische-berufe/physiotherapeut-gehalt/>

53 <https://www.gehalt.de/beruf/physiotherapeut-physiotherapeutin>

54

55

56 **Votum:**

57

58

59

1 **Antrag ASGB 3**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Pflanzliche Ersatzprodukte fair besteuern**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an den Landes- und Bundesparteitag und die SPD-
9 Bundestagsfraktion weiterleiten:

10
11 Die Liste der Artikel mit vermindertem Mehrwertsteuersatz soll reformiert werden. Wir
12 fordern eine Senkung der Mehrwertsteuer bei pflanzlichen Lebensmitteln auf 7%.

13
14
15 Begründung:

16
17 Ausnahmen vom 19% Mehrwertsteuersatz (7 %) haben Produkte, die zur Deckung der
18 Grundbedürfnisse genutzt werden. Der ermäßigte Steuersatz ist jedoch für viele der
19 Leistungen inzwischen nicht mehr nachvollziehbar, so haben z.B. Schnittblumen und
20 Katzennahrung einen ermäßigten Steuersatz, Sojamilch aber nicht.

21 Die Herstellung tierischer Produkte wie z.B. Milch verursacht Tierleid, ist eine enorme
22 Ressourcenverschwendung und belastet unsere Umwelt auf Dauer. Wer aus ethischen
23 oder auch gesundheitlichen Gründen – bspw. aufgrund einer Milchunverträglichkeit –
24 auf Milchersatzprodukte zurückgreifen muss, bezahlt für die Ersatzprodukte den
25 erhöhten Mehrwertsteuersatz von 19%, weil diese als „verarbeitete Lebensmittel“
26 anders besteuert werden. Die Herstellung von einem Liter Milch verbraucht 80% mehr
27 Land als die Herstellung von einem Liter Hafermilch. Bei der Herstellung von Hafer-
28 oder Sojamilch werden drei- bis viermal weniger Treibhausgase freigesetzt, als bei der
29 Herstellung von Kuhmilch.

30
31 Es gibt keinen ökologisch oder gesundheitlich nachvollziehbaren Grund, Menschen, die
32 auf pflanzliche Ersatzprodukte zurückgreifen, finanziell zu benachteiligen. Die Senkung
33 der MwSt. auf pflanzliche Produkte hätte eine Lenkwirkung und wäre zudem für
34 Menschen ein Anreiz, bei der Ernährung auf eine klimafreundliche Alternative
35 umzusteigen, die bislang auf finanziellen Gründen darauf verzichtet hatten.

36
37 **Votum:**
38
39
40

1 **Antrag ASGB 4**

2
3 Einreicher:in: SPD-Ortsverein Leipzig-Süd
4
5

6 **Längeres gemeinsames Lernen flächendeckend in Leipzig ermöglichen**

7
8 Der Parteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an den SPD-Oberbürgermeister
9 der Stadt Leipzig und die SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat weiterleiten sowie bei der
10 Erstellung des Kommunalwahlprogramms berücksichtigen:
11

12 Seit über 30 Jahren wird an der Nachbarschaftsschule Leipzig in Leipzig-Lindenau
13 länger gemeinsam gelernt. Ab dem Schuljahr 2026/27 soll die erste
14 Gemeinschaftsschule nach neuem Schulgesetz am Dösner Weg im Zentrum-Südost an
15 den Start gehen. Als SPD Leipzig fordern wir:

- 16 1. Längeres gemeinsames Lernen muss schneller als bisher geplant in Leipzig
17 flächendeckend angeboten werden. Die Leipziger Schulnetzplanung ist
18 entsprechend anzupassen.
- 19 2. Neu zu bauende Schulen (insbesondere Oberschulen, Gymnasien und
20 Grundschulen) zukünftig als Gemeinschaftsschulen zu planen und zu bauen.
21 Dabei ist zu beachten, dass die Standorte von Gemeinschaftsschulen gut
22 erreichbar über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind. Unser Ziel ist, dass in
23 jedem Stadtbezirk eine Gemeinschaftsschule entsteht.
- 24 3. Den Schulleitungen und Lehrer:innen, Eltern- und Schülervertreter:innen sowie
25 Mitgliedern der Schulkonferenzen Beratungs- und Informationsangebote zum
26 Thema Gemeinschaftsschule zu unterbreiten, damit unter den Bestandsschulen
27 die Möglichkeiten zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule bekannt sind,
28 Schulentwicklungsperspektiven erörtert werden sowie Kooperationen zwischen
29 Grundschulen und Oberschulen bzw. Gymnasien entstehen können. Das Amt
30 für Schule der Stadt Leipzig soll in gemeinsamen Beratungen mit den
31 Schulleitungen die Grundsätze zur Schulartumwandlung transparent und
32 informativ darstellen. Ziel ist es, dass bestehende Schulen einen
33 Schulentwicklungsprozess initiieren, an dessen Ende eine Schulartumwandlung
34 steht, um so einer Vielzahl an Kindern längeres gemeinsames Lernen zu
35 ermöglichen.
- 36 4. Einen jährlichen Leipziger Gemeinschaftsschultag auszurichten, um zur
37 Information und Vernetzung beizutragen.

- 38 5. Die Schulnetzplanung mit Blick auf eine Verteilung von Gemeinschaftsschulen
39 auf das gesamte Stadtgebiet fortzuschreiben und dabei die Varianten der
40 Schulneugründung sowie Schulartumwandlung zu berücksichtigen. Ziel ist es in
41 den kommenden fünf Jahren fünf Gemeinschaftsschulen zu etablieren sowie
42 langfristig eine Gemeinschaftsschule in jedem Stadtbezirk zu haben.

43

44 Begründung:

45 Nachdem der Volksantrag „Gemeinschaftsschule in Sachsen“ über 50.000
46 Unterschriften erhielt, führte der Sächsische Landtag zum 1.8.2020 die neue Schulart
47 „Gemeinschaftsschule“ ein. In Leipzig gibt es bislang die Leipziger Modellschule in
48 Leipzig-Grünau als Gemeinschaftsschule in freier Trägerschaft. Mit der Schule am
49 Dösner Weg wird gerade ein Neubau realisiert. Dies ist jedoch nicht ausreichend, um
50 die entsprechenden Bedarfe zu decken. In Dresden sind bspw. zum 1.8.2022 zwei
51 Gemeinschaftsschulen in öffentlicher Trägerschaft an den Start gegangen. Beide
52 mussten mehr als die Hälfte der Bewerbungen ablehnen, da nicht genügend
53 Schulplätze zur Verfügung standen. Ähnliches dürfte in Leipzig zu erwarten sein, daher
54 ist eine Beschleunigung beim Ausbau der Gemeinschaftsschulen dringend erforderlich.

55 An Gemeinschaftsschulen lernen Kinder von Klasse 1 bis 12 gemeinsam und können im
56 binnendifferenzierten Unterricht auf die verschiedenen Schulabschlüsse (Haupt- und
57 Realschulabschluss sowie Abitur) vorbereitet werden. Eine Gemeinschaftsschule kann
58 durch Neugründung oder Umwandlung bestehender Schulen entstehen. Wichtig ist,
59 dass sie in Klasse 5 vierzünftig ist, d.h. mindestens 80 Schüler:innen dort lernen. An
60 Gemeinschaftsschulen gibt es keine Bildungsempfehlung nach Klasse 4, die Kinder
61 lernen einfach gemeinsam weiter und entscheiden sich zu einem späteren Zeitpunkt
62 für ihren Bildungsweg. Alternativ zur Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 12 kann eine
63 Kooperation genutzt werden, d.h. verschiedene Grundschulen kooperieren mit der
64 Gemeinschaftsschule, die dann Klassen 5 bis 12 umfasst. Da Gemeinschaftsschulen ein
65 besonderes pädagogisches Konzept verfolgen, ist die Schulbezirkspflicht in der
66 Primarstufe aufgehoben - ähnlich zu den Schulen in freier Trägerschaft oder der
67 Nachbarschaftsschule Leipzig.

68

69 **Votum:**

70

1 **Antrag ASGB 5**

2
3 EinreicherIn: Jusos Leipzig
4
5

6 **Grunderbe jetzt!**

7
8 Der Stadtparteitag der SPD-Leipzig möge beschließen und über den Landesparteitag
9 der SPD Sachsen und dem Bundesparteitag an die Bundestagsfraktion weiterleiten:
10

11 Wer erbt, ist privilegiert. Dieser einfache Satz gilt nicht nur, aber besonders in
12 Deutschland.
13

14 In der BRD herrscht die zweithöchste Vermögensungleichheit im gesamten Euroraum.
15 Lediglich 10% der Bevölkerung kontrollieren circa 67% des gesamten gesellschaftlichen
16 Vermögens. Dieser Zustand wird durch das deutsche Erbsystem verstärkt. In
17 Deutschland werden jedes Jahr rund 400 Milliarden Euro vererbt. Durch niedrige
18 Steuersätze und hohe Ausnahmetatbestände werden lediglich 0,2% dieses Erbes
19 zurück in die Gemeinschaft beziehungsweise an den Staat umverteilt. Dies führt zu
20 einer immer stärkeren Konzentration von Werten auf wenige Personen und einer
21 immer größer werdenden Vermögensungleichheit. Dies steht wiederum in direktem
22 Zusammenhang zur sozialen Mobilität:

23 Umso ungleicher eine Gesellschaft ist, desto niedriger ist ihre soziale Mobilität. Umso
24 mehr Erbe also von immer weniger Menschen vererbt wird, umso schwieriger wird der
25 Aufbau von Vermögen durch Erwerbsarbeit. In Deutschland entsteht Vermögen
26 nahezu nur noch durch Erbgang. Kinder aus Arbeiter:innenfamilien haben noch immer
27 schlechtere Ausgangsbedingungen für einen sozialen Aufstieg.
28 Das Versprechen der Politik an die Gesellschaft, für sozialen Aufstieg durch Leistung
29 und gleiche Startchancen zu sorgen, ist gescheitert. Sozialer Aufstieg wird immer
30 unwahrscheinlicher.
31

32 Diese Entwicklungen treffen insbesondere Bevölkerungsgruppen, die strukturell nicht
33 in der Lage waren über mehrere Generationen, insbesondere in Zeiten relativ hoher
34 sozialer Mobilität, ein durch die Generationen getragenes Vermögen aufzubauen:
35 Menschen mit familiärem Migrationshintergrund und Menschen mit ostdeutschem
36 familiärem Hintergrund. Beide Bevölkerungsgruppen sind unterproportional am
37 gesellschaftlichen Vermögen beteiligt, weil ihnen Jahrzehnte intergenerativen
38 Vermögensaufbaus fehlen. Dies führt unter anderem zu einer massiven
39 Unterrepräsentation in gesellschaftlichen Eliten und damit zu einer teilweisen
40 Unsichtbarkeit ostdeutscher und migrantischer Perspektiven und Erfahrungshorizonte
41 in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.
42

43 Politik muss die Frage beantworten, wie sichergestellt wird, dass nachfolgende
44 Generationen in einer gerechteren Welt aufwachsen, die weniger von Krisen
45 gezeichnet ist. Dazu müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, um junge Menschen zu
46 unterstützen und um ihnen zu zeigen, dass wir ernsthaft an diesem Versprechen
47 festhalten.
48

49 Wir wollen eine Gesellschaft in der jede*r Einzelne sich frei und unabhängig seiner
50 Wurzeln entfalten kann, um als Teil einer emanzipierten und solidarischen Gesellschaft
51 ein gutes Leben führen zu können. Eine solche Gesellschaft braucht eine möglichst
52 niedrige soziale Ungleichheit und eine möglichst hohe soziale Mobilität.
53 Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es unter anderem einer besseren Umverteilung von
54 Vermögenswerten. Daher fordern wir eine neue konsequente Umverteilung des Erbes
55 in unserer Gesellschaft.

56
57 Wir begrüßen, dass der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, den
58 Vorschlag von Thomas Piketty zur Einführung eines Grunderbes für alle Bürger*innen
59 ab 18 Jahren aufgegriffen hat.

60
61 Um tatsächlich in der Lage zu sein, entweder Eigentum aufzubauen, Projekte zu
62 verwirklichen oder sich finanziell unabhängig für Ausbildungs-, Studien-, oder
63 Lebensort zu entscheiden, fordern wir ein Grunderbe von 60.000€, welches
64 bedingungslos ausgezahlt wird. Zum Stichtag der Auszahlung wird für jedes Jahr über
65 dem 18. Lebensjahr das Grunderbe um 3.000 EUR reduziert. Das Grunderbe wird
66 finanziert über eine Reform von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer,
67 welche eine deutlich erhöhte Erbschaftssteuer beinhaltet. Die Reform ist progressiv
68 auszugestalten und bisherige Schlupflöcher, insbesondere bei dem Übertrag von
69 Unternehmen, sind zu schließen.

70
71 Hierdurch wird ein gezielter und wirkungsvoller Umverteilungseffekt erzeugt. Über
72 eine Reform der Freibeträge können auch Mitnahmeeffekte bei wirtschaftlich
73 privilegierten Gruppierungen aus dem Grunderbe korrigiert werden.

74
75 Zusätzlich dazu zeigt das Grunderbe aber vor allen Dingen eines: Wir haben Vertrauen
76 in junge Menschen.

77
78 Begründung:

79
80 Allein in Deutschland besitzt die untere Bevölkerungshälfte nicht einmal drei Prozent
81 des Gesamtvermögens. Dem entgegen besitzen die reichsten zehn Prozent der
82 deutschen Bevölkerung mehr als zwei Drittel des gesamten Privatvermögens. In kaum
83 einem anderen OECD-Land ist die Vermögensungleichheit so enorm hoch wie in
84 Deutschland.

85 Doch auch innerhalb Deutschlands ist die Vermögensverteilung zwischen Ost und
86 West weiterhin nach wie vor sehr ungleich. Beim Vergleichen der Altersgruppen wird
87 deutlich, dass der größte Teil des deutschen Vermögens in Westdeutschland zu finden
88 ist. Für die Altersgruppe der 21-35jährigen ist das besonders prekär. In diesem Zeitraum
89 werden prägende Entscheidungen getroffen, die das Leben maßgeblich verändern
90 werden. Ein bedingungsloses Grunderbe kann dafür sorgen, dass diese Entscheidungen
91 z.B. zwischen Ausbildung und Studium, Familienplanung, mögliche
92 Unternehmensgründung sowie Wohnort, freier und nach eigenen Wünschen
93 unabhängig des Elternhauses und der Herkunft getroffen werden können.

94
95 Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit existieren in Deutschland und somit
96 auch in Sachsen nur auf dem Papier. Das Elternhaus, der Geburtsort und die Herkunft

97 bestimmen maßgeblich bis ausschließlich den Lebensverlauf. Unsere Großeltern- und
98 Elterngeneration dachte es würde den nächsten Generationen einmal besser ergehen
99 und alle würden die gleichen Startchancen im Leben erhalten. Doch die
100 Vermögensungleichheit wird von Jahr zu Jahr präsenter und größer. Das Versprechen
101 von automatischem Aufstieg durch Leistung und gleiche Startchancen wurde nicht
102 eingehalten.

103

104 Die Einführung eines bedingungslosen Grunderbes ist ein erster Schritt der
105 Vermögensungleichheit entgegenzuwirken.

106

107 **Votum:**

108

109

110

1 **Antrag ASGB 6**

2
3
4 EinreicherIn: Jusos Leipzig

7 **Elternzeit für alle – Verbesserung der Elternzeit-Konditionen**

8
9 Der Stadtparteitag der SPD-Leipzig möge beschließen und über den Landesparteitag
10 der SPD Sachsen und Bundesparteitag an die Bundestagsfraktion weiterleiten:

11
12 Noch immer sind es vor allem Frauen, die in Beziehungen¹ den Großteil der
13 Erziehungsarbeit leisten und das obwohl der Großteil der Eltern der Meinung ist,
14 bereits gleichberechtigt zu erziehen. Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren
15 bereits einige Maßnahmen geschaffen worden, die darauf hinwirken sollten, dass
16 Eltern gleichberechtigt erziehen und das Modell des “male breadwinners”, welches
17 zuvor Maßstab der Politik in diesem Feld war, dem Modell der “dual earner” weicht.
18 Anstatt nur eines erziehenden Elternteils (i.d.R. die Mutter) sollte Erziehung und
19 Erwerbsarbeit möglichst gleichberechtigt zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt
20 werden.

21 Vor allem das 2007 eingeführte Elterngeld in Kombination mit der Elternzeit sollte
22 dabei einen Paradigmenwechsel einleiten.

23 Die Elternzeit bietet Eltern eine Freistellung von der Arbeit für bis zu 3 Jahre pro
24 Elternteil, mit einem Rückkehrrecht an den gleichen oder einen ähnlichen Arbeitsplatz
25 im selben Unternehmen. Das Elterngeld soll das durch diese Freistellung wegfallende
26 Einkommen von Eltern nach der Geburt eines Kindes ausgleichen. Grundsätzlich wird
27 Elterngeld 12 Monate lang gezahlt - 14 Monate, wenn beide Elternteile zu Hause
28 bleiben und mindestens 2 Monate parallel Elterngeld in Anspruch nehmen. Seit 2015 ist
29 es außerdem möglich, einen Monat dieses “Basiselterngeldes” in zwei Monate mit
30 “Elterngeld Plus” umzuwandeln, hier wird dann auch die Auszahlung monatlich
31 halbiert. Nach dem 14. Lebensmonat des Kindes ist dies die einzige Möglichkeit weiter
32 Elterngeld zu beziehen. Diese Möglichkeit besteht jedoch nicht für befristet
33 Beschäftigte oder Beschäftigte in Kleinstbetrieben mit weniger als 15
34 Mitarbeiter:innen.

35
36 Die Höhe des Basiselterngeldes beträgt in der Regel 65% des in den letzten 12 Monate
37 erhaltenen durchschnittlichen Nettoeinkommens vor der Geburt, bei einer
38 Beitragsbemessungsgrenze von 2.770 € und einem Mindestbetrag von 300 €. Doch
39 schaffen es diese Maßnahmen allein noch nicht, nachhaltig Gleichberechtigung bei der
40 Kindererziehung zu schaffen. Denn noch immer büßen Frauen in den ersten beiden
41 Jahren nach der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 80% ihres vorherigen
42 Einkommens ein, auch 10 Jahre nach der Geburt ist dieser Verlust nicht aufgeholt, das
43 Einkommen von Müttern liegt weiterhin ca. 60% unter dem Einkommen, das sie vor
44 der Geburt hatten. Deutlich werden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern vor

¹ Dieser Antrag bezieht sich in seiner Analyse zum Großteil auf heteronormative Paarbeziehungen mit einer Mutter und einem Vater, da diesen das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern inhärent ist. Selbstverständlich beziehen sich alle geforderten Maßnahmen immer auf Familien in jeglicher Form, unabhängig von den Geschlechtern der Eltern.

45 allem bei der durchschnittlichen Inanspruchnahme von Elterngeld. Väter nehmen im
46 Schnitt 3,4 Monate Elternzeit, Mütter 13,2 Monate.

47

48 Diesem deutlichen Unterschied, den das Elterngeld derzeit nicht aufzulösen vermag,
49 liegen verschiedene Probleme zu Grunde.

50 Einerseits spielen bei der Verteilung der Elternzeiten zwischen Elternteilen häufig vor
51 allem finanzielle Aspekte eine wichtige Rolle. So liegt es gerade bei dem aktuell in
52 Deutschland angewandten Elternzeitmodell nahe, dass dasjenige Elternteil zu Hause
53 bleibt, welches bereits im Vorfeld der ersten Geburt weniger verdient, um Einbußen,
54 die durch das Elterngeld entstehen, möglichst gering zu halten. In den meisten Fällen
55 sind dies Frauen.

56 Andererseits spielt auch die Stigmatisierung von Frauen in der Arbeitswelt eine
57 zentrale Rolle bei der Nichterreichung von Gleichberechtigung in den Erziehungszeiten.
58 Frauen haben erschwerten Zugang zu einigen Berufen, da eine Schwangerschaft und
59 damit verbundene Ausfallzeiten bereits von Arbeitgebenden antizipiert wird. Bei
60 Männern hingegen wird nicht davon ausgegangen, dass sie durch eine Vaterschaft
61 längere Zeit ausfallen.

62 Hinzu kommt, dass es nur sehr wenige Möglichkeiten zur Arbeit in Teilzeit oder mit
63 reduzierten Arbeitsstunden gibt. Eine 40-Stunden-Woche ist die Norm.

64 So ist die aktuelle Verteilung von Erziehungsarbeit und das geltende Elternzeit-/
65 Elterngeldmodell also aus gleichstellungspolitischer Sicht alles andere als
66 zufriedenstellend.

67

68

69 Wir fordern ein flexibles, paritätisches Elternzeitmodell mit vollem Lohnausgleich:

70

- 71 • Das Elterngeld wird bis zu 18 Monate ausgezahlt, wenn beide Elternteile jeweils
72 mindestens 9 Monate Elternzeit nehmen, unabhängig davon, wie viele Monate
73 davon parallel oder separat genommen werden. Alleinerziehende können diese
74 18 Monate voll in Anspruch nehmen. Für Mehrlinge erhalten die Elternteile die
75 Möglichkeit, die Elternzeit um zusätzliche 4 Monate zu verlängern. Des
76 Weiteren gilt es, im Falle einer Frühgeburt, die Versorgung im Krankenhaus als
77 exklusiv anzusehen und muss zusätzlich zu den 18 Monaten geleistet werden
78 und muss aufgrund der Individualität einzeln betrachtet und entsprechend
79 verlängert werden. In Fällen von Elternteilen mit Besuchsrecht kann das
80 paritätische Modell angewendet werden.
- 81 • Bezugsberechtigt müssen alle in Deutschland wohnhaften Personen sein,
82 unabhängig von der Art des vor der Geburt bezogenen regelmäßigen
83 Einkommens und der Größe des Betriebes, in dem gearbeitet wurde. So müssen
84 beispielsweise auch Empfänger:innen von Arbeitslosengeld oder Rente
85 Elterngeld beziehen, ohne dass dies in Zukunft auf die jeweiligen Sozial- bzw.
86 Versicherungsleistung angerechnet wird.
- 87 • Ein Rückkehrrecht auf eine gleichwertige Arbeitsstelle nach der Elternzeiten
88 muss während des gesamten Elterngeldbezugs gewährleistet werden.
- 89 • Es dürfen keine Einschränkungen durch vorherige Elternzeiten entstehen. Für
90 jedes Kind muss dieselbe Elternzeit zur Verfügung stehen.
- 91 • Für Adoptivkinder und Pflegekinder in Dauerpflege muss das Modell analog
92 gelten.

- 93 • Der Lohnausgleich muss 100% des Nettoeinkommens des jeweiligen Elternteils
94 entsprechen, sodass keine finanziellen Einbußen durch die Erziehung eines
95 Kindes entstehen. Als Deckelungsbeitrag gilt die Bemessungsgrenze von 2.770 €
96 Netto² pro Monat (Statistik 2021. Entsprechend der Inflation und Lohnsteigerung
97 für die kommenden Jahre muss dieser Betrag stetig angepasst werden)
98 • Für die 12 Monate, die als Berechnungszeitraum für das durchschnittliche
99 Nettoeinkommen genutzt werden, darf eine mögliche Arbeitslosigkeit, die bei
100 einem bestehenden Arbeitsverhältnis eingetreten ist, nicht berücksichtigt
101 werden (Beispiel für die bisherige Berechnung: 6 Monate Arbeit mit x €
102 Einkommen und 6 Monate Arbeitslosigkeit mit 0 € werden addiert, durch 12
103 Monate dividiert und als Grundlage für das Elterngeld genutzt)
104 • Das Elterngeld muss mindestens einem Nettoeinkommen von 1.200 €
105 entsprechen
106

107 Zur Verdeutlichung für die monetäre Umsetzung des Elterngeldes werden 3 Beispiele
108 angeführt:

- 109
- 110 • Person erhält > 2.770 € Nettoeinkommen pro Monat
 - 111 ○ es werden 2.770 € Netto pro Monat ausgezahlt
 - 112 ○ die Differenz zum regulären Nettoeinkommen muss selbst getragen
113 werden
 - 114 • Person erhält ≤ 2.770 € Nettoeinkommen pro Monat
 - 115 ○ es werden bis zu 2.770 € Netto pro Monat ausgezahlt
 - 116 ○ es besteht keine Differenz zum regulären Nettoeinkommen
 - 117 • Person erhält < 1.200 € Nettoeinkommen pro Monat
 - 118 ○ es werden 1.200 € ausgezahlt und somit ein Mindestsatz finanziert
- 119
120

121 Begründung:

122

123 Die oben genannten Maßnahmen können dazu beitragen, eine gleichberechtigte
124 Erziehung zu unterstützen und zu fördern. Weitere Maßnahmen, um bessere
125 Rahmenbedingungen für eine Familiengründung und das gleichzeitige Ausüben eines
126 Berufes zu schaffen und eine paritätische Erziehung zu unterstützen, müssen
127 unabhängig davon diskutiert und umgesetzt werden.
128

129 Natürlich sollte es, vor allem bei heteronormativen Partnerschaften, generell im
130 Interesse der Männer sein, dass ihre Partnerinnen sich weiterhin im Beruf und somit
131 auch gesellschaftlich verwirklichen und weiterentwickeln können. Zumal die Elternzeit
132 mit dem Kind/ den Kindern für beide Elternteile bleibende Erfahrungen darstellt.
133 Das Hauptproblem, warum aber vor allem Frauen länger oder teilweise komplett in
134 Elternzeit gehen, liegt häufig in den finanziellen Ausfällen und generell an den
135 Lohnunterschieden. Durch die oben aufgelisteten Maßnahmen bezogen auf den
136 Lohnausgleich kann zumindest Erstes kompensiert werden und bietet eine finanzielle

² Die 2.770 € entsprechen der derzeitigen Bemessungsgrenze für das Elterngeld-Netto. Das heißt, bis zu diesem Netto-Betrag werden die 65 % Elterngeld berechnet. Netto-Einkommen über den 2.770 € werden nicht berücksichtigt. Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stand April 2022, 25. Auflage

137 Sicherheit für beide Elternteile, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, dass beide
138 Elternteile gleichermaßen Elternzeit in Anspruch nehmen können.
139 Ein neues Elternzeitmodell kann den Wandel hin zu Gleichberechtigung und
140 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar maßgeblich unterstützen, jedoch darf es
141 nicht die einzige Maßnahme bleiben.

142

143 **Votum:**

144

145

146

1 **Antrag ASGB 7**

2
3 EinreicherIn: AfA Leipzig
4
5

6 **Für ein Ende der Privatisierung im Gesundheitswesen**

7
8 Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und weiterleiten an den
9 Landesparteitag der SPD Sachsen sowie an den Bundesparteitag der SPD und die SPD-
10 Bundestagsfraktion:

11
12 Alle Träger der öffentlichen Hand und Unternehmen unter Einfluss öffentlich-
13 rechtlicher Körperschaften sollen dazu verpflichtet werden, keine weiteren
14 Privatisierungen von Einrichtungen im Bereich des Gesundheitswesens und der Pflege
15 vorzunehmen oder zuzulassen. Zusätzlich sollen dort, wo es die rechtlichen
16 Rahmenbedingungen zulassen, bereits vorgenommene materielle Privatisierungen
17 rückgängig gemacht werden.
18

19 Begründung:

20
21
22 Einrichtungen des Gesundheitswesens sollten sich als Bestandteil der öffentlichen
23 Daseinsvorsorge und kritischen Infrastruktur ausschließlich im Besitz der öffentlichen
24 Hand und nicht in Händen einzelner Unternehmen befinden. Eine optimale
25 Gesundheitsversorgung sollte nicht vom Wettbewerb am Markt abhängig sein,
26 sondern von den Gesundheitsinteressen der in diesem Bereich beschäftigten
27 Angestellten und der zu behandelnden Patienten.
28

29 In den vergangenen zwei Jahre unter Pandemiebedingungen hat sich deutlich gezeigt,
30 welche Bedeutung eine gute, verlässliche und stets verfügbare Gesundheitsversorgung
31 für unser gesellschaftliches Zusammenleben hat und welche Risiken entstehen, wenn
32 diese nicht oder nur unzureichend gegeben ist. In diesem Zusammenhang ist zu
33 bemerken, dass eine solche Gesundheitsversorgung am besten gewährleistet werden
34 kann, wenn diese durch staatlich finanzierte Institutionen erfolgt, da hier kein
35 unnötiger Leistungsdruck beim Personal entsteht aufgrund einer auf Profit
36 ausgerichteten Geschäftsführung und Entscheidungen zur Durchführung bestimmter
37 Behandlungen bzw. Behandlungsverfahren, nicht danach getroffen werden, welche
38 den größten Umsatz für die Einrichtung bedeuten, sondern nach deren Dringlichkeit
39 und Bedeutung für den jeweiligen Patienten. Auch bessere Arbeitsbedingungen für die
40 Beschäftigten wären auf diese Weise leichter durchsetzbar, was zu einer deutlichen
41 Verbesserung der Lebenssituation und letztlich auch der Arbeitszufriedenheit eines
42 großen Teils der Beschäftigten im Gesundheitswesen beitragen würde. All dies ist
43 durch eine sich im Privatbesitz befindliche Gesundheitsversorgung nicht möglich.
44

45 Zum Begriff der Privatisierung:

46
47 Als formelle Privatisierung gilt die Überführung in eine vollständig privat-rechtliche
48 Form. Das heißt, das Unternehmen ist staatlich geführt, z.B. St. Georg.

49 Als materielle Privatisierung gilt die Überführung in eine rein private Trägerschaft -
50 freie Wirtschaft.

51

52 **Votum:**

53

54

55

1 **Antrag ASGB 8**

2
3 EinreicherIn: Jusos Leipzig
4
5

6 **Die Pandemie ist nicht vorbei; die Impfpflicht darf es auch nicht sein**
7
8

9 Der Parteitag möge beschließen und über den Landesparteitag der SPD Sachsen an den
10 Bundesparteitag der SPD weiterleiten:
11

12 Seit 2 Jahren wird das gesellschaftliche und politische Leben von Sars-Cov2 (Covid19
13 bzw. "Corona"-Virus) beherrscht. Trotz anderslautender Verkündigungen ist die
14 Pandemie weder vor- bei noch harmlos.

15 Die Versuche eine allgemeine Corona-Impfpflicht einzuführen sind zwischenzeitlich
16 gescheitert.¹

17 Der ursprüngliche Antragsentwurf einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren² wurde
18 schon vor der Abstimmung zu einer Kompromiss-Fassung abgeschwächt. Der neue
19 Entwurf sah eine Impfpflicht ab 60 Jahren, sowie eine Beratungspflicht ab 18 Jahren
20 mit der Möglichkeit einer späteren Ausweitung der Impfpflicht vor.³ Am Ende stimmten
21 selbst für diese Fassung nur unter SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit.
22

23 Der erste Fehler in dieser Angelegenheit war es, in der öffentlichen Debatte
24 parteiübergreifend die Impfpflicht zu verwerfen. Noch im November 2021 wurden von
25 Verhandler:innen der Ampel-Koalition die Ideen einer allgemeinen Impfpflicht
26 ausgeschlossen.⁴ Schon frühzeitig, aber spätestens zu diesem Zeitpunkt waren die
27 enormen Risiken, Belastungen und das Eskalationspotential der Pandemie
28 offensichtlich.

29 Dieser pauschale Ausschluss einer der wirkungsvollsten Maßnahmen zur Pandemie-
30 Bekämpfung hat den politischen Handlungsspielraum völlig grundlos stark
31 eingeschränkt. Indem damit die späteren Möglichkeiten, auf die Gefahren zu reagieren,
32 versperrt wurden, hat dieses Ausschließen einen schweren Schaden angerichtet, der
33 auch jetzt nicht mehr vollständig aufgeholt werden kann.
34

35 Noch immer - auch in der Aussprache im Bundestag - halten sich Falschannahmen und
36 Fehldar-stellung zur Impfung (und zur Impfpflicht). Zu diesen zählen die Behauptung,
37 die Impfung biete keinen Schutz vor einer Infektion oder böte ausschließlich einen
38 Eigen-, aber keinen Fremdschutz. Nicht weniger gefährlich ist auch die Argumentation
39 eine Impfpflicht sei (verfassungs-)rechtlich unmöglich.
40

41 Keine Handlung existiert in einem gesellschaftlichen Vakuum und keine (juristische)
42 Bewertung kann sich allein auf die unmittelbaren Auswirkungen beschränken.

¹ Plenarprotokoll 20/28 (07.04.2022) S. 2367 ff.

² BT-Drks. 20/899.

³ BT-Drks. 20/1353 S. 35.

⁴ Vgl. <https://www.dw.com/de/maas-in-deutschland-keine-allgemeine-impfpflicht/a-59888076> (abgerufen am 29.04.2022)

43 Auch bestehende Regulierungen (etwa die Anschnallpflicht für Autofahrer:innen oder
44 die Helmpflicht für Motorradfahrer:innen) schützen zuallererst die betroffene Person
45 selbst, sind aber gleichwohl nicht verfassungswidrig. Denn aus dem Risiko für sich
46 selbst, entsteht in vielen Situationen (etwa als Verkehrsteilnehmer:in) auch
47 zwangsläufig ein Risiko für andere.

48

49 Richtig ist, dass die Impfpflicht ein Eingriff in Grundrechte ist, mindestens in das
50 Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 II 1 GG)⁵. Es verkennt allerdings in
51 mehrfacher Hinsicht den Sinn von Grundrechten, wenn man allein auf dieser
52 Grundlage die Impfpflicht kategorisch ausschließen will.

53

54 Die Pandemie ist seit zwei Jahren von sich schnell ändernden Gegebenheiten geprägt.
55 Maßnahmen, die in einer Situation als sinnvoll erscheinen, können später als
56 kontraproduktiv oder ineffektiv erkannt werden. Insbesondere auch
57 naturwissenschaftliche Erkenntnisse entwickeln sich konstant weiter. Bei der
58 Beurteilung solch einer Lage, bei der es Gewissheiten kaum gibt, genügt es, wenn
59 Gesetzgeber nach einer "sachgerechten und vertretbaren Beurteilung der ihm verfügbaren
60 Informationen und Erkenntnismöglichkeiten"⁶ handeln.

61

62 Aktuell zeichnet sich laut Einschätzung des RKI folgender Konsens ab:

63

64 Bei allen Varianten des Virus ist das Risiko für Geimpfte geringer als bei Nicht-
65 Geimpften. Das betrifft sowohl das Risiko schwerer Verläufe und Todesfälle als auch
66 das der Hospitalisierung. Obwohl bei der "Omikron"-Variante die Wirksamkeit geringer
67 ist und die Forschungslage noch lückenhaft ist, zeichnet sich ab, dass auch hier
68 Geimpfte (insbesondere Dreifach-Geimpfte) besser geschützt sind als Ungeimpfte.
69 Auch das Risiko, das Virus zu übertragen sinkt durch die Impfung (und erneut durch die
70 Booster-Impfung).⁷

71

72 Zusammengefasst bedeutet dies: Die Impfung schützt die geimpfte Person, sich zu
73 infizieren und schützt andere Personen, das Virus von Geimpften zu bekommen. Die
74 Übertragung von Geimpften zu Geimpften ist die geringste und die am wenigsten
75 gefährliche. Daraus folgt auch die Erkenntnis: Neben anderen Maßnahmen, die
76 weiterhin ergriffen werden müssen, ist die höchstmögliche Impfquote der beste
77 Schutz.

78

79 Es gibt Risiken für Impfnebenwirkungen, die allerdings deutlich geringer ausfallen als
80 die Risiken einer Infektion. Auch gibt es keinen Anlass, von "Langzeitnebenwirkungen"
81 auszugehen.⁸ Ganz im Gegensatz zu den bekannten Gefahren von Long-Covid.⁹ Auch

⁵ Vgl. Hofmann/Neuhöfer NVwZ 2022, 19, 21 (Das "Corona"-Virus und die allgemeine Impfpflicht) welche auch die Religionsfreiheit und das allgemeine Persönlichkeitsrecht für einschlägig erachten.

⁶ BVerfG - Beschluss vom 19. November 2021 - 1 BvR 781/21 - Rn 171.

⁷ https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ_Liste_Wirksamkeit.html (abgerufen am 29.04.2022).

⁸ <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/schutzimpfung/risiken-und-nebenwirkungen/#tab-4683-5> (abgerufen am 29.04.2022).

⁹ <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/basisinformationen/long-covid-langzeitfolgen-von-covid-19/> (abgerufen am 06.05.2022).

82 gibt es nach wie vor Bevölkerungsgruppen, die sich nicht impfen lassen können: Für
83 Kinder unter 5 Jahren gibt es (noch) keine Impfeempfehlung. Auch bei verschiedenen
84 Vorerkrankungen und bis zum vierten Monat einer Schwangerschaft¹⁰ wird von einer
85 Impfung abgeraten.

86
87 Selbst wenn man von der (fehlerhaften) Annahme ausginge, die Impfung sei nur ein
88 Selbstschutz, muss diese Argumentation scheitern.
89 Eine vollkommen eigenverantwortliche Entscheidung kann es im Angesicht einer
90 Pandemie nicht geben. Patient:innen, die aufgrund einer Infektion im Krankenhaus
91 landen, sind dabei auf Ressourcen angewiesen (Intensivbetten, Pflegekräfte,
92 Ärzt:innen, Medikamente), die anderen nicht mehr zur Verfügung stehen. In der vierten
93 "Corona"-Welle im Herbst/Winter 2021/22 mussten drei Viertel aller Krankenhäuser
94 Operationen verschieben.¹¹ Die Entscheidung für oder gegen eine Impfung hat (immer)
95 auch für andere Menschen Konsequenzen und kann somit auch dort wesentlich für
96 grundrechtlich relevante Fragen werden.

97
98 Die in diesem Zusammenhang verbreitete Behauptung, die Ablehnung von
99 Schutzmaßnahmen müsse nicht gerechtfertigt werden,¹² klammert sich an ein
100 überholtes "liberales" Verständnis von Grundrechten. Es beschränkt sich auf die
101 (zweifelloso richtige) Interpretation von "Abwehrrechten" gegen den Staat, ignoriert
102 aber die verfassungsrechtliche Dimension der Schutzpflichten. Die Gleichsetzung von
103 weniger Staat gleich mehr Freiheit geht völlig an der Realität vorbei. Durch einen
104 Verzicht auf die allgemeine Impfpflicht wird ebenso eine Bedrohung für Grundrechte
105 geschaffen. Wenn der Staat von einer gegebenen Möglichkeit, Menschen vor einer
106 Krankheit zu schützen, keinen Gebrauch macht, kommt das genauso einem Eingriff in
107 Grundrechte gleich.¹³

108
109 Der Bundestag hat sich - zum Glück - auch gegen den Antrag¹⁴ gestellt, jede Impfpflicht
110 abzulehnen.¹⁵ Die Impfpflicht gehört nach Art. 74 I Nr. 12, 19 GG zur konkurrierenden
111 Gesetzgebung. Dadurch, dass der Bund keinerlei Regelung getroffen hat, um die
112 Impfpflicht zu beschließen oder auszuschließen, hätten aktuell die Bundesländer die
113 Möglichkeiten, landesweite Impfpflichten einzuführen.¹⁶ Bis bundesweit Mehrheiten
114 gefunden sind, um die Impfpflicht einzuführen, sollten hier Landesregierungen und -
115 parlamente bereits vorangehen.

116
117 Die Impfpflicht ist nicht ohne Probleme. Die Frage der Durchsetzung ist noch nicht
118 eindeutig beantwortet. Ein Abstellen auf ein Bußgeld belastet Menschen mit
119 geringerem Einkommen logischerweise stärker. Eine Durchsetzung mit unmittelbarem

¹⁰ <https://www.zusammengegencorona.de/leichtesprache/corona-schutzimpfung-fuer-schwangere/> (abgerufen am 06.05.2022)

¹¹ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/operation-verschiebung-corona-100.html> (abgerufen am 02.05.2022).

¹² <https://www.zeit.de/politik/2022-03/corona-politik-fdp-freiheit-kulturkampf> (abgerufen am 02.05.2022).

¹³ Vgl. Kießling VerfBlog 2020/03/02 (Coronavirus, Masern und die Grundrechte) am Beispiel der Impfpflicht gegen Masern.

¹⁴ BT-Drks 20/516.

¹⁵ Plenarprotokoll 20/28 (07.04.2022) S. 2373 ff.

¹⁶ Mayer/Mülner VerfBlog 2021/11/29 (Bayern first, Deutschland second?: Zur Möglichkeit einer landesrechtlichen Impfpflicht gegen das Corona-Virus).

120 Zwang kreiert neue (verfassungs-)rechtliche Probleme. Sie ist zweifellos keine perfekte
121 Lösung. Eine solche ist nach zwei Jahren Pandemie aber auch kaum denkbar. Die
122 “Corona”-Politik war und ist primär eine der Schadensbegrenzung, ein Versuch, die
123 Opfer und Einschränkungen auf einem Minimum zu halten. Selbst aktuell in der guten
124 “Phase” im Frühling und Sommer kommt es wöchentlich zu einer dreistelligen Anzahl
125 an Todesfällen.¹⁷ Die freiwillige Impfkampagne ist zwischenzeitlich gescheitert. Als
126 gleich geeignet, wie die Impfpflicht konnte sie sowieso nie betrachtet werden.¹⁸

127
128 Als “Zwischenlösung” zwischen Freiwilligkeit und Impfpflicht wurde ebenso die
129 Impfpflicht diskutiert, welche einen ökonomischen Anreiz zur Impfung geben soll.
130 Letztlich wurde diese Option nicht in Betracht gezogen. Im Kontext der möglichen
131 Grundrechtseinschränkungen durch eine Impfpflicht ist die Impfpflicht eine mildere
132 Möglichkeit, um mehr Menschen von der Impfung zu überzeugen. Angesichts der
133 Dringlichkeit, die das Fortschreiten der Pandemie gebietet, kann aber nur eine
134 Impfpflicht die nötige Impfquote in der erforderlichen Zeit herbeiführen.

135
136 Allerdings kann auch eine sofortige Impfpflicht nicht sofort eine Sanktionierung
137 bedeuten. Nach der Einführung einer Impfpflicht muss eine Frist gesetzt werden, in der
138 sich Bürger:innen noch impfen können, um der Sanktionierung zu entgehen. Vor
139 diesem Hintergrund sehen wir die Impfpflicht als gute Übergangsmaßnahme an, die
140 bis zum Zeitpunkt der Einführung einer Impfpflicht einen Anreiz zu einer frühen
141 Impfung geben soll. Trotzdem muss umgehend die Impfpflicht vorbereitet werden und
142 die Impfpflicht kann bestenfalls noch als temporäre Option in Betracht kommen, bis
143 die Impfpflicht bereit ist.

144
145 Der gewählte Weg, als Ampel-Koalition keine gemeinsame Position zu beziehen oder
146 zu entwickeln war zwar für sich genommen kein Fehler. An dem Verfahren hätte aber
147 ab dem Moment nicht mehr festgehalten werden dürfen, als klar war, dass sich
148 CDU/CSU nicht auf eine “freie” Abstimmung im Parlament einlassen würden. Die jetzt
149 gezogene Zwischenbilanz, die Impfpflicht als gescheitert zu bewerten,¹⁹ darf nicht das
150 Ende sein. Angesichts der drohenden neuen Wellen im Winter und darüber hinaus²⁰
151 muss die Debatte weitergehen und SPD muss sich viel stärker als Befürworterin einer
152 allgemeinen Impfpflicht positionieren und mit dieser Position in die Offensive gehen.

153
154 Deshalb fordern wir:

- 155
- 156 • Die SPD und SPD-Bundestagsfraktion müssen sich selbstkritisch mit den
157 gemachten Fehlern in dieser Sache auseinandersetzen. Dazu zählen
158 insbesondere der Ausschluss der Impfpflicht vor der Wahl und das Festhalten an
159 der “Gewissensentscheidung” im Bundestag.

¹⁷ https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenbericht_2022-04-28.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 02.05.2022) S. 21.

¹⁸ Vgl. BT-WD 3 - 3000 - 019/16 (Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Impfpflicht) S. 5.

¹⁹ <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/corona-impfpflicht-bundestag-bundeskanzler-scholz-lauterbach/> (abgerufen am 02.05.2022).

²⁰ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/br24live-lauterbach-warnt-vor-neuer-corona-welle-im-herbst,T2OisRu> (abgerufen am 02.05.2022).

- 160
- 161
- 162
- 163
- 164
- 165
- 166
- 167
- 168
- 169
- 170
- 171
- 172
- 173
- 174
- 175
- 176
- 177
- Die SPD muss an dem Ziel einer allgemeinen Corona-Impfpflicht ab 18 Jahren festhalten und einen neuen Ansatz versuchen dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere muss sie den verkürzten und falschen Darstellungen auch innerhalb der Regierungsfractionen entschieden entgegenreten.
 - Die Vorgaben der Impfpflicht sind immer dem aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnis- stand anzupassen. Sobald ein neuer Impfstoff, der auf die „Omikron“-Variante abgestimmt ist, verfügbar und hinreichend getestet wurde, soll die Impfpflicht auf diesen ausgerichtet werden.
 - Die Impfpflicht kann dabei jetzt und in der Zukunft nur als ein Mittel unter Vielen zur Pandemie-Bekämpfung verstanden werden. Weder die Impfung noch die Impfpflicht sind das Allheilmittel in dieser Lage. Auch Abstands- und Maskenregeln sowie ein finanzieller und personeller Ausbau der Gesundheitsämter und Krankenhäuser sind und werden weiterhin notwendig sein.

178 Begründung:

179

180 Erfolgt mündlich

181

182

183 **Votum:**

184

185

186

1 **Antrag KVE 1**

2
3 EinreicherIn: OV Leipzig-West
4
5

6 **Ausbau der Ladeinfrastruktur für private E-Pkw priorisiert vorantreiben**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion weiterleiten:
9

10 Der Aufbau bzw. Ausbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur auf öffentlichen
11 Anwohnerparkflächen ist in Wohngebieten zu priorisieren, in denen je Ladepunkt
12 überdurchschnittlich viele Menschen erreicht werden können.
13

14
15 Begründung:
16

17 Die Ratsversammlung hat am 30. Oktober 2019 den Klimanotstand für Leipzig
18 ausgerufen. Die Stadtwerke Leipzig betreiben 374 Ladepunkte in Leipzig¹. Im
19 Stadtbezirk Leipzig-West gibt es für 20.724 registrierte Kfz² gerade einmal zwei
20 öffentliche Ladepunkte (Mobilitätsstation Schönauer Ring).

21 Die Anwohnerinnen und Anwohner in den Mehrfamilienhäusern haben anders als in
22 Eigenheimsiedlungen nicht die Möglichkeit, einen Pkw mit Elektromotor am eigenen
23 Stromanschluss zu laden. Sie sind auf eine öffentliche Ladeinfrastruktur vor ihrer
24 Haustür angewiesen. Fehlt diese, ist es den Menschen unmöglich, durch den Umstieg
25 auf ein Hybrid- oder E-Pkw einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz zu leisten.
26 Der ADAC kam kürzlich zur Einschätzung, dass beim Blick auf die Gesamtkosten viele
27 Elektrofahrzeuge heute schon günstiger fahren als vergleichbare Verbrenner³. Wir
28 Sozialdemokrat:innen sollten diesen Kostenvorteil breiten Bevölkerungsschichten
29 ermöglichen. Das Anbieten einer Ladeinfrastruktur vor der Haustür ist dafür jedoch
30 unabdingbare Voraussetzung.

31 Mit dem im Jahr 2020 veröffentlichten Ladeinfrastrukturkonzept der Stadt Leipzig⁴
32 wurden erste Analysen und Handlungsanweisungen vorgelegt. Mit einer Priorisierung
33 beim Aufbau bzw. Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur in Wohngebieten sollte
34 der Blick auf die Frage gerichtet sein: Wo erreicht man mit einem Ladepunkt möglichst
35 viele potenzielle Abnehmer:innen?
36

37
38 **Votum:**
39
40

¹ <https://www.l.de/e-mobilitaet/unterwegs-laden/>

² <https://statistik.leipzig.de/statdist/table.aspx?cat=11&rub=1>

³ <https://www.adac.de/rund-ums-fahrzeug/auto-kaufen-verkaufen/autokosten/elektroauto-kostenvergleich/>

⁴ <https://www.leipzig.de/wirtschaft-und-wissenschaft/unternehmensservice/ladeinfrastruktur>

1 **Antrag KVE 2**

2
3 EinreicherIn: AK Klima & Umwelt

4
5 **Bewusstseinsbildung und Stärkung von Selbstwirksamkeit in Zeiten der**
6 **Klimakrise**

7
8
9 Der Stadtparteitag möge beschließen:

10
11 In diesem Sommer haben wir eine erste Ahnung von den Auswirkungen der Klimakrise
12 bekommen. Wir haben gesehen, was schon jetzt unvermeidbar auf uns zukommt und
13 können uns vielleicht besser vorstellen, wie schlimm die Krisen werden können, wenn
14 wir die Erhitzung unserer Erde nicht bei 1,5 oder zumindest 2 Grad stoppen. Das Jahr
15 2022 hat uns auch gezeigt, wie verwundbar unsere Stadt, unsere Wirtschaft und
16 unsere Gesellschaft sind, wenn wir nicht ausreichend auf Krisen vorbereitet sind. Das
17 darf uns nie wieder passieren. Wir müssen heute alles tun, um die Klimakrise zu
18 bremsen und abzumildern. Dazu können wir in Leipzig Beiträge leisten, insb. indem wir
19 die Abkehr von Öl, fossilem Gas und Kohle bei der Wärmeversorgung und bei der
20 Mobilität schaffen. Wir müssen heute aber auch alles dafür tun, uns auf die
21 unvermeidbaren Folgen des Klimawandels vorzubereiten – damit Leipzig für die
22 Dürren, Starkregen und Hitzewellen der nächsten Jahrzehnte besser gerüstet ist, als
23 heute.

24
25 Wir wollen Leipzig auf die Klimakrise vorbereiten. Dafür wird häufig ein koordiniertes,
26 konzeptionelles Vorgehen bei der Umgestaltung kommunaler Infrastrukturen und der
27 Anpassung ganzer Quartiere an die Folgen des Klimawandels nötig sein. Das allein
28 genügt aber nicht. Denn nicht Infrastrukturen und Bäume begrenzen den
29 Klimawandel, sondern unser Verhalten. Wir sind überzeugt: Leipzig hat die Kraft,
30 klimaneutral zu werden und sich an den Klimawandel anzupassen. In unserer Stadt
31 gibt es unzählige tolle Ideen und Vorbilder für ein klimagerechtes Verhalten. Wir
32 wollen, dass diese Ideen ansteckend sind und sich die Leipzigerinnen und Leipziger
33 gegenseitig inspirieren und zum Mitmachen motivieren. In der Vergangenheit haben
34 wir oft versucht, wirtschaftliche Anreize für ein solches Verhalten zu setzen. Das ist
35 nicht falsch, aber es genügt nicht. Denn Menschen sind nicht nur ein kühl
36 kalkulierender homo oeconomicus. Unsere Psyche ist komplex und wir treffen
37 Entscheidungen auch und häufig vor allem wegen sozialer Erwartungen und Normen
38 oder schlicht aus Gewohnheit.

39
40 Im Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 hat die Stadt Leipzig umfassende
41 Maßnahmen zum Klimaschutz, auch im Bereich Kommunikation und Kooperation
42 vorgelegt. Wir wollen die Umsetzung dieser Maßnahmen begleiten und fordern die
43 SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat dazu auf, insb. auf folgende Punkte hinzuwirken:

- 44
45 1. Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt soll sich nicht auf politische
46 Erfolgsmeldungen beschränken, sondern so gestaltet sein, dass sie die
47 Leipzigerinnen und Leipziger zum Mitmachen und zur Eigeninitiative motiviert.

- 48 Es soll immer und nachvollziehbar dargestellt werden, welchen Nutzen ein
49 Projekt für den Klimaschutz hat.
50
- 51 2. Die Stadt soll in ihrer Kommunikation Möglichkeiten darstellen, was Einzelne
52 gegen den Klimawandel und zur Klimawandelanpassung tun können, bspw.
53 darauf hinweisen, dass und wie Einzelne öffentliche Baumscheiben bepflanzen
54 dürfen.
55
- 56 3. Wir wollen, dass die Stadt Leipzig in ihrem Amtsblatt und auf ihrer Website
57 regelmäßig Vorbilder für ein klimabewusstes Verhalten darstellt. Leipzig ist
58 schon heute eine klimabewusste Stadt, nicht nur im urbanen Kern oder in einer
59 "Öko-Nische", sondern in der breiten Bevölkerung. Diese Wirklichkeit in Leipzig
60 wollen wir besser abbilden und Vorbilder darstellen, etwa Rentnerinnen und
61 Rentner, die ohne Auto leben oder Menschen, die ihren Innenhof oder ihren
62 Kleingarten an den Klimawandel anpassen. Es ist uns dabei wichtig, auch über
63 Schwierigkeiten zu berichten, das eigene Verhalten zu verändern und
64 Lösungsmöglichkeiten darzustellen.
65
- 66 4. Im Rahmen des Straßenbaumprogramms wollen wir die Baumpatenschaften zu
67 einem Programm "Wir machen unsere Straße grün" weiterentwickeln, um mehr
68 Eigeninitiative zu ermöglichen. Baumpaten sollen ihren Beitrag zukünftig auch
69 durch eigene Arbeiten, etwa beim Ausheben der Pflanzlöcher leisten können.
70 Straßenzüge, in denen sich mehrere Leipzigerinnen und Leipziger bereit
71 erklären, für Bäume in der eigenen Straße eine Patenschaft zu übernehmen,
72 können bevorzugt in das Straßenbaumprogramm aufgenommen werden.
73
- 74 5. Wir wollen, dass die Stadt individuelle Projekte im Bereich Klimaschutz und
75 Klimaanpassung in einer interaktiven Karte online bündelt und vorstellt. Dabei
76 sollen - soweit möglich - auch Kontaktdaten derjenigen zur Verfügung gestellt
77 werden, die ein Projekt umgesetzt haben, damit sie anderen Leipzigerinnen und
78 Leipziguern Fragen beantworten können, die beim Nachmachen entstehen.
79
- 80 6. Die Stadt und ihre Verwaltung sollen auch selbst eine Vorbildwirkung
81 wahrnehmen und bewusst kommunizieren.
82

83
84 Begründung:

85
86 Erfolgt mündlich.
87

88
89 **Votum:**
90
91

1 **Antrag KVE 3**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Reparaturbonus weiterführen und ausbauen**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:
9

10 Ähnlich wie in Thüringen soll es einen Reparaturbonus auch für Sachsen geben
11 (<https://www.reparaturbonus-thueringen.de/>). Das aktuell in Leipzig laufende
12 Pilotprojekt soll fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Der Reparaturbonus soll von
13 einer Informationskampagne begleitet werden, der das Reparieren von Gegenständen
14 als Priorität vor einem Neukauf bewirbt. Der Bonus muss leicht zugänglich und ohne
15 spezifische Werkstattbindung auch für Ersatzteile, RepairCafes und
16 Selbsthilfewerkstätten gelten.
17

18 Begründung:

19
20 Im Zuge des Umweltschutzes und des Ressourcenverbrauchs wird viel über Recycling
21 gesprochen. Vor dem Recycling kommt aber die Vermeidung von Abfall. In unserer
22 Gesellschaft wird zu viel weggeschmissen! Für viele Dinge des alltäglichen Lebens -
23 Elektrogeräte, Schuhe, Fahrräder - ist ein Defekt ein direktes Todesurteil, ein Neukauf
24 oft günstiger als eine Reparatur.
25

26 Um Müll zu vermeiden und Ressourcen zu sparen, soll das Reparieren von
27 Gegenständen gegenüber dem Neukauf bevorzugt werden. Ein Reparaturbonus kann
28 helfen den Bürger:innen den notwendigen Anreiz zu geben die Reparatur als eine valide
29 Alternative zum Neukauf aufzuzeigen.
30

31 In Thüringen wurde der Bonus gut aufgenommen und vom zuständigen Ministerium
32 bereits zwei Mal verlängert.
33

34 ****Referenzen:****

- 35 - <https://www.reparaturbonus-thueringen.de/>
36 - <https://stadtreinigung-leipzig.de/wir-sind-fuer-sie-da/reparaturbonus>
37
38
39

40 **Votum:**
41
42
43

1 **Antrag KVE 4**

2
3 EinreicherIn: AK Mobilität
4
5

6 **Antrag: Leipziger Modellkreuzung entwickeln und umsetzen**

7
8 Der Stadtparteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion der SPD-Leipzig
9 weiterleiten:

10
11 Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig wird beauftragt:

12
13 1) bis Ende 2023 eine Leipziger Modellkreuzung zu entwickeln, die die folgenden
14 Anforderungen erfüllt:

- 15
16 a) mindestens 4 Kfz-Stellplätze im direkten Umfeld der Kreuzung werden als
17 Flächen für Sharing Mobilität (Autos, Fahrräder, eRoller) ausgewiesen.
18 b) mindestens 4 Kfz-Stellplätze im direkten Umfeld der Kreuzung werden für den
19 Wirtschafts- und Andienverkehr ausgewiesen, vorwiegend in Form von
20 Kurzzeitparkplätzen.
21 c) mindestens 2 Kfz-Stellplätze im direkten Umfeld der Kreuzung werden
22 umgewidmet, um überdachte und abschließbare Fahrradabstellanlagen zu
23 schaffen.
24 d) mindestens 2 Kfz-Stellplätze im direkten Umfeld der Kreuzung werden
25 umgewidmet, um darauf begrünte Sitzmöglichkeiten zu schaffen.
26 e) mindestens 2 Kfz-Stellplätze im direkten Umfeld der Kreuzung werden
27 umgewidmet, um die Flächen zu entsiegeln und Straßenbäume im Zwickauer
28 Modell zu pflanzen.
29 f) mindestens 1 Kfz-Stellplatz im direkten Umfeld der Kreuzung wird umgewidmet,
30 um Raum für eine öffentliche Toilette sowie Brauch- und Trinkwasseranschluss
31 bereitzustellen.
32 g) mindestens 1 Kfz-Stellplatz im direkten Umfeld der Kreuzung wird umgewidmet,
33 um zusätzliche Begrünung z.B. in Form von Hochbeeten zu schaffen.
34

35 2) im Haushalt der Stadt Leipzig wird ab 2025 ein ausreichendes jährliches Budget
36 einzustellen, um jährlich mindestens 20 Kreuzungen in Wohngebieten nach dem unter
37 1) definierten „Leipziger Modell“ umzugestalten.
38

39 3) bis 2035 auf diese Weise mindestens 200 Kreuzungen in Leipziger Wohngebieten
40 umzugestalten.
41

42 Begründung:

43
44 Die Neuaufteilung des öffentlichen (Straßen-)Raumes soll zügig und konsequent
45 erfolgen, die Zeit von temporären Versuchen und Pilotprojekten muss vorbei sein. Wir
46 setzen uns daher dafür ein, mit einer Modell-Kreuzung ein effektives und skalierbares
47 Muster einer zukunftsfähigen Straßenkreuzung zu entwerfen, welches gleich einer
48 Schablone auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden kann. Nur so kann es

49 gelingen, den Straßenraum flächendeckend umzugestalten und durch großen
50 Wiedererkennungseffekt auch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzeugen.

51
52 Während der Straßenrand heute zum überwiegenden Teil dem parkenden, privaten
53 Pkw vorbehalten ist, haben sich die Nutzungsanforderungen an den öffentlichen Raum
54 in den letzten Jahrzehnten deutlich weiterentwickelt. Wir benötigen für Menschen
55 mehr Begrünung, Sitzgelegenheiten und Toiletten, um Aufenthaltsqualität zu steigern
56 und Orte der Begegnung zu schaffen. Stark steigender Lieferverkehr führt auch in
57 Wohnvierteln immer häufiger dazu, dass Paketzusteller auf Fuß- und Radwegen oder
58 an Kreuzungen parken. eBikes und Lastenräder sind oft zu schwer und zu sperrig, um
59 über Treppen und schmale Kellergänge zu einem sicheren Abstellplatz getragen zu
60 werden und würden von sicheren Abstellanlagen im öffentlichen Raum gleichfalls
61 profitieren. Zudem nehmen CarSharing und Elektromobilität immer mehr zu und
62 benötigen ebenfalls Platz und Infrastruktur auf unseren Straßen.

63
64 Durch eine Kreuzung, die all diese Bedarfe bedient, schaffen wir in den
65 Wohnquartieren kleine Mikrozentren für vielfältige Mobilität und können bei
66 entsprechender Dichte ein Netz aufbauen, das allen Bürger:innen einen Zugang in
67 fußläufiger Entfernung ermöglicht. Konkret schlagen wir eine Neuaufteilung der
68 Kreuzung wie folgt vor:

- 69
70 • Ein Viertel der Kreuzung wird für sichere Fahrradabstellanlagen,
71 Sitzplätze und Begrünung genutzt. Dazu werden an einer Straßenecke in
72 beide Richtungen jeweils zwei Pkw-Stellplätze entwidmet, um diese für
73 eine Fahrradbox, Sitzbänke, Mülleimer und begleitendes Grün in Form
74 von Hochbeeten und/oder Straßenbäumen bereitzustellen.
- 75 • Ein Viertel der Kreuzung wird für Lieferverkehr und Elektromobilität
76 bereitgestellt, indem ebenfalls zwei Pkw-Stellplätze in beiden Richtungen
77 entwidmet werden. Stellplätze für Lieferverkehr sind als
78 Kurzzeitparkplätze tagsüber für Paketzusteller, Pflegedienste,
79 Essenslieferanten etc. nutzbar und können über Nacht als Ladeplätze für
80 e-Autos dienen. Optional ist hier auch Fläche für "freie" (d.h. nicht
81 anbietergebundene) Paketstationen vorzuhalten, um Pakete im Viertel
82 zentral zuzustellen.
- 83 • Ein Viertel der Kreuzung wird der Sharing Mobilität gewidmet. Hier sollen
84 ebenfalls zwei Pkw-Stellplätze in jede Richtung für CarSharing, aber auch
85 Fahrräder, eRoller und Lastenräder im Verleihmodell entwidmet werden.
86 Dies fördert zugleich die multimodale Verknüpfung verschiedener
87 Angebote. Indem wir auf den Straßen Platz für Leihfahrräder und eRoller
88 schaffen, entlasten wir außerdem die oft viel zu schmalen Bürgersteige
89 und senken das Konfliktpotential. Die Leipziger Mobilitätsstationen
90 "Leipzig MOVE" sind dafür sicher prädestiniert, grundsätzlich sollte die
91 Widmung aber auch unabhängig davon erfolgen.
- 92 • Das letzte Viertel ist den ökologischen Anforderungen an die Stadt der
93 Zukunft gewidmet: hier soll im Sinne des Schwammstadt-Konzeptes
94 versickerungsfähiges Pflaster aufgebracht werden, ein Brauchwasser-
95 Anschluss zur Bewässerung von Straßengrün, eine öffentliche Toilette

96 und zusätzliche Straßenbegrünung sind denkbar. Für mehr
97 Aufenthaltsqualität können ebenfalls Sitzplätze sorgen.
98

99 In Summe erhält die so umgestaltete Kreuzung mit vielfältigen Mobilitätsangeboten
100 und gesteigener Aufenthaltsqualität eine enorme Attraktivität und bedient
101 unterschiedlichste Bedürfnisse der Bürger:innen, denen der öffentliche Raum
102 gemeinschaftlich gehört.

103 Natürlich ist eine so entworfene Modell-Kreuzung nicht günstig und schnell in der
104 Fläche umzusetzen. Das Ziel soll es sein, in einem mehrstufigen Ansatz von der
105 Umwidmung bis zur Fertigstellung schnell konkrete Ergebnisse zu erzielen und diese
106 langfristig weiterzuentwickeln. Indem wir ein einmal entworfenes Modell erstellen,
107 erzeugen wir Synergie-Effekte und sparen Zeit und Kosten bei der Planung von
108 Individuallösungen. Außerdem wird durch eine gleichmäßige Gestaltung die
109 Nutzungsakzeptanz gesteigert und ein stadtweit verlässliches Angebot unterbreitet.
110 Der erste Schritt ist die Umwidmung der genannten Flächen und die damit
111 einhergehende Beschilderung, Markierung und ggf. Einfärbung. Dies soll dank der
112 einheitlichen Planung so zeit- und kosteneffizient wie möglich erfolgen.

113 Im zweiten Schritt können die einzelnen Module ggf. in Partnerschaften hinzugefügt
114 werden:

115

- 116 • e-Ladestationen in Zusammenarbeit mit den LVB Mobilitätsstationen
- 117 • Sharing-Stationen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Anbietern
- 118 • Fahrradboxen nach Art der Hamburger Fahrradhäuschen in einem
119 Partnerschaftsmodell mit Nachbarschaftsvereinen, die gleichermaßen
120 Pflege und Wartung übernehmen
- 121 • Straßenbegleitgrün im Rahmen des Programms "Baumstarke Stadt" und
122 ggf. mit Bürgervereinen
- 123 • Öffentliche Toiletten und Brauch-/Trinkwasserbrunnen aus den jeweils
124 vorliegenden Konzepten der Stadt Leipzig
- 125 • Paketstationen ähnlich den ÖPNV-Haltestellen im
126 Ausschreibungsverfahren für Stadtmöblierung mit klaren
127 Gestaltungsvorgaben, wie z.B. anbieterunabhängig, Dachbegrünung etc.
- 128 • Papierkörbe, Fahrradbügel und Sitzmöglichkeiten nach Bedarf aus dem
129 Budget der Stadtbezirksbeiräte

130

131 Wir setzen uns dafür ein, dass auf dieser Basis ab 2025 jährlich mindestens 20
132 Kreuzungen in Leipzig umgestaltet werden, um innerhalb von 10 Jahren ein
133 flächendeckendes Netz in allen Leipziger Wohngebieten zu schaffen.

134

135 **Votum:**

1 **Antrag KVE 5**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Autofreier Sonntag in der Innenstadt**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und weiterleiten an die SPD-Stadtratsfraktion in
9 Leipzig:

10
11 Wir fordern die Einführung eines autofreien Sonntags in Leipzig im Bereich des
12 Innenstadtrings. An Sonntagen sollen alle öffentlichen Plätze und Straßen im
13 Innenstadtbereich von 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr der Bevölkerung zum freien Gebrauch
14 ohne privaten Kraftfahrzeugverkehr gewidmet werden. Der öffentliche Verkehr bleibt
15 dabei gewährleistet. Die Ringstraße um die Leipziger Innenstadt soll hierbei ebenfalls
16 für den Rad- und Fußgängerverkehr geöffnet werden.

17
18 Begründung:

19
20 Sonntage sind Ruhetage, so sind bis auf wenige Ausnahmen alle Geschäfte in der
21 Innenstadt geschlossen. Für den Besuch eines Restaurants oder der öffentlichen
22 Einrichtungen ist die Benutzung des privaten PKW nicht erforderlich. Das Zentrum ist
23 auch an Sonntagen ohne Schwierigkeiten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder
24 mit dem Fahrrad erreichbar.

25
26 Eine beruhigte Verkehrslage in der Innenstadt würde dazu führen, dass noch mehr
27 Menschen an Sonntagen die Innenstadt besuchen würden. Der Innenstadtring würde
28 für Fahrradfahrer*innen offenstehen und für Fahrradtouren zwischen Stadt und den
29 angrenzenden Parkanlagen einladen. Für Straßenkünstler stünde der Raum offen
30 sowie für Begegnungen oder Spaziergänge in der Innenstadt.

31
32 Nach dem Vorbild anderer Großstädte würden wir mit einem autofreien Sonntag die
33 Straßen der Ruhe, Kultur und Kunst widmen. Wir schaffen das Bewusstsein dafür, dass
34 der Innenstadtring nicht nur durch Autofahrer*innen genutzt werden kann und dass
35 eine belebte Innenstadt nicht aufgrund eines regen Autoverkehrs lebt.

36
37
38 **Votum:**
39
40
41

1 **Antrag KVE 6**

2
3 EinreicherIn: Jusos, OV Ost/ Nordost
4
5

6 **Energiesektor in Gemeinwirtschaft**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen, den
9 Bundesparteitag und die Bundestagsfraktion weiterleiten:

10
11 Wir unterstützen das Anliegen der Gruppe “RWE & Co enteignen” .
12

13 Wir fordern, den gesamten Energiemarkt auf den Prüfstand zu stellen. Neben
14 kurzfristigen Maßnahmen, wie Übergewinnsteuer, Preisdeckel für Basisverbrauch und
15 Stabilisierung der Arbeitsfähigkeit von Uniper, fordern wir eine grundsätzliche Abkehr
16 von neoliberalen Ordnungsmodellen hin zu einer gemeinwohlorientierten, auf
17 Kooperation, Nachhaltigkeit und Dezentralität basierenden, Wirtschaftsweise im
18 Energiesektor. Hierzu sollen durch Bundesgesetz auf Grundlage von Art. 15 S. 1 GG, alle
19 im Inland tätigen relevanten Unternehmen des Energiesektors in
20 gemeinwirtschaftliche Kontrolle überführt werden. Dabei soll es nicht darum gehen,
21 im klassischen Sinne zu “verstaatlichen” und die Betriebe bloß in eine
22 staatskapitalistische Wirtschaftsweise zu überführen. Dass dies allein wenig
23 erfolgversprechend ist, sieht man auch bereits jetzt an den Konzernen in (teil-)
24 staatlicher Hand (aus dem In- und Ausland), wie EnBW oder Vattenfall, die sich im
25 marktwirtschaftlichen Umfeld weitgehend wie andere rein privatwirtschaftliche
26 Unternehmen verhalten.
27

28 Statt (Staats-)Kapitalismus benötigen wir echte Gemeinwirtschaft. Art. 15 GG
29 ermöglicht genau dies: Wirtschaftsbereiche aus der kapitalistischen Wettbewerbslogik
30 herauszunehmen und in eine Gemeinwirtschaft zu überführen. Vorgaben, wie diese
31 dann organisiert sein soll, macht das Grundgesetz nicht. Sowohl in die Form der
32 Kommunalwirtschaft (Stadtwerke), Genossenschaften, Anstalt(en) des öffentlichen
33 Rechts als auch in Staatseigentum kann überführt werden (dies nur als beispielhafte
34 Aufzählung).
35

36 Wir fordern, dass die SPD auf Bundesebene Expertengruppen unter Einbeziehung der
37 Zivilgesellschaft einsetzt, die konkrete Konzepte für die Überführung des
38 Energiesektors in Gemeinwirtschaft erarbeitet. Diese richten sich nach den
39 Zielstellungen der Nachhaltigkeit (insb. Klima- und Umweltschutz), demokratische
40 Kontrolle, Versorgungssicherheit, Dezentralität, Verbraucher:innenschutz und
41 Mitarbeiter:innenrechte (die Reihenfolge der Aufzählung drückt keine Gewichtung
42 aus). So hat sie insbesondere folgende Fragen zu klären: Welche Unternehmen
43 Adressatinnen der Vergesellschaftung sind, bzw. an welchem Maßstab dies zu messen
44 ist. In welche Organisationsform die Produktionsmittel überführt werden. Wie der
45 Modus der Kooperation zwischen den dezentralen Einheiten ablaufen soll, d.h., was an
46 die Stelle eines eindimensionalen Preissignales treten kann. Binnen eines Jahres nach
47 Beschlussfassung auf Bundesebene soll ein Konzept vorgelegt werden.
48

49 **Begründung:**

50

51 **Das Vorspiel zur aktuellen Krise und Rettung von Uniper**

52

53 Der systemrelevante Energiekonzern Uniper steht in der Krise und soll durch staatliche
54 Hilfen im Umfang von 15.000.000.000,00 EUR gerettet werden. Uniper entstand 2016
55 bei der Abspaltung der konventionellen Stromerzeugung und des internationalen
56 Energiehandels von E.ON.¹ Schon hier fingen die Kapitaleigner an, ihr Risiko zu
57 begrenzen. Auch wenn die konkrete Krise wohl nicht so vorhergesehen werden konnte,
58 überrascht es nicht, wenn nun die Allgemeinheit für die Verluste und inhärenten
59 Risiken geradestehen soll.

60 Einen dynamischen Markt, wie man ihn aus volkswirtschaftlichen Bilderbüchern der
61 Neoklassik kennt, gab es ohnehin nicht. Dominiert wird der oligopole Strommarkt von
62 RWE, LEAG, EnBW, E.ON, Vattenfall und ihren Töchtern. Dies setzt sich fort bei den mit
63 den genannten Konzernen verbundenen fünf Übertragungsnetzbetreibern, welche sich
64 auf natürliche Monopolstellungen stützen können.

65 Wo viel Kapital und Marktmacht zusammenkommen, ist auch Korruption oder
66 zumindest Kompromittierung von demokratischen Prozessen nicht weit. Das sah man
67 zuletzt an dem Umstand, dass die Energiekonzerne an dem Gesetzentwurf des von
68 Habeck geleiteten Wirtschaftsministeriums mitschrieben und sich notdürftig
69 versteckte unlautere Vorteile im Gesetzesentwurf sicherten.

70

71 **Art. 15 GG, DNA der Sozialdemokratie**

72

73 Der Antrag stützt sich verfassungsrechtlich auf Art. 15 Grundgesetz und damit auf ein
74 Stück SPD Geschichte. Die Vertreter:innen der SPD haben die Zustimmung zum
75 Grundgesetz an seine Existenz geknüpft. Hier ist Art. 15 S. 1 GG im Wortlaut:

76

77 *“Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der*
78 *Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in*
79 *Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.”*

80

81 Die Zielstellung des demokratischen Sozialismus und Kritik an kapitalistischer
82 Wirtschaftsweise ist seit dem Eisenacher Programm 1869 bis zum heute geltenden
83 Hamburger Programm von 2007 überdauernder Kern der Grundwerte der SPD.

84

85 **Neutralität der Europäischen Union**

86

87 In den europäischen Verträgen wurde festgelegt, dass die staatlichen Rechtsordnungen
88 selbst über Voraussetzung und Modalitäten einer Politik der Privatisierung und der
89 Verstaatlichung entscheiden; Art 345 verpflichtet die Union insoweit zur Neutralität.²
90 Hier Art. 345 AEUV im Wortlaut:

91

92 *“Die Verträge lassen die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten*
93 *unberührt.”*

¹ https://web.archive.org/web/20160627084014/http://www.eon.com/content/dam/eon-com/Investoren/Hauptversammlung/EON_Spaltungsbericht_mit_Anlagen_DE.pdf

² Geiger/Khan/Kotzur/Khan, 6. Aufl. 2017, AEUV Art. 345 Rn. 1

94 Warum der Markt viel zu spät oder gar nicht regelt

95

96 Es gibt einige grundsätzliche Bedingungen, die, wenn sie nicht vorliegen, schon a priori
97 ausschließen, dass Marktkräfte sinnvolle/ dem Gemeinwohl dienliche
98 Lenkungswirkung haben können. Im Energiemarkt liegen wesentliche Bedingungen für
99 eine funktionierende Marktwirtschaft nicht vor, weshalb dieser zuvorderst einer
100 Reorganisation bedarf.

101

102 Tragendes Dogma ist, dass Preissignale zu einer sinnvollen Distribution von Gütern und
103 Ressourcen führen. Damit Preissignale wirkliche Reformen anstoßen können, müssen
104 sie in der Regel "weh tun". Die Nachfrage muss so stark sein, dass sie höhere Preise
105 akzeptiert. Die Anpassung des Angebots läuft dann den ausreichend starken
106 Preissignalen hinterher. Damit dies geschehen kann, wäre eine ausreichend starke
107 "Leidensfähigkeit" auf Nachfrageseite erforderlich. Aus sozialen und auch aus
108 volkswirtschaftlichen Gründen ist dies aber nicht wünschenswert. Wenn mal bei
109 Spielzeughändlern der Markt bereinigt wird und für eine Weile kein Händler mehr in
110 der Nähe ist, kann man damit leben. Bei unkontrolliert stark steigenden Energiepreisen
111 bricht die ganze Volkswirtschaft zusammen.

112

113 Auch lässt die Klimakrise keine Zeit auf Anpassungsmaßnahmen der Angebotsseite zu
114 warten. Da diese den Preissignalen hinterherlaufen kommen sie chronisch zu spät.
115 Planerische Richtungsentscheidungen sind hierfür erforderlich. Private Akteure -
116 gerade im Oligopol, werden diese nicht vorwegnehmen.

117

118 Diese Oligopole verhindern auch eine zweite notwendige Voraussetzung eines
119 zumindest theoretisch funktionsfähigen Marktes: Jedes Unternehmen müsste auch
120 pleitegehen können. Nun sind allein schon aufgrund der Größe die genannten
121 Unternehmen "too big to fail". Ein Zusammenbrechen eines großen Anbieters wie
122 Uniper trifft dabei auf eine zu große soziale und volkswirtschaftliche Abhängigkeit.
123 Gerade der Energiesektor ist dabei ein Fall, der nicht zuletzt aufgrund seiner
124 Infrastrukturabhängigkeit zu Oligopol-/ Monopolbildung tendiert.

125

126 Die Gefahr der Erpressung durch Kapital-Streik

127

128 Der fehlerhafte Gesetzesentwurf zur Gasumlage erklärt sich auch durch einen
129 knallharten Wirtschaftskrimi, der hinter den Kulissen im Wirtschaftsministerium unter
130 Habeck ablief. Die Rettungsaktion für Uniper stand unter besonderem Zeitdruck, da die
131 Rating-Agenturen ankündigten Uniper herabzustufen.

132

133 <<„Die Agenturen hatten damals gefordert, dass wir an die Eigentümerstruktur und an
134 die Verbraucher ran gehen“, so ein Beteiligter zu Business Insider. Dabei hätte man
135 aber keine Fristen gesetzt, weshalb es schwierig gewesen sei abzusehen, wie viel Zeit
136 man wirklich habe.>>³

137

138 Aus großer Marktmacht erwächst auch große Gefahr für die Demokratie. Während die
139 Rechtmäßigkeit von Generalstreiks von Arbeitnehmer:innenseite viel diskutiert und

³ <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/dramatische-tage-bei-uniper-rettung-energiekonzerneschrieben-an-verordnung-mit-so-entstand-die-umstrittene-gasumlage-a/>

140 häufig bezweifelt wird, wird die Gefährdung der Demokratie durch Kapital-Streiks
141 weitgehend ignoriert. Allein die Drohung Betriebe zu schließen, Investitionen
142 einzuschränken oder Kredite nicht mehr zu gewähren, lässt die gewählte Exekutive -
143 auch unter einem grünen Minister - schnell zu vermeintlich alternativlosen
144 Maßnahmen treiben. Die Rechtmäßigkeit davon - die Verknüpfung von Investitionen
145 mit politischen Forderungen - wird kaum bezweifelt. Was unter dem Schlagwort
146 Generalstreik bei Arbeitnehmern als Erpressung der Politik zurückgewiesen wird, wird
147 für die Eigner von Kapital als selbstverständliches Recht hingenommen.
148 Überlässt man den für die gesamte Volkswirtschaft systemrelevanten Energiesektor
149 weiterhin oligopolen Konzernen mit viel Marktmacht, macht sich die Politik und unsere
150 Demokratie dauerhaft erpressbar.

151

152 Klimakatastrophe lässt uns keine Zeit

153

154 Wir bewegen uns momentan auf einem Pfad, der auf eine Erderwärmung erheblich
155 über 3 Grad und damit auf den globalen zivilisatorischen Kollaps zusteuert. Dabei
156 wissen wir, dass sogenannte Kippunkte existieren, die bei Erreichen einer bestimmten
157 Erwärmung die weitere Freisetzung von Treibhausgasen verursachen. Es droht, dass in
158 mittlerer Zukunft ein unumkehrbarer Prozess in Gang gesetzt wird, den wir nicht mehr
159 stoppen können. Daher ist schnelles, entschlossenes Handeln absolut zwingend.⁴
160 Für ein indirektes Einwirken auf das Marktgeschehen mittels Anreizsystemen und
161 Grenzwerten und die Hoffnung auf eine entsprechende Anpassung der
162 Marktteilnehmer:innen fehlt schlicht die Zeit. Entschiedene gemeinwohlorientierte
163 Planung ist erforderlich.

164

165 Warum die Finanzierung das kleinste Problem ist

166

167 In einem Sozialisierungsgesetz nach Art. 15 GG ist auch die Entschädigung zu regeln.
168 Nach Artt. 15 S. 2, 14 Abs. 3 S. 3 GG ist Art und Ausmaß unter gerechter Abwägung der
169 Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Es ist weder zwingend,
170 dass die Entschädigung in Geld erfolgt (Art) noch ist der Verkehrswert maßgeblich
171 (Ausmaß).⁵ Bei der gerechten Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der
172 Beteiligten (bisherige Aktionäre der Energiekonzerne) könnte z.B. mit einbezogen
173 werden, dass der Staat mit Blick auf die Notsituation der Klimakrise auch andere
174 ordnungspolitische Maßnahmen ergreifen könnte, die faktisch zur Wertlosigkeit der
175 Assets führen würden. Die Absicherung der nachhaltigen Energiesicherheit der
176 Bevölkerung und der Volkswirtschaft sind so bedeutende Interessen der Allgemeinheit,
177 dass das Interesse derjenigen, die in Kenntnis der Klimakrise in fossile Energie
178 investiert haben, zurücktreten sollte.

179 Denkbar wäre eine Entschädigung durch Ausschüttung einer jährlichen (fiktiven)
180 Rendite über den Abschreibungszeitraum hinweg, nach Bilanzierung mit Einbeziehung
181 der Folgekosten der Klimaschäden. Dies soll nur illustrieren, wie frei der Gesetzgeber
182 darin ist, Art und Entschädigung festzulegen, solange er eine gerechte Überlegung zur
183 Abwägung zugrunde legt.

184 Entscheidend ist, der monetär souveräne Staat kann sich das immer leisten. Mit
185 Unterstützung der EZB stehen dem deutschen Staat unbegrenzte Geldmittel zur

⁴ <https://www.heise.de/news/Klimaforschung-Kippunkte-koennten-schon-2030-erreicht-werden-7258637.html>

⁵ Bundesverfassungsgericht 1. Senat BVerfGE Band 24, 367.

186 Verfügung. Alte volkswirtschaftliche Mythen, dass eine erhöhte Staatsschuldenquote
187 oder Erhöhung der Geldmenge zu Inflation führen würde, lassen sich kaum noch
188 halten. Schon die empirische Betrachtung der Vergangenheit lässt keine Korrelation
189 oder gar Kausalität erkennen. Japan ist hierfür das prominenteste Beispiel. Progressive
190 Volkswirt:innen haben mit der Modern Money Theorie auch das zur Empirie passende
191 theoretische framework geliefert.⁶

192
193 Zusammenfassend kann gesagt werden - es kann mit Art. 15 GG erheblich unter
194 Verkehrswert enteignet werden und das kann sich der deutsche Staat auf jeden Fall
195 leisten.

196
197 Auf die Inflation hätte eine Vergesellschaftung aber doch Auswirkung. Die
198 Vergesellschaftung würde die Energiepreise stabilisieren. Die Energiepreise für
199 Verbraucher sind ein bedeutender Faktor im "Warenkorb", mit dem die Inflation
200 berechnet wird. Sinkt der Verbraucherpreis für Energie, sinkt die Inflation.

201
202 Die socialist calculation debate - warum Planung dem Markt heute überlegen ist

203
204 Wer meint, der Markt könne grundsätzlich besser oder effizienter wirtschaften, als der
205 Staat oder andere dem Gemeinwohl verpflichteten demokratischen
206 Organisationsformen, der irrt; spätestens jetzt im 21. Jahrhundert. 1920 argumentierte
207 Ludwig von Mises⁷, dass der Markt der Wirtschaftsplanung immer überlegen sei, da nur
208 er das lokale Wissen ausreichend berücksichtigen könne und es nicht möglich sei, dies
209 in einer (gemeinwohlorientierten) Wirtschaftsplanung abzubilden. Die sich daran
210 anschließende polit-ökonomische Debatte wird häufig als socialist calculation debate
211 verhandelt. Heute, 100 Jahre später, haben sich viele Vorzeichen der alten Debatte
212 radikal verändert.

213 Elektronische Datenverarbeitung und algorithmische Steuerung lassen Einspeisung
214 von Unmengen an Daten und Anpassungsprozesse in Echtzeit zu. Wenn man heute an
215 Wirtschaftsplanung denkt, wäre der behäbige 5-Jahresplan der Sowjetunion also sicher
216 die falsche Bezugsgröße. Die neuen Möglichkeiten werden in der Privatwirtschaft auch
217 schon rege genutzt. Einige privatwirtschaftliche Konzerne haben nicht nur die
218 Wirtschaftsgröße von Staaten angenommen - sie verhalten sich auch intern alle
219 planwirtschaftlich. Leigh Phillips and Michal Rozworski haben 2019 mit ihrem Buch
220 "The People's Republic of Walmart - How the World's Biggest Corporations are Laying
221 the Foundation for Socialism" aufgezeigt, wie große internationale Unternehmen
222 schon jetzt größere wirtschaftliche Entitäten, als die Sowjetunion mit zentraler
223 Planwirtschaft steuern - und das sehr erfolgreich. Die Unternehmensgruppen dagegen,
224 die dem neoliberalen Geist folgend versucht haben, sich auch intern nach
225 Marktmechanismen zu organisieren, sind allesamt gescheitert. Dass, das Gleiche, was
226 Amazon und Co. können, auch gemeinwohlorientierte (sozialistische) Systeme können,
227 zeigen mittlerweile viele progressive Polit-Ökonomen. Das 1993 erschienene Buch
228 towards a new socialism von William Paul Cockshott und Allin F. Cottrell, sei hier nur
229 beispielhaft erwähnt.⁸

⁶ <https://www.deutschlandfunk.de/ueber-das-geld-die-rueckkehr-des-geldes-in-die-politik-100.html>, Dirk Ehnts
Modern Monetary Theory: Eine Einführung.

⁷ <https://mises.org/library/economic-calculation-socialist-commonwealth>

⁸ <https://www.amazon.de/-/en/W-Paul-Cockshott/dp/0851245455>

230 So mag es sein, dass zu Zeiten von Ludwig von Mises, vor über 100 Jahren die
231 Wirtschaftstätigkeit am besten durch den Markt geleitet wurde, wie in stockfinstrer
232 Nacht ein Blinder unser bester Wegweiser ist; er kennt Wege und Stege besser als ein
233 Sehender. – Es ist aber töricht, sobald es Tag ist, noch immer die alten Blinden als
234 Wegweiser zu gebrauchen.
235 Jetzt haben wir alle notwendigen Informationen, die wir brauchen. Wir können
236 planerisch handeln und den Energiesektor statt in eine unsichtbare Hand, in die
237 eigenen Hände nehmen; zum Wohle der Allgemeinheit.

238

239

240 **Votum:**

241

242

243

1 **Antrag KVE 7**

2
3 EinreicherIn: Jusos Leipzig
4
5

6 **Platz schaffen - den (kostenlosen) Parkplätzen ein Ende setzen!**

7
8 Der Stadtparteitag der SPD-Leipzig möge beschließen und den Antrag an die
9 Stadtratsfraktion weiterleiten:
10

11 Der Kampf um den öffentlichen Raum ist ein zentrales Thema in der Stadt- und
12 Raumplanung. Wie schaffen wir mehr freien Raum in der Stadt? Wie etablieren wir
13 auch in Wohnvierteln Erholungsflächen und Grünanlagen? Und wie gestalten wir eine
14 Stadt der Zukunft, in der man trotz Klimaerwärmung gut leben kann?
15

16 Hierfür gibt es zahlreiche Ideen. Die meisten Großstädte in Deutschland haben als
17 Parkscheinsystem ein Anwohnerparken in Kombination mit einem Parkscheinsystem, das
18 einige Vorteile bietet. Im Moment ist es in Leipzig möglich außerhalb der Innenstadt in
19 den meisten Stadtvierteln frei und kostenlos zu parken. Diese Regelung ist aus
20 mehreren Gründen ökonomisch ineffizient und ökologisch wenig zu rechtfertigen.
21 Darum fordern wir eine Umstrukturierung der bewirtschafteten Parkfläche in ein
22 Anwohnerparksystem (+ ergänzendes Parkscheinsystem) sowie eine kontinuierliche
23 Verknappung der Parkfläche, um parkende Autos langfristig aus den (Innen-)Städten zu
24 bringen.
25

26 Es gibt viele Gründe, warum eine solche Neustrukturierung sinnvoll ist. Zum einen
27 würde ein Anwohnerparksystem dazu führen, dass Menschen, die in Leipzig ordentlich
28 gemeldet sind, ein Anrecht auf einen Parkplatz in der Nähe ihrer Wohnung haben. Das
29 schafft geregelte Verhältnisse und ordnet die teils mühsame Parkplatzsuche. Diese
30 Regelung würde gegen ein geringes jährliches Entgelt wie in vielen weiteren Städten
31 über die Bürgerämter abgerechnet werden. Ein Vorteil dieser Regelung ist eine
32 zusätzliche Einnahmequelle für die Stadt, die durch das ergänzende Parkscheinsystem
33 für externe Parkende ergänzt wird. Der Stadt wird die Möglichkeit gegeben aktiv ihr
34 Parkplatzaufkommen zu kontrollieren und wenn gewünscht kontinuierlich zu
35 verknappen. Eine Verknappung der Parkplätze und somit eine Ausdehnung öffentlich
36 nutzbarer Fläche müsste mit anderen alternativen Angeboten für die Autofahrenden
37 kompensiert werden. Möglichkeiten, die andere Städte nutzen, sind u.a. ein
38 ausgebautes Park&Ride-System, dass ein kostenfreies oder günstiges Parken
39 ermöglicht und mittels einer guten ÖPNV-Struktur (über die Leipzig verfügt) die
40 Autofahrenden bequem in die Stadt bringt sowie allgemein attraktivere Bedingungen
41 für die Nutzung der öffentlichen Nah- und Fernverkehrsmittel. Dieses Park&Ride-
42 System besteht bereits und sollte im Zuge einer Umstrukturierung der
43 Parkplatzsituation neu evaluiert werden.
44

45 Ein weiterer Grund sollte das langfristige Ziel einer autofreien (Innen-)Stadt sein. Eine
46 schrittweise Verknappung der Parkplätze, und damit der Ausbau von Grün- und
47 Erholungsflächen sowie möglichen neuen Radwegen anstelle der eingesparten

48 Parkplätze, würde in der Konsequenz zu einer geringeren CO2-Belastung sowie der
49 Reduktion anderer Treibhausgase in der Innenstadt führen.

50

51

52 Begründung:

53

54 Autos gehören langfristig raus aus Innenstädten. Das historisch gewachsene Recht
55 einen Platz für sein Auto zu haben, ob kostenfrei oder mit Kosten, sollte allgemein
56 angezweifelt werden. Eine vollständige Monetarisierung der Abstellplätze für Autos in
57 Kombination mit einer Verknappung bis Abschaffung von Parkplätzen in und um
58 Leipzig sollte angestrebt werden.

59

60 **Votum:**

61

62

63

1 **Antrag KVE 8**

2
3 EinreicherIn: AK Klima & Umwelt, OV Leipzig-Ost/Nordost
4
5

6 **Energiewende in Leipzig gestalten, kommunalen Bürger:innen-Windpark** 7 **umsetzen**

8
9 Die fortschreitende Klimakrise, der russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die
10 exorbitanten Übergewinne der fossilen Energiekonzerne verdeutlichen die
11 Notwendigkeit einer schnellen und umfassenden Energiewende. Die Energiewende
12 muss, wie von Hermann Scheer im ersten EEG im Jahr 2000 gefordert, dezentral und
13 bürger:innen-nah umgesetzt werden. Das EKSP der Stadt Leipzig liefert hierfür
14 wichtige Ansätze, jedoch fehlt für die Hebung der Potentiale der Windenergie
15 innerhalb der Stadt Leipzig eine Konkretisierung.

16
17 Mit der Umsetzung eines Bürger:innen-Windparks kann die Stadt Leipzig mit ihren
18 kommunalen Unternehmen und Beteiligungen ein Wegbereiter für eine
19 Energieversorgung in der Hand von Leipziger:innen sein. Hierfür müssen die
20 verschiedenen Fähigkeiten miteinander verzahnt werden: Die Stadt stellt politisch die
21 Genehmigungsfähigkeit sicher und in ihrer Funktion als Verwaltungsbehörde das
22 Baurecht her, die Stadtwerke entwickeln und realisieren als erfahrender Projektierer
23 das Vorhaben und die Sparkasse Leipzig finanziert das Vorhaben über einen für alle
24 Leipziger:innen offenen Bürger:innen-Fond. Durch Einnahmen aus der Gewerbesteuer
25 und der kommunalen Abgabe nach §6 EEG werden darüber hinaus Mittel generiert, die
26 den betroffenen Ortsteilen und auch allen Leipziger:innen zugutekommen, die es sich
27 nicht leisten können, in Fonds zu investieren.

28
29 Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an die entsprechenden
30 Gliederungen weiterleiten:

- 31
32 1) Die SPD Leipzig fordert die Errichtung eines kommunalen Bürger:innen-
33 Windparks. Im Entwurf des Regionalplans Westsachsen wurden 2015 im
34 östlichen Leipziger Stadtgebiet ausgewiesen zwei Windpotentialgebiete. Die
35 beiden Flächen sind geeignet.
- 36 2) Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig die
37 notwendigen Schritte zur Herstellung der Genehmigungsfähigkeit des
38 Bürger:innen-Windparks unternimmt, insbesondere die Aufnahme des Gebiets
39 in den Regionalplan, die Anpassung des Flächennutzungsplans und ggf. die
40 Zustimmung der kommunalen Gremien zur Abweichung von der 1.000m
41 Abstandsregel.
- 42 3) Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich für eine vorfristige Teilfortschreibung des
43 Landesentwicklungsplans im Bereich Windenergie zur Übernahme der
44 Flächenziele des Bundes ein. Durch eine Aufhebung der Ausschlusswirkung von
45 Windvorrang- und Eignungsgebieten erhalten Kommunen die Möglichkeit,
46 selbst auf ihrem Gemeindegebiet Windparks zu planen.
- 47 4) Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig gemeinsam
48 mit den Stadtwerken Leipzig einen vorhabensbezogenen Bebauungsplan

49 aufstellt. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass mit den Stadtwerken ein
50 kommunaler Bürger:innenwindpark umgesetzt wird. Die Stadtwerke Leipzig
51 werden gemeinsam mit der Sparkasse Leipzig einen Bürger:innen-Fonds
52 auflegen, der das Vorhaben finanziert. Der Fonds wird zu marktüblichen
53 Konditionen für alle interessierten Leipziger:innen geöffnet.

54

55

56 Begründung:

57

58 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, und insbesondere der Windenergie, ist ein
59 vordringliches Ziel der Bundesregierung. Der Ausbau ist ökologisch wie ökonomisch
60 notwendig und bietet Chance, die Stromversorgung in Deutschland dezentral und
61 bürger:innen-nah zu gestalten. Auf diese Weise können marktbeherrschende Energie-
62 Oligopole aufgebrochen und die Wertschöpfung vor Ort gehalten werden. Wenn die
63 Energiewende von der Bevölkerung getragen werden soll, braucht es aber auch eine
64 sozial gerechte Teilhabe vor Ort – und nicht nur das Entfesseln der Marktkräfte von
65 „Freiheitsenergien“ oder das Appellieren an einen „ökologischen Patriotismus“.

66

67 Seit dem Erlass des EEG im Jahr 2000 waren Bürger:innen-Energiegenossenschaften
68 Treiber und Pioniere einer Energiewende von unten. Es ist eine zentrale Aufgabe von
69 Kommunen solch bürger:innenschaftliches und genossenschaftliches Engagement zu
70 fördern. Gut miteinander abgestimmt, kann so eine aktive und solidarische
71 Bürger:innenschaft gestärkt, aktiver Klimaschutz befördert und nachhaltig
72 Wertschöpfung vor Ort generiert werden.

73

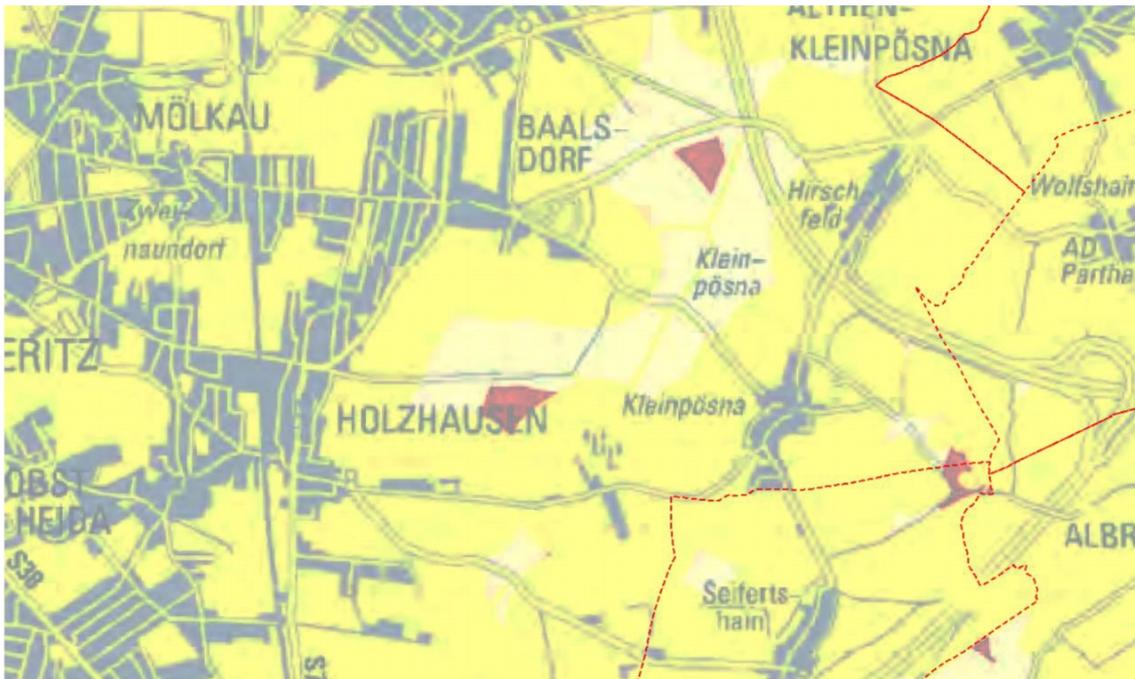
74 Durch die Beförderung eines Bürger:innen-Windparks kann die Stadt Leipzig hier einen
75 Schlüsselbeitrag leisten. Im Entwurf des Regionalplan Westsachsen von 2015 wurden
76 zwei Windpotentialgebiete im östlichen Stadtgebiet Leipzigs ausgewiesen. Aufgrund
77 der damals geringeren Flächenziele der Staatsregierung wurde die Vorhabensgebiete
78 nicht weiterverfolgt. Durch die aktuellen bundespolitischen Entwicklungen muss diese
79 Entscheidung neu bewertet werden. Das Gebiet ist das größte zusammenhängende Gebiet
80 mit einem angemessenen Siedlungsabstand auf städtischer Flur (zwischen 800m-
81 1.000m). Laut Sächsischer Bauordnung ist eine Unterschreitung des 1.000m Abstand
82 zur geschlossenen Wohnbebauung möglich, insofern die entsprechenden Stadt- und
83 Ortschaftsräte zustimmen.

84

85 Es kann davon ausgegangen werden, dass in den rot-markierten Windpotential-
86 gebieten bei Baalsdorf und bei Holzhausen die Errichtung von bis zu vier modernen
87 Windenergieanlagen (WEA) möglich ist. Eine Erweiterung des potenziellen
88 Bürgerwindparks ist möglich. Laut Berechnung der SAENA (Sächsische Energieagentur)
89 kann für eine 3.0 MW-WEA eine kommunale Einnahme in Höhe von 25.900 € erwartet
90 werden, wovon 18.000€ allein auf die kommunale Beteiligung nach §6 EEG entfallen¹.
91 Bei Planung von zeitgemäßen 6.0 MW-Anlagen und dem Basis-Layout von vier WEA
92 ergibt sich eine jährliche Zahlung von 144.000€. Die Zahlungen sollen hälftig zwischen
93 der Stadt Leipzig und den betroffenen Ortschaften aufgeteilt und dem Budget der
94 jeweiligen Ortschaftsräte zugeschlagen werden.

95

¹ https://www.saena.de/download/Erneuerbare%20Energien/Tool_EEProjekteBeteiligung_Jul2022.pdf
Antrag KVE 8_Kommunaler BürgerInnen-Windpark_25323EE2/ Seite 2



96
97
98
99
100
101
102
103
104

*Auszug aus dem Entwurf des Regionalplan Sachsen 2015, Regionales
Windenergiekonzept*

Votum:

1 **Antrag KVE 9**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4

5
6 **Wiedereinführung des 9-Euro-Ticket**
7

8 Der Parteitag möge beschließen, zur Weiterleitung an die Landtagsfraktion der SPD
9 Sachsen, sowie die Bundestagsfraktion der SPD:
10

11 Das 9-Euro-Ticket soll umgehend wieder bundesweit eingeführt werden.
12

13
14 Begründung:
15

16
17 52 Millionen verkaufte Tickets, dazu noch 10 Millionen Abonnent*innen, finanzielle
18 Entlastung direkt im Geldbeutel, freies Reisen ohne komplizierte Tarifgrenzen und das
19 sogar kurzfristig, soziales Miteinander möglich machen unabhängig vom Einkommen,
20 10% vom Auto verlagerte Fahrten, in drei Monaten so viel CO2 eingespart wie in einem
21 Jahr Tempolimit – es gibt keinen Grund dagegen!
22

23
24 **Votum:**
25
26
27
28
29
30

1 **Antrag KVE 10**

2
3 EinreicherIn: OV Leipzig-West
4
5

6 **Einfachheit des 9-Euro-Tickets in Nachfolgeangebot übernehmen**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an die Landtags- und Bundestagsfraktion
9 weiterleiten:

10
11 Der Gültigkeitsbereich des von Juni bis August 2022 angebotenen 9-Euro-Tickets über
12 Tarifzongrenzen hinweg ist in einem Nachfolgeangebot fortzuführen.

13
14 Begründung:

15
16 Das im Rahmen des Zweiten Entlastungspakets 2022 der Bundesregierung eingeführte
17 9-Euro-Ticket ermöglichte die bundesweite Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs
18 mit einem einzelnen Fahrschein (Monatskarte) unabhängig von Tarifgrenzen oder
19 Verkehrsverbänden.

20 Rund 52 Millionen 9-Euro-Tickets wurden verkauft. Hinzu kommen etwa 10 Millionen
21 Abonentinnen und Abonenten, die das vergünstigte Ticket über die gesamten drei
22 Monate automatisch erhalten haben.¹

23 Die Befragung zum Ticketangebot im Auftrag von Bund und Ländern ergab, dass 31
24 Prozent der Fahrten von Ticket-Käufern und 26 Prozent von Abonent:innen
25 (zumindest teilweise) außerhalb des eigenen Verbundraums bzw. Gültigkeitsbereich
26 stattfanden.¹

27 Darüber hinaus äußerten sich Nutzer:innen aus dem ländlichen Raum positiv in
28 sozialen Medien über die Vorzüge des 9-Euro-Tickets mit Blick auf die sonst
29 bestehenden Tarifgrenzen.²

30
31
32 **Votum:**
33
34
35

¹ <https://www.vdv.de/bilanz-9-euro-ticket.aspx>

² <https://www.twitterperlen.de/thread-mit-dem-9-euro-ticket-in-die-stadt/>

1 **Antrag KVE 11**

2
3 EinreicherIn: Jusos Leipzig

4
5
6 **Bußgeldfrust Adé**

7
8
9 Der Parteitag möge beschließen:

10
11 Die Verwaltung der Stadt Leipzig wird aufgefordert für ein Pilotprojekt 5.000
12 Fahrradlichter anzuschaffen und eine Kooperation mit der Polizeidirektion Leipzig
13 aufzunehmen. Bei der Aussprache von Verwarngeldern, auf Grund von fehlenden
14 Fahrradlichtern, sollten Betroffenen Fahrradlichter unentgeltlich ausgegeben werden.
15 Unentgeltlich ist dabei relativ zu verstehen, da das Verwarngeld/Bußgeld zu bezahlen
16 ist. Diese Maßnahme soll ausreichend bekannt gemacht werden und auf Akzeptanz,
17 Fahrradfreundlichkeit und Förderung von Fahrsicherheit evaluiert werden.

18
19
20 Begründung:

21
22 Klares Ziel ist die Fahrradnutzung unter Bürger:innen zu fördern. Die StVZO
23 (Bundesrecht) sieht eine Pflicht zur Fahrradbeleuchtung vor. Teilweise werden diese
24 vergessen, in anderen Fällen besitzen Fahrradfahrende keine Lichter und die
25 Wahrscheinlichkeit eines Unfalls ist erhöht. Dabei ist uns bewusst, dass die meisten
26 Fahrradunfälle durch Fehlverhalten von KFZ-Fahrer:innen verursacht werden.
27 Ungeachtet dessen, wollen wir die Situation der Fahrradfahrer:innen, die in die
28 unangenehme Situation kommen ein Verwarn-/Bußgeld zahlen zu müssen,
29 verbessern.

30
31 Statt lediglich eine Strafe zu zahlen, sollen Betroffene gleichzeitig ein Ansteck-
32 Fahrradlicht bekommen. Dies dient der langfristigen Sicherheit und führt
33 gleichzeitig zu einer größeren Akzeptanz des Verwarngeldes. Letztlich kann dies auch
34 zu Verwaltungsvereinfachung führen, da weniger Widersprüche etc. zu erwarten sind.

35
36 Darüber hinaus kann die Stadt Leipzig ihr Bild als fahrradfreundliche Stadt weiter
37 stärken. Durch die Maßnahme wird im Außenauftritt das progressive Engagement für
38 Fahrradfahrer:innen und eine bürger:innennahe Förderung von Verkehrssicherheit
39 verdeutlicht.

40
41 Der Frust ein Verwarn-/ Bußgeld zu zahlen und die Sorge, ohne ein Fahrradlicht am
42 Straßenverkehr teilzunehmen werden gleichermaßen gemindert. Die
43 Wiederholungswahrscheinlichkeit wird reduziert, da die aufgegriffenen
44 Fahrradfahrer:innen nicht nur zur Kasse gebeten werden, sondern auch in den Besitz
45 eines Fahrradlichtes kommen. Missbrauch kann dadurch vermieden werden, dass bei
46 wiederholtem Verstoß der gleichen Person kein weiteres Licht ausgegeben wird oder
47 nachträglich in Rechnung gestellt wird.

49 Da die Kontrollen vorwiegend durch die Landespolizei durchgeführt werden, ist eine
50 Kooperation zwischen der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion anzustreben. Die
51 Maßnahme sollte auf langfristigen Nutzen evaluiert werden. Des Weiteren sollte
52 geprüft werden, ob sie in Zukunft direkt aus Landesmitteln bezahlt werden kann.
53 Schließlich kann vermutet werden, dass Einsparungen im kürzeren
54 Verwaltungsverfahren mindestens teilweise die Kosten der Fahrradlichter aufwiegen.

55

56 **Votum:**

57

58

59

1 **Antrag KVE 12**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Verkehrsreduktion durch quartiersnahe Infrastruktur (Kitas)**

7
8 Der Stadtparteitag möge beschließen:
9

10 Wir fordern, dass die Stadt Leipzigs Kitaplätze in unmittelbarer Nähe des Wohnorts der
11 Eltern – analog der Grundschulbezirke – zur Verfügung stellt. Der Weg zur Kita sollte
12 nicht mehr als zwei Kilometer beantragen.
13

14
15 Begründung:
16

17 Eltern müssen häufig lange Wege in Kauf nehmen, um Ihre Kinder zur Kita zu bringen.
18 Dies führt zu zusätzlichem motorisiertem Individualverkehr mit allen Konsequenzen
19 (Klimaschädlich, Luftverschmutzung, Gefährdung der Sicherheit von Fußgängern etc.).
20 Außerdem sind die langen Wege mit einem unnötigen Zeitverlust verbunden. Dadurch
21 wird das Familienleben negativ beeinflusst, die Kinder haben weniger Freunde in der
22 Nähe und auch potenziell weniger soziale Kontakte für die Familie insgesamt. Gerade
23 sozial schwache Familien und Alleinerziehende sind hier benachteiligt.
24

25 **Votum:**
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

1 **Antrag RSO 1**

2
3 EinreicherIn: AsJ Leipzig/Nordwestsachsen
4
5

6 **Mehr Transparenz für Verbraucher:innen bei Onlinebestellungen**
7 **hinsichtlich der Versanddienstleister und -optionen**
8

9 Der Stadtparteitag möge beschließen und an den Landes- und Bundesparteitag
10 weiterleiten:

11
12 Verbraucherschutzrechtlich soll geregelt werden, dass Onlinehändler gegenüber
13 Verbraucher:innen verpflichtet sind, bereits in einem der ersten Schritte des
14 Bestellvorgangs einer Onlinebestellung transparent zu machen,
15

16 1. welcher Versanddienstleister die Waren bei dem:der Verbraucher:in zustellen
17 wird und
18

19 2., ob die Zustellung an eine Paketstation möglich ist.
20
21

22 Begründung:
23

24 So gut wie jede:r bestellt – zumindest gelegentlich, oft sogar regelmäßig – online. Der
25 Versandhandel wuchs schon vor dem Beginn der Corona-Pandemie und erlebt im Zuge
26 derselben einen Boom. Neben der in Pandemiezeiten wichtigen Kontaktreduzierung
27 bietet der Onlinekauf weitere Vorteile. Verbraucher:innen schätzen vor allem die
28 Bequemlichkeit beim Onlineshopping.

29 Häufig aber wird der Onlinekauf deutlich weniger komfortabel als zunächst gedacht,
30 nämlich immer dann, wenn es bei der Lieferung oder einer etwaigen Retoure Probleme
31 mit dem Versanddienstleister gibt. Bei der Fülle an Anbietern (DHL, Hermes, DPD, GLS,
32 UPS usw.) hat beinahe jede:r Verbraucher:in schon einmal negative Erfahrungen
33 gemacht: Der eine Dienstleister liefert nur zu Tageszeiten, zu denen man nie zu Hause
34 ist oder zu denen man noch schläft (wegen Arbeit im Schichtdienst z. B.), und gibt das
35 Paket dann bei einem Nachbarn zwei Häuser weiter ab, ohne eine Mitteilung im
36 Briefkasten zu hinterlassen. Der andere Dienstleister beschädigt regelmäßig die Pakete
37 auf dem Transportweg und hat seine nächste Filiale am anderen Ende der Stadt, was
38 Rücksendungen mühsam macht. Die Versanddienstleister unterscheiden sich in der
39 Servicequalität stark. Meist gibt es zudem regionale Unterschiede bei ein und
40 demselben Anbieter. Zu erwähnen ist hier auch, dass der bei den Verbraucher:innen
41 beliebte Service, Pakete an eine Paketstation liefern zu lassen und auf diesem Weg ggf.
42 auch wieder zu retournieren, flächendeckend allein von der DHL angeboten wird.
43

44 Angesichts der gehörigen Qualitätsunterschiede zwischen den Versanddienstleistern
45 besteht bei den Verbraucher:innen ein großes Interesse daran, sicherzustellen, dass
46 ihre Onlinebestellung durch einen der von ihnen favorisierten Anbieter geliefert wird.
47 Dafür fehlt ihnen jedoch häufig die (rechtzeitige) Information darüber, welchen
48 Versanddienstleister der Onlinehändler mit der Lieferung beauftragen wird. Auf vielen

49 Onlinebestellseiten wird der einschlägige Versanddienstleister für den:die
50 Verbraucher:in erst ganz am Ende des Bestellvorgangs ersichtlich, wenn der:die
51 Verbraucher:in bereits alle seine:ihre Daten eingegeben hat und er:sie tendenziell eher
52 eine Lieferung durch einen ihm:ihr unliebsamen Paketzusteller hinnimmt, als den
53 Bestellvorgang jetzt noch abzubrechen. In manchen Fällen erhält der:die
54 Verbraucher:in eine (gut sichtbare) Information darüber, welcher Paketzusteller mit der
55 Lieferung beauftragt sein wird, überhaupt nicht vor dem Abschluss der
56 Onlinebestellung, sondern erst im Nachhinein.

57
58 Die mangelhafte Transparenz der Onlinehändler bzgl. der von ihnen im Einzelfall
59 beauftragten Versanddienstleister ist nicht nur für den:die einzelne:n Verbraucher:in
60 nachteilig, sondern bewirkt auch, dass der Einfluss der Verbraucher:innen auf den
61 Wettbewerb zwischen den Versanddienstleistern faktisch ausgeschlossen ist. Würden
62 sie frühzeitig erkennen können, ob eine von ihnen geplante Onlinebestellung mit dem
63 von ihnen favorisierten oder doch nur mit dem ihnen unliebsamen Paketzusteller
64 geliefert wird, könnten sie durch die Entscheidung, aus diesem Grund bei einem
65 bestimmten Onlinehändler zu bestellen oder nicht zu bestellen, den Wettbewerb in
66 ihrem Sinne fördern. Ein besser funktionierender Wettbewerb würde das
67 Leistungsniveau in der Branche allgemein steigern.

68
69 Aus diesen Gründen sollten Onlinehändler dazu verpflichtet sein, transparent zu
70 machen, welcher Versanddienstleister mit der Zustellung einer bestimmten Sendung
71 an eine:n Verbraucher:in beauftragt werden wird bzw. ob und welche Auswahl an
72 Anbietern für den:die Verbraucher:in bei der konkreten Sendung besteht. Die
73 Information darüber muss der:die Verbraucher:in gut sichtbar und frühestmöglich
74 erhalten, etwa bereits am Ende der Übersicht über die ausgewählten Produkte im
75 Warenkorb, um bei seiner:ihrer Kaufentscheidung die Entscheidung über den
76 Paketzusteller mitberücksichtigen zu können.

77
78 Die Einführung einer solchen Transparenzpflicht der Onlinehändler bei sog.
79 Fernabsatzverträgen stünde im Einklang mit dem Europarecht. Die – gemäß ihres Art. 4
80 vollharmonisierende – Verbraucherrechte-Richtlinie (RL 2011/83/EU des Europäischen
81 Parlaments und des Rates vom 25.10.2011) sieht in Art. 6 Abs. 1 lit. g u. a. vor, dass der
82 Unternehmer (der Onlinehändler) verpflichtet ist, den:die Verbraucher:in vor dem
83 Abschluss eines Fernabsatzvertrags über die „Lieferbedingungen“ in klarer und
84 verständlicher Weise zu informieren. Darunter fällt unserer Ansicht nach auch die
85 Angabe des Versanddienstleisters, den der Unternehmer mit der Lieferung der
86 Bestellung beauftragen wird. Aus den oben genannten Gründen hat der:die
87 Verbraucher:in ein berechtigtes Interesse an der Information, wer Vertragspartner des
88 vom Onlinehändler zu schließenden Frachtvertrags sein wird. Denn der von ihm
89 beauftragte Paketzusteller kommt nicht nur mit dem Kaufgegenstand in Berührung, an
90 dem der:die Verbraucher:in Eigentum erwerben möchte. Vielmehr kommt dieser bei
91 der Zustellung auch mit dem:der Verbraucher:in selbst in Kontakt und stellt sich für
92 diese:n nach lebensnaher Betrachtung als inhärenter Teil des Onlinekaufprozesses dar.

93
94 Welche Rechtsfolge sich aus einer Verletzung der Transparenzpflicht ergibt, folgt im
95 Einzelfall aus der Anwendung des Leistungsstörungsrechts. Es ist davon auszugehen,
96 dass auch ohne die Einführung einer expliziten Sanktionsmöglichkeit von Verstößen

97 gegen die Transparenzpflicht dieser von Seiten der Onlinehändler nachgekommen
98 wird.

99

100 Die Versandhändler sollten außerdem verpflichtet sein, frühestmöglich den:die
101 Verbraucher:in darüber zu informieren, ob für ihre konkrete Bestellung die Lieferung an
102 eine Paketstation möglich ist. Das ist für viele Verbraucher:innen eine wichtige
103 Information, die ihre Entscheidung für oder gegen die Bestellung bei einem
104 bestimmten Onlinehändler maßgeblich beeinflusst. Zudem würde es
105 Verbraucher:innen ermöglicht, die Lieferung an Paketstationen vermehrt bewusst zu
106 wählen, diese Lieferart dadurch zu fördern und so den Anreiz für weitere
107 Versanddienstleister (neben der DHL) zu erhöhen, die Lieferung an solche Stationen in
108 ihr Angebot aufzunehmen. Besonders im ländlichen Raum könnten dadurch nicht
109 ökologische Viel- und Lehrfahrten von Lieferfahrzeugen reduziert und in den Städten
110 die Verstopfung der Straßen mit Lieferfahrzeugen vermindert werden.

111

112 Auch diese Transparenzpflicht würde sich unserer Auffassung nach im Rahmen des Art. 6
113 Abs. 1 lit. g Verbraucherrechte-Richtlinie bewegen und wäre somit
114 europarechtskonform.

115

116

117 **Votum:**

118

119

120

1 Antrag RSO 2

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **BodyCams bei der Polizei**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:
9

10 Seit einigen Jahren wird die BodyCam zunehmend zur Standardausrüstung der Polizei,
11 auch in Sachsen. Wir fordern, dass eingesetzte BodyCams über die Dauer der Einsätze
12 durchgehend laufen und nicht durch die tragenden Polizist:innen ausgeschaltet oder
13 kontrolliert werden können. Die Auswertung der Videodaten im Konfliktfall hat durch
14 eine Instanz zu geschehen, die der Polizei übergeordnet ist.
15

16 Begründung:

17
18 Die BodyCams wurden für die Polizei eingeführt um zwei primäre Ziele zu verfolgen:
19

20 1. Die Reduzierung der Gewalt gegen Polizist:innen durch die geschaffene Drohkulisse,
21 während der Tat gefilmt zu werden.
22

23 2. Dem Fehlverhalten von Polizist:innen vorzubeugen
24

25 Auch in Sachsen wurden 1500 BodyCams angeschafft um der Gewalt gegen
26 Polizist:innen Herr zu werden. Insbesondere im Lichte der Diskussionen um das Filmen
27 und Fotografieren von Polizeieinsätzen - Tätigkeiten, die regelmäßig verboten werden
28 und vor Gericht landen - verstärken BodyCams aber auch das Machtgefälle zwischen
29 Polizei und Bürger:innen und verschieben die Deutungshoheit in Konfliktsituationen zu
30 Gunsten der Polizei. Mit dem Einschalten der Kamera nach eigenem Ermessen ist eine
31 Kontrolle nach innen und ein transparenter Einblick in das Handeln der Polizei mit
32 BodyCams kaum möglich.
33

34 So schrieb Markus Reuter für Netzpolitik.org neulich ([https://netzpolitik.org/2022/
35 polizei-bodycams-richtig-einsetzen-oder-einfach-abschaffen/](https://netzpolitik.org/2022/polizei-bodycams-richtig-einsetzen-oder-einfach-abschaffen/)):
36

37 "In Dortmund erschoss die Polizei vergangene Woche einen psychisch kranken
38 Jugendlichen. In einer internen Mitteilung erklärte das Polizeipräsidium Dortmund
39 nun, dass keine:r der zwölf beteiligten Polizist:innen in der Situation die Bodycam
40 angeschaltet hatte. Bei einem Einsatz in Frankfurt 2020 ist angeblich der Akku leer
41 gegangen. Später soll ein Polizist auf einen Festgenommenen eingetreten haben, was
42 nur von einem Bürger aufgezeichnet wurde. Nach einer Polizeikontrolle in Mannheim
43 starb ein Mann. Auch hier waren die Bodycams ausgeschaltet."
44

45 Das aktuelle Ungleichgewicht muss ausgeglichen werden, die Aufnahmen der
46 BodyCams müssen bei Einsätzen der Polizei unabhängig von den Polizist:innen
47 dauerhaft filmen. Das Filmmaterial muss von unabhängigen Stellen ausgewertet und

48 sowohl als Beweismittel gegen Bürger:innen als auch gegen Polizist:innen eingesetzt
49 werden können.

50

51 **Votum:**

52

53

54

1 **Antrag RSO 3**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Gesetzliche Erlaubnis des Filmens von Polizeieinsätzen zur**
7 **Beweiserhebung und Beweissicherung**
8

9 Der Parteitag möge beschließen und an den Landes- und Bundesparteitag und die SPD-
10 Bundestagsfraktion weiterleiten:

11
12 Der § 201 des Strafgesetzbuchs (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes) soll
13 folgendermaßen geändert werden:
14

15 Zwischen Absatz 2 und 3 wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt (die Nummerierung
16 der folgenden Absätze wird angepasst):
17

18 Auf eine Videoaufnahme mit Ton oder eine Tonaufnahme eines Polizeieinsatzes, die
19 zum Zwecke der Beweissicherung aufgenommen wird, findet § 201 StGB keine
20 Anwendung, wenn diese nicht veröffentlicht wird.

21 Die Aufnahme darf zur Beweiserbringung in Verfahren benutzt werden, in denen die
22 tatsächlichen Geschehnisse des Polizeieinsatzes umstritten sind.

23 Bei überwiegendem öffentlichen Interesse schließt auch eine Veröffentlichung der
24 Aufnahmen die Anwendung des § 201 StGB aus.
25
26

27 Begründung:
28

29 Die Strafverfolgungsbehörden versuchen das Filmens ihrer Einsätze zu kriminalisieren.
30 Nachdem jahrelang und am Ende erfolglos versucht wurde eine Kriminalisierung über
31 § 22 Kunsturhebergesetz zu erreichen, weicht man jetzt auf § 201 StGB aus.

32 Die Entwicklung ist bedenklich, weil der Polizei ein Fehlverhalten ohne wasserdichte
33 Beweise nicht nachzuweisen ist. Anzeigen gegen Polizisten führen fast nie zu einer
34 Anklage und die wenigen Anklagen führen fast nie zu Verurteilungen.

35 Wenn Polizisten in der Beweisaufnahme immer und dem Gegner nie geglaubt wird,
36 außer der Gegner hat eine Videoaufnahme des Vorfalls, sind Polizisten unangreifbar
37 und können machen was sie wollen. Das ist ein Zustand der die Bindungrund der
38 Exekutive an die Grundrechte (Art 1 Abs. 3 GG) und an Recht und Gesetz (Art. 20 Abs. 3
39 GG) ad absurdum führt.

40 Polizeieinsätze greifen grundsätzlich in Grundrechte ein. Grundrechtseingriffe von
41 staatlicher Seite müssen gerechtfertigt sein, um nicht rechtswidrig zu sein. D.h. der
42 Staat hat die Pflicht nachzuweisen, dass sein Handeln rechtmäßig ist.

43 Wenn die Polizei eine unabhängige Beweiserhebung oder eine Beweiserhebung der
44 Gegenseite mit Mitteln des Strafrechts unmöglich macht, ist eine Kontrolle der
45 Grundrechtseingriffe der Polizei unmöglich. Dieser Zustand ist in einem
46 demokratischen Rechtsstaat nicht hinnehmbar und geeignet das Vertrauen der
47 Bevölkerung in die Polizei und den Staat zu zerstören.

48 Bisher wurden unterschiedliche Urteile zur Strafbarkeit von Videoaufnahmen von
49 Polizeieinsätzen gem. § 201 StGB gesprochen, deshalb ist eine gesetzliche Klarstellung
50 notwendig.
51 Die Konsequenzen einer Strafbarkeit sind nicht nur, dass filmende Personen eine Strafe
52 befürchten müssen, sondern dass die Polizei dadurch Eingriffsrechte bekommt, die für
53 die Betroffenen eine sehr starke Intensität haben.
54 So kann die Polizei eine Beschlagnahme des Handys, Durchsuchungen und vorläufige
55 Festnahmen durchführen und Widerstand gegen diese Maßnahmen gewaltsam
56 brechen. Widerstand dagegen kann zu einer empfindlichen Strafe gem. § 113 StGB
57 (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) oder § 114 StGB (Tätlicher Angriff auf
58 Vollstreckungsbeamte) führen.
59
60 Wie unsinnig eine Strafbarkeit nach § 201 StGB ist, zeigt sich daran, dass Polizisten
61 (unter unterschiedlichen Voraussetzungen der Polizeigesetze) mit Bodycams Bild- und
62 Tonaufnahmen von Einsätzen anfertigen dürfen. D.h. dass der Polizist, der in
63 Grundrechte eingreift und als Staatsdiener im Einsatz grundrechtsverpflichtet, aber
64 nicht grundrechtsberechtigt ist, darf Tonaufnahmen machen. Dem Adressaten
65 staatlicher Zwangsmaßnahmen, in dessen Grundrechte eingegriffen wird, wird aber
66 durch Strafandrohung per Strafrecht die Möglichkeit genommen selbst Beweise zu
67 erheben, die in Anbetracht der „Glaubwürdigkeit“ von Polizisten vor Gericht überhaupt
68 den Grad erreichen ernstgenommen zu werden.
69 Wenn es bei Polizeieinsätzen zu Verletzungen von Polizisten kommt, ruft die Polizei
70 regelmäßig die Bevölkerung dazu auf Videoaufnahmen von diesem Polizeieinsatz zu
71 Verfügung zu stellen. Und da sieht man auch, worauf den es Strafverfolgungsbehörden
72 wirklich ankommt, nämlich zu verhindern, dass unwiederlegbaren Beweise möglichen
73 polizeilichen Fehlverhaltens entstehen, Beweise gegen die Gegenseite sind ja
74 offensichtlich bei gleicher Art der Erstellung erwünscht.
75 Im Ergebnis soll rechtswidriges Verhalten der Polizei vertuscht werden.
76 „Haben Sie etwas zu verbergen?“ hört man oft von Polizisten, wenn man Fragen nicht
77 beantworten oder in polizeiliche Maßnahmen nicht einwilligen will.
78 Die Frage der Polizei zu stellen, würde wohl mehr Sinn machen.

79
80
81
82
83
84

Votum:

1 **Antrag RSO 4**

2
3 EinreicherIn: Jusos Leipzig
4
5

6 **Abschaffung der §§ 129, 129a und 129b StGB**

7
8 Der Stadtparteitag der SPD-Leipzig möge beschließen und über den Landesparteitag
9 der SPD Sachsen und dem Bundesparteitag an die Bundestagsfraktion weiterleiten:
10

11 Die SPD, SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und die SPD-Bundestagsfraktion setzen
12 sich dafür ein, dass die §§ 129, 129a und 129b StGB gestrichen werden. Die SPD-
13 Bundestagsfraktion und SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag bringen dieses Vorhaben
14 durch den Bundestag bzw. Bundesrat in den Gesetzgebungsprozess ein.
15

16 Die Begehung von Straftaten durch “Mitglieder einer kriminellen Vereinigung” gemäß §
17 129 II StGB erfüllt je nach Tat bereits existierende Straftatbestände. Die Beteiligung der
18 einzelnen Mitglieder wird bereits in angemessener Weise durch deren Täter*innenschaft
19 und Teilnahme in §§ 25 ff. StGB abgebildet oder zusätzlich durch strafscharfende
20 Qualifikationen wie Bandenmitgliedschaft oder gemeinschaftliche Begehungsweise.
21 Den §§ 129 ff. StGB kommt demnach nicht die Aufgabe zu, die Rechtsgüter der Taten zu
22 schützen, stattdessen sollen sie Güter wie den öffentlichen Frieden, die öffentliche
23 Sicherheit und die staatliche Ordnung¹ bereits im Planungsstadium dieser Taten
24 schützen. Die Vorverlegung in das Planungsstadium ermöglicht den Einsatz
25 umfassender strafrechtlicher Ermittlungsmaßnahmen wie die Anordnung der
26 Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation gem. § 100a Abs. 2 Nr. 1
27 Buchst. d StPO. Dies steht unserem Rechtsverständnis diametral entgegen, weswegen
28 wir die Abschaffung der §§ 129, 129a und 129b StGB fordern.
29
30

31 Begründung:

32
33 Der § 129 StGB stellt eine Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung unter Strafe.
34 Die § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) und § 129b StGB (Kriminelle und
35 terroristische Vereinigungen im Ausland; Einziehung) beziehen sich auf diesen und
36 stellen Qualifikationen mit erhöhtem Strafrahmen dar.
37

38 Während die § 129 ff. StGB kaum Bedeutung in den Verurteilungsstatistiken erlangen,
39 sind sie zu einem Vehikel geworden, um speziell politisch linke Gruppen auszuforschen
40 und die Grundrechte all derer auszuhöhlen, die sich irgendwie im Umfeld befinden.
41

42 Heribert Ostendorf schreibt im Kindhäuser/Neumann/Paeffgen, Nomos Kommentar
43 zum Strafgesetzbuch zur Norm: “Die Diskrepanz zwischen der Anzahl der v. den
44 Staatsanwaltschaften eingeleiteten Ermittlungsverfahren und den gerichtlichen
45 Verurteilungen ist auffällig. Von 1981-1991 wurden 80 Verurteilungen mit § 129a
46 begründet, Ermittlungsverfahren wurden gem. § 129a über 3.300 in diesem Zeitraum
47 eingeleitet. Bedeutsamer ist § 129 dementsprechend für die Begründung

¹ vgl. MüKoStGB/Schäfer/Anstötz, 4. Aufl. 2021, StGB § 129 Rn. 1-3

48 strafprozessualer Maßnahmen. So ist § 129 Katalogtat für die Rasterfahndung und den
49 Einsatz verdeckter Ermittler gem. den §§ 98a Abs. 1 Nr. 2, 110a Abs. 1 Nr. 2 StPO iVm den
50 §§ 74a, 120 GVG sowie für die Überwachung des Fernmeldeverkehrs gem. § 100a Abs. 1
51 Nr. 1c StPO (zu weiteren Eingriffsbefugnissen, die an § 129a anknüpfen. Hierbei wird in
52 der Strafverfolgungspraxis eingeräumt, dass bei Einleitung eines Ermittlungsverfahrens
53 gem. § 129 bzw § 129a primär diese Eingriffsbefugnisse maßgebend sind, so dass im
54 Laufe der so eingeleiteten Ermittlungsverfahren der Tatverdacht idR [in der Regel]
55 wieder fallen gelassen wird.

56 In der Struktur der registrierten Kriminalität zeigt sich zumindest aufgrund der
57 veröffentlichten Entsch. [Entscheidungen] ein eindeutiger Zug zu kriminellen-
58 politischen Vereinigungen, wobei in der Strafverfolgungspraxis in erster Linie der sog.
59 Linksterrorismus verfolgt wurde. Den Anfang machte in der „Kaiserzeit“ die SPD als
60 „staatsfeindliche Verbindung“, es folgte die KPD in der Weimarer Republik”.

61

62 Die Bedeutung der §§ 129, 129a und 129b StGB ist heute so niedrig wie nie. Der 1871
63 eingeführte § 129 StGB diente zur Zeit des Nationalsozialismus dazu, Oppositionelle und
64 Systemgegner zu verfolgen. Auch heutzutage dient er primär zur Verfolgung und nicht
65 zur Verurteilung von Betroffenen. Es wird nur in etwa fünf Prozent aller Ermittlungen
66 wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung Anklage erhoben, etwa ein
67 Prozent führt zur Verurteilung. Diese Zahlen sind deutlich niedriger als sonst üblich, da
68 durchschnittlich ein Fünftel der Ermittlungen zu einer Anklage beziehungsweise einem
69 Strafbefehlsantrag führen.

70 Die meisten Verfahren legalisieren eine staatliche Überwachung teilweise beliebig
71 auswählbarer Betroffener, ohne dass diese sich (schon mangels Kenntnis des
72 Verfahrens) dagegen wehren könnten. Anklagen wegen Taten nach §§ 129, 129a und
73 129b StGB rücken aufgrund der Versuchsstrafbarkeit, in § 129 IV StGB, soweit nach vorne,
74 in den Planungszeitraum einer etwaigen Tat, die aus unserer Sicht nicht schon
75 strafwürdig sein sollte.

76

77 Die §§ 129 ff. StGB dehnen die Teilnahmestrafbarkeit im Rahmen der Beihilfe extrem
78 stark aus, sodass die bloße Mitgliedschaft in einer “kriminellen Vereinigung”, ohne
79 Teilnahme an der Tat nach den §§ 26 ff. StGB, strafbar ist. Die Strafbarkeit wird in ein
80 Stadium verlagert, in dem noch kein Rechtsverstoß, abseits der §§ 129, 129a, 129b StGB,
81 verwirklicht wurde. Die Abgrenzung zwischen Straftat und legalem Handeln
82 schwimmt. So werden Teile des repressiv angelegten Strafrechts mit denen der
83 polizeilichen Gefahrenabwehr vermischt. Die Straftatbestände ermöglichen ohne
84 konkrete Verletzung eines Rechtsgutes eine umfassende Überwachung und
85 Ausforschung von politischen Aktivist*innen. Sie dienen so vorrangig der
86 Einschüchterung politischer Initiativen und der Sammlung von Daten. Diese bleiben
87 auch gespeichert, wenn sich Ermittlungsverfahren gemäß § 129, 129a oder 129b später
88 – wie in den meisten Fällen – in Luft auflösen.

89

90 All dies führt unserer Auffassung nach dazu, dass die § 129, 129a und 129b mehr Schaden
91 anrichten, als sie nutzen.

92

93 **Votum:**

94

95

96

1 **Antrag RSO 5**

2
3 EinreicherIn: AsJ Leipzig/Nordwestsachsen
4
5

6 **Für die Schaffung eines Rechtsweges gegen „Fake News“/ falsche Fakten** 7 **im politischen Diskurs**

8
9
10 Der Stadtparteitag möge beschließen und an den Landes- und Bundesparteitag
11 weiterleiten:
12

13 Die SPD setzt sich für die Schaffung eines Bundesgesetzes ein, das ein juristisches
14 Vorgehen gegen öffentliche falsche Tatsachenbehauptungen von politischen
15 Amtsträgern (und Personen, die sich mit medialer Reichweite am politischen Diskurs
16 beteiligen) ermöglicht, ohne dass hierfür eine Verletzung individueller Rechte des
17 Klägers nötig ist. Zum Schutz der öffentlichen Meinungsbildung und der Demokratie
18 können die Betreffenden zu Unterlassung, Richtigstellung mit gleicher Reichweite und
19 - bei Vorsatz - Zahlung eines Bußgeldes verpflichtet werden.
20

21 Begründung:

22 **I. Sachverhalt**

23
24
25 Vorfälle wie das Interview von Alice Weidel bei phoenix am 08.12.21, in dem sie im
26 Zusammenhang mit der Coronapandemie behauptete, es stimme nicht, dass auf
27 Intensivstationen überwiegend Ungeimpfte liegen, und sich dabei auf vermeintliche
28 Daten des statistischen Bundesamtes berief (https://youtu.be/TuJkG_nYbwl, ab min
29 8:47), sind frustrierend. Denn diese Behauptung war falsch. Zum einen, weil auf den
30 Intensivstationen mehr Ungeimpfte lagen, zum anderen, weil es zu diesem Thema gar
31 keine Daten des Statistischen Bundesamtes gab, wie dieses selbst via Twitter
32 klarstellte. Aber: Derartige Behauptungen gehören zum politischen Tagesgeschäft
33 gewisser Kreise und man kann dagegen nicht juristisch vorgehen.
34

35 Nach aktueller Rechtslage kann man gegen falsche Tatsachenbehauptungen vorgehen,
36 wenn man persönlich von einer Lüge betroffen bzw. dadurch geschädigt ist:
37

- 38 1. Verletzung eigener Rechte: Eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts oder
39 sonstiger eigener Rechte durch unwahre Tatsachenbehauptung, z.B. in der
40 Zeitung, kann zu einem Unterlassungsanspruch nach § 1004 BGB und unter
41 Umständen Schadensersatz führen. Eine Zeitung, die unwahre Tatsachen
42 über jemanden verbreitet, kann verpflichtet werden, diese zu korrigieren
43 (medienrechtlicher Berichtigungsanspruch).
44

45 Auch das Strafrecht bietet Tatbestände wie Beleidigung, Verleumdung oder
46 üble Nachrede, die Persönlichkeitsrechte einzelner gegen Diffamierung
47 schützen. Daneben gibt es noch das Delikt der Volksverhetzung, wonach

48 bestimmte Behauptungen, wie etwa die Leugnung des Holocaust, in
49 Deutschland unter Strafe stehen.

50
51 Diese Mittel des Zivil- bzw. Strafrechts laufen im Beispielsfall Weidel aber
52 leer, da niemand persönlich betroffen ist.

53
54 2. Wirtschaftsrecht, Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG):
55 Anspruchsinhaber ist typischerweise ein Unternehmen. Dieses kann gegen
56 Falschbehauptungen von Wettbewerbern, d.h. anderen
57 Wirtschaftsunternehmen, vorgehen, wenn z.B. durch deren Werbespots die
58 eigenen Chancen auf dem Markt (potentiell) geschädigt werden.

60 II. Schutzbedürfnis

61
62 Die Demokratie sollte den gleichen Schutz genießen, wie einzelne Personen oder
63 Unternehmen.

64
65 Der politische Wettstreit unterschiedlicher Meinungen in einer Demokratie
66 funktioniert nur, wenn alle Beteiligten von den gleichen Tatsachen und Fakten
67 ausgehen. Ist in einer „Diskussion“ ein Beteiligter davon überzeugt, dass die Erde eine
68 Scheibe ist, während der andere davon ausgeht, die Erde sei rund, ist das Gespräch
69 sinnlos.

70 Das Verbreiten unwahrer Tatsachen ist dazu geeignet, unserer Demokratie großen
71 Schaden zuzufügen und trägt zur Spaltung der Gesellschaft bei, weil ein zielführender
72 Diskurs dadurch verunmöglicht wird. Die Folgen der weiter voranschreitenden
73 Spaltung der Gesellschaft, die sich nicht mehr auf die Fakten einigen kann, führt uns
74 das Beispiel USA vor Augen („gestohlene Wahl“ etc.).

75 Zu diesem Thema sei der Aufsatz der Leipziger Jura-Professorin Elisa Hoven „Zur
76 Strafbarkeit von Fake News – de lege late und de lege ferenda“ (ZSTW, 129 (2017), 718-
77 744, im Internet frei abrufbar unter <https://doi.org/10.1515/zstw-2017-0036>) sehr
78 empfohlen.

80 III. Ziel

81
82 Auf dem Rechtsweg muss jemand, der falsche Tatsachen öffentlich behauptet,
83 verpflichtet werden können

84
85 1. die betreffende Behauptung künftig zu unterlassen, d.h. nicht zu wiederholen bzw.
86 weiter zu verbreiten;

87 2. die betreffende Behauptung auf dem gleichen Kanal, d.h. auch mit der gleichen
88 Reichweite, also bspw. dem eigenen Social-Media-Account, zu korrigieren (analog
89 medienrechtlicher Berichtigungsanspruch);

90 3. bei nachweisbarem Vorsatz ein Bußgeld an eine gemeinnützige Einrichtung zu
91 zahlen.

92
93 Es wird sogar vertreten, das Verbreiten von Fake News als Straftatbestand zu
94 etablieren (vgl. oben genannter Artikel von Prof. Hoven). Soweit soll hier nicht
95 gegangen werden.

96

97

IV. Mögliche Kritik

98

99

1. Was ist mit der Meinungsfreiheit?

100

101 Das angestrebte Gesetz beschränkt nicht die Meinungsfreiheit. Der Rechtsweg ist –
102 selbstverständlich, genau wie im Medien- bzw. Persönlichkeitsschutzrecht – auf das
103 Vorgehen gegen unwahre Tatsachenbehauptungen beschränkt.

104

105 Die Abgrenzung zwischen Meinung auf der einen und Tatsachen/Fakten auf der
106 anderen Seite ist juristisch hinreichend durchdrungen und in der Rechtsprechung zur
107 Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) stetig weiter ausgefeilt worden.

108 Die Kurzfassung: Tatsachen/Fakten kann man beweisen. Es gibt richtig und falsch.

109 Beispiel: „Die Erde ist eine Scheibe!“ oder „Den Holocaust gab es nicht!“ – das sind
110 nachweisbar unwahre Tatsachenbehauptungen.

111 Eine Meinung hingegen transportiert ein eigenes Werturteil, eine persönliche
112 Einschätzung. Das Bundesverfassungsgericht definiert den Begriff in ständiger
113 Rechtsprechung so: „Meinungen sind durch das Element der Stellungnahme, des
114 Dafürhaltens, der Beurteilung geprägt.“ (siehe nur BVerfG, Beschluss v. 22.06.1982 – 1
115 BvR 1376/79, BVerfGE 61, 1, 8). Beispiel: „Christian Lindner ist als Finanzminister
116 ungeeignet und trifft schlechte Entscheidungen.“ Das kann man so oder so sehen. Man
117 kann dafür oder dagegen argumentieren und zur Diskussion darüber Fakten
118 heranziehen. Für die Schlussfolgerung, d. h. die Bildung der eigenen Meinung, kommt
119 es darauf an, wie man diese Fakten für sich bewertet.

120

121 Etwas kann grds. nur entweder Meinung oder Tatsachenbehauptung sein. Die
122 Formulierung „Meiner Meinung und Überzeugung nach ist die Erde eine Scheibe!“
123 macht die Behauptung nicht zur Meinung. Die unwahre Tatsachenbehauptung ist
124 nicht von der Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG geschützt.

125

126 Selbstverständlich gibt es viele Grenzfälle, über deren Einstufung man streiten kann.
127 Viele Äußerungen haben verschiedene Komponenten und setzen sich aus Fakten und
128 Werturteilen zusammen. Das im Einzelfall zu beurteilen, ist das tägliche Brot der Justiz,
129 sei es im Strafrecht bei ehrverletzenden Delikten (s.o. Üble Nachrede etc.), bei der
130 Klärung sonstiger Persönlichkeitsrechtsverletzungen oder anderer Fälle, in denen es
131 auf die Frage ankommt, ob eine bestimmte Äußerung von der Meinungsfreiheit
132 gedeckt ist.

133

134 Der Anwendungsbereich des angestrebten Gesetzes ist klar beschränkt auf Fälle, in
135 denen nachweisbar falsche Fakten verbreitet werden.

136

2. Kann man jemandem überhaupt eine falsche Tatsachenbehauptung nachweisen?

138

139

140 Das zu schaffende Gesetz würde den politischen Diskurs nicht revolutionieren. Der
141 weit überwiegende Teil der Äußerungen von politischen Akteuren stellen natürlich
142 Meinungsäußerungen dar. Selbst wenn die Meinung mancher Akteure aus
143 sozialdemokratischer Sicht kaum erträglich oder gar verwerflich sein mag, erfüllt sie

144 nicht den Tatbestand einer unwahren Tatsache. Das hinzunehmen gibt uns unsere
145 Verfassung aus sehr nachvollziehbaren Gründen auf.

146
147 Das bedeutet aber nicht, dass man nicht trotzdem eine Rechtsgrundlage schaffen
148 sollte, um in den (wenn auch vielleicht wenigen) Fällen, in denen wirklich unwahre
149 Tatsachen verbreitet oder gar vorsätzlich gelogen wird, reagieren zu können.

150
151 Zum Vergleich: Gegen die Änderung des Vergewaltigungstatbestandes hin zum
152 Grundsatz „Nein heißt nein“ wurde argumentiert, das erschwere die Beweislage. Fälle,
153 in denen bewiesen werden kann, dass ein dem Täter bekannter entgegenstehender
154 Wille des Opfers vorhanden war, sind selten. Bleibt man hingegen dabei, dass Gewalt
155 angewendet werden muss, das Opfer sich also letztlich körperlich wehren muss, hat
156 man ggf. Abwehrverletzungen als Beweismittel und auch der Nachweis des Vorsatzes
157 ist leichter. Das ist zwar faktisch richtig, aber kein valides Argument gegen die
158 Erweiterung des Tatbestandes. Denn selbst wenn der neue Tatbestand vielleicht nur in
159 sehr wenigen, klaren Fällen zu einer Verurteilung führt, stellt die Gesetzesänderung
160 eine eindeutige Verbesserung gegenüber dem vorherigen Zustand dar. Die Fälle, in
161 denen ein Täter das „Nein“ des Opfers nachweislich übergangen hat, waren nach alter
162 Rechtslage nämlich nicht strafbar.

163
164 Vergleichbar wäre es bei der Schaffung eines Gesetzes gegen politische Lügen bzw.
165 Verbreitung von Fake News: Es mögen wenige Fälle sein, in denen der Rechtsweg
166 erfolgreich ist. Aber sollte uns das daran hindern, zumindest die Möglichkeit zu
167 schaffen, in klaren Fällen der politischen Lüge einen Riegel vorzuschieben? Wäre es
168 nicht ein Gewinn, wenn Alice Weidel hätte dazu verpflichtet werden können, ihre
169 Behauptung zu korrigieren und diese Korrektur auch über die Social-Media-Kanäle der
170 Partei, die das Interview geteilt hatten, zu kommunizieren?

171
172 3. Gehört die ein oder andere kleine (Not-)Lüge nicht bei allen Parteien zum
173 Tagesgeschäft? Was ist, wenn das Instrument am Ende vor allem von Populisten
174 gegen die demokratischen Akteure eingesetzt wird?

175
176 Das hier angestrebte Gesetz birgt natürlich die Gefahr, dass die politischen Gegner es
177 maßlos ausnutzen und wegen Nichtigkeiten ständig Verfahren anstrengen. Nach dem
178 Motto: Wer am lautesten schreit, gewinnt. Auch sozialdemokratische Politiker/innen
179 sowie solche der anderen demokratischen Parteien könnten so zur Zielscheibe werden.

180
181 Kaum jemand, der im politischen Tagesgeschäft unterwegs ist, wird dafür bürgen
182 wollen, dass sich noch nie eine Unsauberkeit in eine Äußerung eingeschlichen hätte
183 oder abstreiten, dass man nicht hier und da mal auf bewusste Auslassungen oder
184 mehrdeutige Formulierungen zurückgreifen musste.

185
186 Hierzu sei aber auf den – eben festgestellten – begrenzten Anwendungsbereich des zu
187 schaffenden Gesetzes verwiesen. Ein Verbot, unliebsame Fragen ausweichend oder gar
188 nicht zu beantworten, geht damit nicht einher. Jede/r sollte sich nur – aber immerhin –
189 an dem Maßstab messen lassen, im politischen Meinungskampf keine handfesten und
190 nachweisbaren Unwahrheiten zu verbreiten.

191 Der Gefahr des lauten Getöses durch die Instrumentalisierung des Gesetzes durch die
192 Gegenseite kann nur auf zwei Wegen begegnet werden: Zum einen muss man den Mut
193 haben, seinerseits den Rechtsweg tatsächlich zu nutzen. Zum anderen muss man sich
194 am Maßstab der Wahrheit messen lassen – denn genügend Misserfolge würden der
195 Gegenseite die Lust am Prozessieren früher oder später nehmen.

196

197

198 4. Genügen nicht die vorhandenen Mittel und Wege der politischen
199 Auseinandersetzung, um Lügner/-innen bloßzustellen?

200

201 Natürlich wird es immer jemanden geben, der eine Lüge als solche offenbart und
202 darüber auch öffentlich spricht, wenn eine gewisse Relevanzgrenze überschritten ist.
203 Das regelt zum einen der politische Wettbewerb selbst. Zum anderen gibt es
204 glücklicherweise immer mehr Redaktionen in Medien, die sich mit Fake News
205 auseinandersetzen und diese entlarven.

206 Das wäre als Korrektiv für Lügen ausreichend, wenn sich in der Medienlandschaft nicht
207 Parallelwelten entwickeln und verschiedene „Filterblasen“ ohne jegliche
208 Überschneidungspunkt nebeneinander existieren würden. Eine Erwiderung des
209 politischen Gegners oder der Beitrag einer Faktencheck-Redaktion wird es nur selten in
210 den Newsfeed der Hauptzielgruppe bspw. von Alice Weidel schaffen. Selbst wenn z. B.
211 einer falschen Behauptung in einer Talkshow oder in einer per Video übertragenen
212 Bundestagsdebatte vom nächsten Redner direkt widersprochen wird, kann man im
213 Nachhinein einen Videoausschnitt nur der eigenen Äußerung über die eigenen Kanäle
214 verbreiten. Deshalb ist es so wichtig, dass eine Korrektur auf denselben Kanälen, über
215 die die Ursprungsbehauptung selbst verbreitet wurde, durchgesetzt werden kann, um
216 dieselbe Reichweite und dieselben Personen zu erreichen.

217

218 **V. Ausgestaltung des zu schaffenden Gesetzes**

219

220 1. Neues Grundrecht oder (nur) einfaches Gesetz?

221

222 Anfang 2022 hat eine Gruppe prominenter Menschen um Schirmherr Ferdinand von
223 Schirach eine Initiative zur Einführung sechs neuer, europäischer Grundrechte
224 gestartet (Jeder-Mensch.eu). Eines dieser Grundrechte soll lauten: „Jeder Mensch hat
225 das Recht, dass Äußerungen von Amtsträgern der Wahrheit entsprechen.“

226 Die Initiative unterstützen wir.

227

228 Fraglich ist aber, was die Folge der Einführung eines solchen Grundrechtes wäre. Da
229 Grundrechte grds. Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat darstellen und nicht in
230 erster Linie direkt einklagbare subjektive Rechte begründen, kann man nicht mit
231 Gewissheit davon ausgehen, dass aus dem Grundrecht unmittelbar die hier
232 beschriebenen Rechtsfolgen (Unterlassungsanspruch etc.) ableitbar wären. Vielmehr
233 bedürfte es wohl auch dann einer einfachgesetzlichen Ausgestaltung.

234

235 Entscheidend ist: Braucht es ein solches Grundrecht, um das hier beschriebene
236 Anliegen umzusetzen? Das dürfte nicht notwendig sein. Ein einfaches Gesetz wäre
237 ausreichend.

238

239 2. Wer soll haftbar gemacht werden können, d.h. gegen wen kann sich der
240 Anspruch richten?

241

242 Jede Person, die

243 a. ein politisches Mandat innehat (Abgeordnete/-r);

244 b. eine herausgehobene Position in einer politischen Partei innehat (Bundes- und
245 Landesvorstände, Generalsekretäre etc.) oder

246 c. ein öffentliches, politisches Amt innehat (Bürgermeister, Minister etc.)

247 d. Personen, die sich über Social-Media-Plattformen und sonstige Medien gezielt mit
248 politischen Inhalten an eine breite Öffentlichkeit richten (Influencer).

249

250 Derzeit wird auf dem Feld der Youtuber und sonstigen Kanalbetreiber die

251 Verantwortung eher auf die Plattformen abgewälzt (Stichwort:

252 Netzwerkdurchsetzungsgesetz). Diese haben ganz unterschiedliche Ansätze im

253 Umgang mit Falschmeldungen. Während einige die Accounts von notorischen

254 Verschwörungstheoretikern löschen, berufen sich andere auf die Meinungsfreiheit.

255 Hier wäre es durchaus hilfreich, eine juristische Handhabe zu eröffnen.

256

257

258 3. Wer soll Anspruchsinhaber sein, d. h. gegen die Falschbehauptung vorgehen
259 können?

260

261 Variante 1: Jede/-r. (vgl. neues Grundrecht).

262

263 Variante 2: Politische Parteien (analog zum Wettbewerbsrecht. Partei als

264 Wettbewerber; Falschbehauptung als unlauterer Wettbewerb).

265

266 Variante 3: Verbandsklagerecht für thematisch einschlägige Verbände, z.B. aus dem

267 Bereich Demokratiewerk, politische Bildung etc. Stellvertretend für das die

268 Demokratie stützende Wahlvolk.

269

270 Variante 4: Behördliche Verfolgung von Amts wegen bzw. auf Hinweis aus der
271 Bevölkerung.

272 Dies würde die Schaffung einer eigenen (Bußgeld-)Behörde, die entsprechende

273 Bescheide erlässt, erfordern. Damit dürfte zum einen ein erheblicher

274 Verwaltungsaufwand einhergehen, der das hier verfolgte Ziel ausbremst. Zum anderen

275 ist auch problematisch, dass die Behörde dann zunächst die Wahrheitsfindung leisten

276 müsste, was Tatrichteraufgabe bleiben sollte.

277

278 Variante 5: Jeder andere Inhaber eines öffentlichen bzw. politischen Amtes oder
279 Medienkanals.

280 Dies würde eine Gleichsetzung von Berechtigten und Verpflichteten des zu

281 schaffenden Gesetzes bedeuten. Es beugt einer Ausuferung vor, da es nicht 80 Mio.

282 Anspruchsinhaber gäbe und entspricht zugleich dem Wettbewerber-Gedanken. Es

283 gäbe zudem einen hinreichend weiten Adressatenkreis, damit sich im Einzelfall jemand

284 findet, der ein Verfahren anstößt.

285

286 Die letztgenannte Variante wird hier befürwortet.

287

288

4. Soll ein Vorsatz erforderlich sein?

289

290

Grundsätzlich: nein. Denn es geht hier um den Schutz der öffentlichen

291

Meinungsbildung, um das öffentliche Interesse an Unterlassen bzw. Klarstellung

292

unwahrer Tatsachenbehauptungen, nicht in erster Linie um die persönliche Haftung

293

für vorsätzliches Tun.

294

295

Anbieten würde sich aber eine Differenzierung bei den Rechtsfolgen: Sollte im

296

Einzelfall tatsächlich Vorsatz nachweisbar sein, könnte neben den Ansprüchen auf

297

Unterlassung und Richtigstellung auch ein Bußgeld an eine gemeinnützige Einrichtung

298

verhängt werden.

299

300

301

Votum:

302

303

304

1 **Antrag RSO 6**

2
3 EinreicherIn: OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Die blinden Flecken der SPD-Ostpolitik aufarbeiten!**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:
9

10 Russlands brutaler Angriffskrieg wirft ein grelles Licht auf die blinden Flecken einer
11 Ostpolitik, die unter den Überschriften „Wandel durch Handel“ oder
12 „Modernisierungspartnerschaft“ seit Willy Brandt und Egon Bahr zum Markenkern der
13 SPD gehört. Das Minderheitenvotum des SPD-Geschichtsforums vom 9.3.2022 bringt es
14 so zum Ausdruck: „Da wurde lange das Appeasement gegenüber Putins Russland mit
15 dem mörderischen Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion begründet - und
16 ausgeblendet, dass die Ukrainer die ersten Opfer des deutschen Angriffskrieges gegen
17 die Sowjetunion waren. Da wird Willy Brandts Ostpolitik zum Selbstzweck erhoben –
18 und vergessen, dass der erste sozialdemokratische Kanzler der Nachkriegszeit bei
19 seinen Verhandlungen mit Moskau eine funktionierende Bundeswehr mit einer halben
20 Million Soldaten in der Hinterhand hatte.“
21

22 Wir rufen den Parteivorstand auf, eine unabhängige Aufarbeitungskommission mit
23 Zugang zu allen betreffenden Unterlagen zu berufen.
24

25 Von Interesse sind beispielsweise:

- 26 • Unterlagen zu allen Nordstream 2-Entscheidungen
- 27 • Berichte des diplomatischen Dienstes aus Moskau und des BND zu den
28 Entwicklungen in Putins Russland mindestens seit 2014
- 29 • Unterlagen parteinaher Stiftungen und Institutionen
30

31 Die Kommission sollte nicht nur aus internen, sondern auch unabhängigen externen
32 Osteuropa-Expert:innen besteht, deren Aufgabe es ist, einen umfassenden
33 Aufarbeitungsprozess einzuleiten, kritisch zu begleiten und die Ergebnisse in einem
34 abschließenden Bericht zu veröffentlichen.
35
36

37 Begründung:

38
39 Am 6. Mai 2022 spricht die Auslandskorrespondentin und Russlandexpertin Golineh
40 Atai bei Markus Lanz darüber, wie sie die Entwicklung Russlands seit 2014 erlebt hat.
41 Sie spricht über einen wachsenden russischen Imperialismus, über rechtsextreme
42 geistige Milieus in Russland und darüber, wie offen schon vor der Invasion über die
43 Vernichtung der Ukraine gesprochen wurde. Atai illustriert das mit einem Zitat aus
44 dem russischen Staatsfernsehen: „Wir bauen Nordstream 2 fertig und dann knallen wir
45 die Ukraine ab.“ Golineh Atai beschreibt auch, wie deutsche Politiker*innen, die nach
46 Moskau kamen, so taten, als wären diese Worte im russischen Staatsfernsehen nicht
47 gefallen. „Wir kamen uns vor wie Geisterfahrer“, sagt die Journalistin resümierend.
48 (Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=3rQhKlFjtRM>, ab Min. 6:35)

49 „Wandel durch Handel“ bezeichnet seit Willy Brandt und Egon Bahr eine Politik, die ein
50 autoritäres Regime (damals die Sowjetunion) durch wirtschaftliche Anreize zu einer
51 Öffnung und Demokratisierung bewegen soll. Was aber, wenn sich ein Regime nicht
52 demokratisiert, wenn es wie Russland stattdessen autoritärer, imperialer wird und
53 Völkerrecht bricht? Noch im Juni 2021, nach 7 Jahren Krieg in der Ost-Ukraine, nachdem
54 es im Frühjahr 2021 bereits zu einer massiven Verstärkung der russischen Truppen an
55 der ukrainischen Grenze gekommen war, forderte der damalige SPD-
56 Russlandkoordinator Johann Saathof mit Verweis auf Brandt und Bahr einen „Wandel
57 durch Handel 2.0“. Gemeint war eine Ausweitung der wirtschaftlichen Verflechtungen
58 über die Energierohstoffe Öl und Gas hinaus auf weitere Gebiete wie beispielsweise die
59 Wasserstofftechnologie (Quelle:
60 [https://ga.de/sonderthemen/spezial/presseportal/johann-saathoff-spd-brauchen-](https://ga.de/sonderthemen/spezial/presseportal/johann-saathoff-spd-brauchen-mit-russland-wandel-durch-handel-20_aid-59583023)
61 [mit-russland-wandel-durch-handel-20_aid-59583023](https://ga.de/sonderthemen/spezial/presseportal/johann-saathoff-spd-brauchen-mit-russland-wandel-durch-handel-20_aid-59583023)). All das wirft die Frage auf, was
62 die mittel- und kurzfristigen Ziele der auf das postsowjetische Russland bezogenen
63 Wandel-durch-Handel-Politik waren, wie diese Ziele insbesondere in den Jahren von
64 2014 bis zum Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022
65 evaluiert wurden, welche Ausstiegsszenarien es gab und warum sie nicht griffen. Denn
66 im Ergebnis der sozialdemokratischen Wandel-durch-Handel-Ostpolitik müssen wir
67 uns eingestehen, dass wir einen großen Anteil daran haben, den Krieg gegen die
68 Ukraine für Russland überhaupt erst bezahlbar gemacht zu haben. Das bedarf einer
69 umfassenden und ehrlichen Aufarbeitung – das gebietet uns unser Selbstverständnis
70 als Friedenspartei und unsere geschichtliche Verantwortung gegenüber der Ukraine
71 (siehe Zitat des Minderheitenvotums aus dem Antragstext).

72

73

74 **Votum:**

75

76

77

1 **Antrag RSO 7**

2
3 EinreicherIn: OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Für die Zeitenwende: Es braucht ein neues Grundsatzprogramm der SPD!**

7
8 Der Parteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:
9

10 Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Ordnung der Welt
11 verändert und Maßnahmen der Bundesregierung gefordert, die mit unseren
12 Grundsätzen – wie zum Beispiel keine Waffenlieferungen in Krisengebiete zu erlauben
13 – zuvor kaum vereinbar schienen. Schnelles Handeln war und ist in dieser Situation
14 notwendig. Der innerparteiliche und gesellschaftliche Diskurs über die von
15 Bundeskanzler Olaf Scholz zurecht proklamierte „Zeitenwende“ darf deshalb aber nicht
16 ausbleiben.

17
18 Zudem ist es nicht nur die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, die eine
19 Zeitenwende erfordert. Klimawandel, Digitalisierung und Transformation der
20 Arbeitswelt sowie die Notwendigkeit eines zeitgemäßen Sozialstaatsystems erfordern
21 ebenso Richtungsentscheidungen. Damit das gelingt und die SPD den Wandel
22 demokratisch, multilateral, wehrhaft, friedlich und sozial gerecht gestaltet kann, ist
23 eine parteiinterne, breit angelegte Debatte über die Grundsätze sozialdemokratischer
24 Politik nötig.

25
26 Wir fordern daher den Parteivorstand auf, einen Informations- und Beteiligungsprozess
27 unter Einbindung der gesamten Partei für die Erarbeitung eines neuen SPD-
28 Grundsatzprogramms anzustoßen.
29

30
31 Begründung:
32

33 In seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz von
34 einer Zeitenwende gesprochen, in der wir leben. Insbesondere der Angriffskrieg
35 Russlands gegen die Ukraine hat die sicher geglaubte europäische und globale
36 Ordnung ins Wanken gebracht und forderte ein schnelles Handeln auch der
37 Bundesrepublik Deutschland in Absprache mit den internationalen Partner:innen.
38 Dabei wurde unter anderem der Grundsatz, auf Waffenlieferungen in Krisengebiete zu
39 verzichten, gebrochen, und ein Sonderetat in der Höhe von 100 Mrd. Euro für die
40 Ausrüstung der Bundeswehr im Grundgesetz festgeschrieben. Diese Maßnahmen sind
41 zu unterstützen, erfordern aber eine breite Debatte. Ein Rückgriff auf Vokabular und
42 Handlungsanweisungen aus dem Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts sind dabei nicht
43 mehr der Zeit gemäß, denn die Welt und die internationalen Beziehungen haben sich
44 in den vergangenen 30 Jahren grundlegend verändert.
45

46 Nicht nur die Grundsätze sozialdemokratischer Außenpolitik im 21. Jahrhundert
47 müssen offenbar überdacht und erneuert werden. Die Zeitenwende betrifft genauso
48 andere politische Bereiche wie die sozial-ökologische Wende im Angesicht einer sich

49 beschleunigenden Klimakrise oder die Transformation von Arbeitswelt und Sozialstaat.
50 All das hat enorme Konsequenzen für die kommenden Generationen und vieles davon
51 kann nur international bewältigt werden. Die SPD sollte die gegenwärtigen Krisen als
52 Momentum für eine grundlegende Überarbeitung ihres Grundsatzprogramms
53 verstehen und den Boden für eine zukunftsorientierte Politik bereiten.

54

55 **Votum:**

56

57

58

1 **Antrag RSO 8**

2
3 EinreicherIn: SPD-OV Leipzig-Mitte
4
5

6 **Open-Data-Struktur im Freistaat Sachsen schaffen, mit einem Fokus auf** 7 **Benutzerfreundlichkeit (Usability)** 8

9 Der Parteitag möge beschließen und weiterleiten an den Landesparteitag der SPD
10 Sachsen:
11

12 Öffentlich bezahlte Daten müssen für alle barrierefrei, anonym, kostenlos und zeitnah
13 nach Erhebung verfügbar sein. Denn die von der öffentlichen Hand erhobenen oder
14 öffentlich zugänglichen Daten sind Teil des öffentlichen Eigentums. Diese Daten sollen
15 in einer zentralen Plattform allen Bürger:innen auf zugänglich sein.
16

17 Unter diese Art von Daten fallen Dokumente, welche die Entscheidungen und
18 Meinungsbildung der Politik, Justiz und Verwaltung dokumentieren. Hier unter
19 anderem (aber nicht ausschließlich): Handelsregistereinträge, Gerichtsentscheidungen
20 von sächsischen Gerichten, Verordnungen des Freistaates, im sächsischen Landtag
21 eingebrachte Entwürfe in allen Versionen, beauftragte Gutachten, kleine Anfragen,
22 Quellcode für Auftragssoftware, Korrespondenzen mit der Industrie und der
23 Zivilgesellschaft zu Gesetzesvorhaben, sowie Entwürfe des Parlaments die mit
24 Personen, die nicht Mitglied des Landtages sind geteilt wurden (auch in nicht-
25 öffentlichen Sitzungen).
26

27 Zum anderen geht es um die aus Steuermitteln erhobenen (Live)-Daten. Das sind
28 beispielsweise geologische und meteorologische Daten, Verkehrsdaten und
29 Katasterdaten, Koordinaten, Höhe und Umriss von Häusern oder Daten zu
30 Liegenschaften der öffentlichen Hand.
31

32 Einige dieser Daten sind auch heute bereits über bestehende Plattformen wie BORIS
33 oder RevoSax öffentlich zugänglich, allerdings verstreut, selten verschlagwortet oder
34 sinnvoll filterbar. Daher soll eine gemeinsame, gut indizierte Plattform für alle diese
35 Daten entstehen. Der Freistaat soll zudem darauf hinarbeiten, dass auch alle
36 Kommunen und Kreise ihre Daten in dieses System einfließen lassen.
37

38 Es ist darauf zu achten, dass die Daten in international gängigen Datenformaten
39 abgelegt und sowohl im Browser als auch per Programmierschnittstelle abrufbar sein.
40

41 In Europa gibt es unzählige Beispiel von funktionierenden, einfach zugänglichen Open-
42 Data-Plattformen. Ein Beispiel, welches die EU als gelungen ansieht ist Estland. Hierzu
43 schreibt das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union: „On 1 November
44 2018, Estonia re-launched their Estonian Open Data Portal, Link opens in a new
45 window. The Open Data Portal allows everyone to access public sector data and
46 publishes blogs to promote Open Data, such as through their "Open Data and
47 Journalist" series.“
48

49 Zum Abschluss ist anzumerken, dass der Freistaat Sachsen mit seiner Open-Data-
50 Initiative <https://www.opendata.sachsen.de/> schon einen immensen Schritt gegangen
51 ist. Hier muss weiter angepackt werden. So kann vom Land aus ein Impulse ausgehen,
52 welcher es noch weitergehend als bisher ermöglicht wirtschaftliche Innovation und
53 bürgerliche Möglichkeiten zu kombinieren.

54

55 Auch aus einer wirtschaftlichen Perspektive ist Open Data wichtig. Open Data
56 ermöglicht dabei Wertschöpfung überall dort, wo offene Verwaltungsdaten
57 unmittelbar für die Forschung und Entwicklung eingesetzt werden.

58

59

60 Begründung:

61

62 Erfolgt mündlich

63

64

65 **Votum:**

66

67

68